

UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

144 · Oktober 2002

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	867
Essay	
GERHARD ZWERENZ Blochs doppelte Revolte	869
Geschichte & Politik	
EDELBERT RICHTER Zur militärischen Hegemonie der USA	882
Berlin & Brandenburg	
ULRICH BUSCH Berlin-Brandenburg: Zweiter Anlauf für eine Fusion	898
BERNFRIED HELMERS Zum Verfassungskonflikt bei der Fusion von Berlin und Brandenburg	910
GÜNTER WIRTH Hans Peters – ein Berliner Politiker	915
Alternative Theorien	
HANS-GEORG DRAHEIM Fritz Behrens und Arne Benary als kritische Vordenker einer sozialistischen Wirtschaftstheorie	920
Standorte	
RICHARD SORG Neues zur Geschichte der menschlichen Gesellschaft	933
HELMUT MEIER »Die DDR war anders«	939

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 946

Bücher & Zeitschriften

Sheryl WuDunn, Nicholas D. Kristof:
Ferner Donner. Der neue Aufstieg Asiens

Georg Blume, Chikako Yamamoto: Modell China.
Im Reich der Reformen
(WOLFRAM ADOLPHI) 948

Stephen Eric Bronner:
Albert Camus. Porträt eines Moralisten
(SIGRID PFEIFFER) 951

Bundesvorstand der KPÖ (Hg.):
Stalin und wir. Stalinismus und die
Rehabilitierung österreichischer Opfer
(STEFFEN KACHEL) 952

Rudolf Hickel, Frank Strickstock:
Brauchen wir eine andere Wirtschaft?
(HERBERT JAUCH) 954

Marcel Boldorf:
Sozialfürsorge in der SBZ/DDR 1945-1953.
Ursachen, Ausmaß und Bewältigung der Nachkriegsarmut
(DIERK HOFFMANN) 955

Hans Peter Krebs, Harald Rein (Hg.):
Existenzgeld. Kontroversen und Positionen
(ULRICH BUSCH) 956

Summaries 958

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 960

Berichtigung

Im Heft 143 hat sich bedauerlicherweise auf S. 733 in der Personen-
marginalie zu Christina Thürmer-Rohr ein Fehler eingeschlichen.
Es muß dort richtig heißen: Lehr- und Forschungsschwerpunkte:
Feministische Theorie, Menschenrechte, Dialog. Wichtige Veröffent-
lichungen u. a.: Verlorene Narrenfreiheit (1994).

Die Redaktion

Vor-Satz

22. September 2002, 22 Uhr. Es ist ein Wunder, daß diesen Wahlkampf überhaupt jemand gewonnen hat. Die Parteien können einen einen noch so inhaltslosen Auftritt hinlegen – ein Sieger ist unvermeidbar. Jeden Theaterschauspieler würde man mit dem Knüppel aus den heiligen Hallen jagen; beim Bundespolitiker ist das anders. Denn der mündige Wähler darf alles außer einem: die sogenannte politische Klasse nach Hause schicken und erst dann wieder auf die Bühne lassen, wenn sie ordentlich erledigte Hausaufgaben vorweisen kann. »Alle vier Jahre tun wir so, als wenn wir täten. Aber regiert und aufgelöst werden wir doch.« (Gerd E. Schäfer)

Als eine besonders würdigenwerte Leistung präsentieren Politiker gern ihre überlangen Arbeitszeiten. Abgesehen davon, daß – zumal im Osten mit seinen zunehmend knechtischen Ausbeutungsverhältnissen – auch andere Menschen nicht selten mehr als acht Stunden am Tag arbeiten, sagt die Länge des Arbeitstages überhaupt nichts über die Leistung aus, die in dieser Zeit erbracht wird. In einer funktionierenden Wirtschaft gelten überlange Arbeitszeiten meistens als klare Indizien für mangelnde Effizienz – aber nach der in der Politik zu fragen, käme niemandem in den Sinn; Effizienz ist das Letzte, was von Politikern erwartet wird. Über dieses ungeheure Privileg verfügen in der kapitalistischen Gesellschaft außer ihnen noch nur die Beamten.

Der Wähler ist letztlich die Geißel der Parteien. Deren Markt ist abgesteckt; in Deutschland ist der Schutzzoll fünf Prozent hoch. Der Wahlerfolg eines Politikers hängt nicht zuerst von seinen Qualitäten oder Leistungen ab, sondern von seinem Parteibuch. Selbst bei den direkt Gewählten ist das so; sonst würden sich nicht SPD und CDU die Direktmandate im wesentlichen teilen. (Nur ganz Verwegene behaupten, das liege daran, weil dort die fähigen Politiker sitzen.) Natürlich führt Integrität und Befähigung noch nicht automatisch zum Ausschluß aus dem Wahlkarussell. Nicht zuletzt in den linken Parteien agieren ehrlich Bemühte; aber auch dort: Tendenz sinkend.

Selbst die kleinen Parlamentsparteien sind, solange sie nur genügend Menschen deutschen Passes finden, die ihnen die Zugangsberechtigung erstimmen, die Großen. (FDP und Grüne sind nun wieder unter sich. Die konsequent und unbeirrbar umgesetzte Politik der Abschreckung von PDS-Partei- und Wahlkampfführung war von Erfolg gekrönt.) Es handelt sich um einen inzestösen Markt, um die Diktatur von vier, fünf Parteien. Treten viele der mit Wahlberechtigungspapieren Ausstatteten an die Urnen, nutzt es den großen

Großen; ansonsten meist den kleinen Großen. Und in jedem Falle gilt: Wählt der Wähler nicht, ist er der einzig Geschädigte; für das amtliche Endergebnis reicht es immer.

Allerdings haben Kohl und Schröder an diesem Monopol-Parlamentarismus in den vergangenen zwanzig Jahren heftig herumgetotengräbert. Beide benahmen sich so, als agierten sie in einem Land mit einem dreihundertjährigen Parlament und ebensolcher Tradition. Doch vor 1848 war so etwas – als welscher Import – lediglich den Südwestdeutschen gegeben; bis Wilhelms Desertion nach Doorn gelangte man ins Preußische Abgeordnetenhaus nur über ein parlamentarisches Drei-Klassen-Wahlrecht; nach den Ermächtigungsgesetzen von 1933 diente das Parlament gar als pure Dekoration der Diktatur – und auch in der DDR war nicht alles schlecht.

Wenn man einmal unterstellt, Kohl und Schröder besäßen so etwas wie historisches Bewußtsein, müßte man meinen, ihr Vorbild sei der Vorkämpfer des Antiparlamentarismus Reichspräsident Paul von Hindenburg – der allerdings über bessere Bedingungen verfügte: Er agierte ohne formelle Partei. Kohl und Schröder hingegen hingen ihre nicht nur an den Lippen, sondern auch wie Mühlsteine am Hals. Deshalb würgte der Pfälzer seine CDU mit der Kette, an die er Parteifeind wie Parteifreund gelegt hatte, so lange, bis nur noch Stoiber rauskam. Daß man das Parlament nicht über die Maßen ernstnehmen solle, hat der unterdessen auch schon mitgeteilt.

Der Jüngere von beiden wählte Brioni und usurpierte die Führung per Intrige, Erpressung und Freundesverrat. Dies vor allem zu dem Zwecke, die Macht der Partei – Parteiführung inklusive – nachhaltig zu beschneiden. Zu diesem Behufe erfand der unaufhaltsame Aufsteiger immer neue Kommissionen, die er mit handverlesenen Figuren besetzen ließ – am liebsten mit solchen, die jeglicher demokratischer Legitimation unverdächtig sind. Dorthin hat Schröder die Politikfindung verlagert. So umging er nicht nur Auseinandersetzungen mit seiner Partei und ihren Gremien, er beschnitt auch die Spielräume des Parlaments – ohne daß sich formal etwas änderte.

Das bonapartistische Schwanken zwischen den Klassen, Lobbys und Verbänden – realisiert in Kommissionen und Kungelrunden – ist der Kern dieser »Politik der neuen Mitte«. Hinter vorgehaltener Hand haben sich die beiden großen Großen offenbar schon auf eine Präsidialdiktatur mit formalparlamentarischen Elementen verständigt. Das ist nicht Amerika – denn in den USA ist der Senat eine Macht, die die Präsidialdiktatur zügelt. Das hier wird etwas Neues.

Seit Jahren steigt in der Bevölkerung der Anteil jener, denen Politikverdrossenheit nachgesagt wird. Intelligentere Analytiker haben unterdessen festgestellt, daß die Leute nicht apolitischer werden, wie dieser Begriff suggeriert, sondern daß sie in Wirklichkeit nur von den Politikern die Nase voll haben.

Die Bundestagspolitiker scheint das nicht anzufechten; sie lassen alles mit sich geschehen. (Auf populistische Motivsuche sei an dieser Stelle verzichtet.) Irgendwann folgt in einem Land wie Deutschland jedoch auf die Politikerverdrossenheit die Verdrossenheit am Parlamentarismus. Unsere Parteien arbeiten an diesem »Projekt« – Tag und Nacht.

JÖRN SCHÜTRUMPF

GERHARD ZWERENZ

Blochs doppelte Revolte

Unterschiedliche Sklavensprachen

Christoph Heins Roman »Horns Ende« erschien 1983 im Aufbau-Verlag. Mein Exemplar der 2. Auflage stammt von 1995. Ich erwartete reale Auskünfte über den tragischen Fall des mir gut bekannten Logik-Dozenten Horn und beendete enttäuscht die Lektüre. Am 7. August 1996 besprach Hans-Eckardt Wenzel in Neues Deutschland eine neue Ausgabe des Buches als Band 7 der »DDR-Bibliothek« beim Verlag Faber&Faber. Zitat: »Das Unglaubliche ist Tatsache: Die DDR hatte eine Literatur.« Und: »Ich erinnere mich, daß der Nachricht, Christoph Hein schreibe den Roman über die fünfziger Jahre, bei manchem meiner Freunde die Enttäuschung folgte: die erwartete Abrechnung fand nicht statt.«

Endlich ist zu fragen, wer Schuld an Horns Ende trägt.

Hein erzählt nicht die Geschichte des wirklichen Johannes Heinz Horn, sondern paraphrasiert, verdeutlicht also umschreibend oder umschreibt verdeutlichend einen anderen Fall, der auf das Original zurückverweist, was die Freiheit der Literatur verstatet, in der DDR anno 1983 aber auch das Unerlaubte beschreibbar werden ließ. Ein Exempel strategischer Sklavensprache, die der Obrigkeit eins auswischt, weil sie sich ins Unangreifbare, jedenfalls nicht die Repression Hervorrufende rettet, von dort jedoch zurückwirkt. Soweit Literatur wirken kann. Der Roman bezeugt zugleich die subkutane Existenz von luftigen, atmosphärischen Nachlässen aus den fünfziger Jahren in Leipzig, wo Horn am Philosophischen Institut Logik lehrte und in Konflikte geriet, die er durch Selbstmord beendete.

Da der später in dieser Stadt studierende Christoph Hein zu einem Freundeskreis zählte, in dem das Blochsche Erbe virulent blieb, erhebt sich die Frage, welche Wirkung Ernst Bloch in Leipzig hätte erzielen können, wäre er nicht erst behindert und schließlich vertrieben worden.

Auf der Suche nach Materialien aus dieser Zeit fand ich im Mai 2002 unter meinen damaligen Notizen eine längst vergessene Eintragung vom 18. April 1956 über ein Gespräch mit Horn: Er gibt zu, daß er privat die Lage anders einschätzt. Bezichtigt mich eines Zuviel an Pessimismus, sagt aber selbst, eine Wendung zum Guten sei angesichts der Masse Funktionäre, die 10 Jahre im falschen stalinischen Geist erzogen wurden, nicht möglich. »Was wollen wir paar Einzelnen gegenüber diesem Meer da draußen!« Erzählte mir verbittert-resigniert seine Vergangenheit. War bei KPO, mußte deshalb im Kriegsgefangenenlager allerhand anhören: Spalter. Fühlt sich

Gerhard Zwerenz –
Jg. 1925; Schriftsteller,
1952 Philosophiestudium
in Leipzig bei Ernst Bloch,
1957 Übersiedlung in die
BRD, von 1994 bis 1998 mit
PDS-Mandat Mitglied des
Deutschen Bundestages;
Werke unter anderem:
»Kopf und Bauch« (1971),
»Der Widerspruch. Auto-
biographischer Bericht«
(1974/1991), »Die Rückkehr
des toten Juden nach
Deutschland« (1986);
zuletzt in UTOPIE kreativ:
»Ernst Bloch oder die
Kopernikanische Wende
im Hörsaal 40« (Nr. 140,
Juni 2002)

aus all diesen Gründen nicht wohl, unsicher. Glaubt, das 15. Plenum komme wieder. Weil jetzt alles liberalistisch geworden sei. Ich denke, das hat ihm Handel eingegeben. Klagt weiter, ständig kämen junge Genossen und fragten, was das mit Stalin sei, und sie fragten nach Garantien gegen Wiederholungen.

Jetzt las ich Heins Buch »Horns Ende« nochmals und begriff die zweifache Tragödie von Horn und Hein. Aber auch: Als westdeutscher Autor oder Ex-DDRler hätte Hein das Buch nicht schreiben können. Nur das Leben in der realen DDR ermöglichte die spezifische Qualität einer Verfremdung, deren Authentizität westlichen Lesern schwer verständlich bleiben muß. Nachrichten aus einer fremden Seelenlandschaft. Zur Qualifikation aber ist der Schluß zu ziehen, Sklavensprache kann aus Zwang, aus Angst und als chiffrierte Botschaft artikuliert werden.

Mit dem Verbot von Blochs Lehrtätigkeit begab die DDR sich ihrer ersten und letzten reformatorischen Chance. Was den Philosophen von späteren Oppositionellen wie Havemann oder Bahro unterschied, deren Wirkung die DDR ebenfalls behinderte oder unterband, ist der Umstand einer essentiellen Differenz. Blochs Opposition zielte nicht auf Reformen, sondern auf revolutionäre Reformation analog dem Konflikt zwischen Luther und Römischer Kirche. Trotz aller Elogen an Moskau, weil Blochs sozialistische Reformation nicht ohne Rückendeckung aus Moskau denkbar war, wie wir einräumen müssen, verweigerten sich die Sowjets. Das Scheitern, mehr noch die Aussichtslosigkeit disqualifiziert das Unternehmen dennoch nicht. Am offensichtlichen Unwillen und der Unfähigkeit der Partei scheiterte der Versuch, bis die Partei selbst an sich scheiterte. Ihre Unreformierbarkeit gründete im Verfall der Revolution zur bürokratischen Konterrevolution. Der ursprüngliche Typus des Lenin-Trotzkischen Kommunisten (Bolschewisten) wandelte sich in die Charaktermasken, denen es nach Ende der Sowjetunion leicht fiel, als nationalistische Diktatoren weiterzuherrschen. Der Staatszerfall offenbarte nur den vorausgegangenen Zerfall der Charaktere.

Wäre Blochs Sprache immer so offen gewesen, wie sie ab 1956 wurde, hätte er nie in der DDR lehren dürfen. Er redete aber nicht aus Tarnungsgründen kryptisch, seine Verschlüsselungstechnik war instrumental. Auf dem Weg zur Klarsprache allerdings gab es taktische Perioden, die Botschaft mischte sich politisch ein. Auf den Budapester Aufstand hin folgte erneuter Rückzug in die kryptische Artikulation.

Heins Roman »Horns Ende« zählt zur gleichen Ausdrucksart, freilich in scheinbar naiver Erzählform. Nur wer den Subtext zu entziffern versteht, begreift die Sympathieerklärung an das Opfer, das in Horn figuriert.

Die Hornsche Tragik ist die Folge einer Selbstverleugnung, mit der er, wenn auch widerstrebend, der Partei gehorchte. Sein freiwilliger Tod ist Widerruf. In Christoph Heins Roman bleibt das erzählte Ende Horns ein Trauerfall, erst der Subtext enthüllt die tragische Situation. Horn will nicht weiterleben, nachdem er ins falsche Leben geraten ist.

Weil die Partei sich weigerte, diese Lesart zu akzeptieren, chiffrierte Hein den Konflikt und brachte die Botschaft von Horns Leben

und Ende in Kunstsprache (Sklavensprache) an seine Leserschaft. Die konnte die Story in naiver Normalität hinnehmen, eine Minderheit jedoch entschlüsselte den Doppelsinn des Textes.

Mein Vorschlag, Bloch zu lesen

Als typisch für den Philosophen gelten die Themen Konkrete Utopie, Heimat, Wärmestrom, Erbe, Ungleichzeitigkeit, Noch-nicht-Bewußtes. Denkbar wären ebenso Inkubation – Inspiration – Explikation, Kapital als Quell des Nihilismus, deformierter Marxismus, 11. Feuerbach-These, Verleugnung von Nietzsche und Schopenhauer samt indirekter Würdigung, Lob des Materialismus, Verwerfung des Idealismus und ebenso umgekehrt, Möglichkeitsformen als Zukunftsbestimmung, Gradstufen der Wirklichkeit, Philosophie der Kunst, Ästhetik als Vorschein, revolutionäre Impulse in Malerei, Musik, Architektur ...

Eine Lektüre des gesamten Bloch ist ebensowenig noch zumutbar wie die von Kant oder Hegel. Soweit der Denker aphorisiert, ist er anregend wie Nietzsche. Blochs Langstrecken schrecken eher ab. Man lese sich von Aperçu zu Aperçu durch und lasse die eine oder andere Zwischenprovinz aus, wo Akademisierung wuchert, historische oder naturwissenschaftliche Irrtümer wuchern – seitenlange Elogien auf die Atomkraft zum Beispiel – oder der Meister jene Absicherungen einbaut, die wir Sklavensprache nennen. Man quäle sich durch die erzwungene Erklärung zum niedergeschlagenen ungarischen Oktoberaufstand von 1956 – welcher ein verbaler Zinnober. Bleiben die unübertrefflichen Essays und Philosopheme, wo Sprache zugleich emotional und rational zur Sache und Person kommt, Bibel und Kommunistisches Manifest sich vereinen, als säße Georg Büchner mit kratzendem Federkiel über den Hessischen Landboten gebeugt – Revolutionen beginnen auf dem Papier, wenn Kopf und Herz die Revolte heiligen. Bloch distanzierte sich vom späten Moskau, die Oktoberrevolution, die er anfangs ablehnte, widerrief er nicht. Die Existenz der DDR suchte er für seine subversive (zweite) Revolution zu nutzen, als sie ihn berief. Und als sie ihn verstieß, hatte er unaustilgbare Spuren hinterlassen. Wer Bloch-Texte so zu sich zu nehmen versteht, gerät in den Spannungszustand eines Karl-May-Lesers. Es setzt freilich den freien Geist einer hinreichend alphabetisierten Intelligenz voraus.

Steht noch aus, nach dem Anteil von Orthodoxie zu fragen. Was bleibt bei Bloch von Marx? Was ist nach dem Ende von SU und DDR als Basis unverzichtbar, wenn einer nicht in die feindlichen Lager wechseln will?

Bei einer Lesung auf der rauhen ostthüringischen Burg Ranis tauchte ein Trupp sympathischer älterer Herren aus einem Nachbarort auf. Ausdrücklich verlangten sie nicht nach dem Buch, aus dem ich verabredungsgemäß las, sondern nach »Krieg im Glashaus oder Der Bundestag als Windmühle«, meinem ironischen Bericht über vier Jahre als MdB im Bonner Parlament.

Wie ich schnell begriff, hatte ich PDSler vor mir, gern abwertend »Altkader« genannt, was sie durchaus nicht zu verbergen suchten. Einer vertraute mir lächelnd an: »Für die Partei tue ich, was ich kann.« Solche Offenheit ließ keinen Platz mehr für früheren Groll,

Zorn, Feindschaft. Mir war, als sei das alles vergangen, wir engagierten Greise gehörten auf einer neuen, durchreflektierten Ebene wieder zusammen. In den besten dieser Genossen steckt ein beachtliches Potential, es ist ein Skandal, daß diese Kraft durch unterwürfige und bornierte Politik verschleudert wurde. Ja, die Lenin-Stalinsche Linie hatte über revolutionäre Siege zur konterrevolutionären Niederlage geführt. Doch in diesen Menschen überdauert eine Energie, die von der erneuerten PDS fruchtbar gemacht werden kann, bis jüngere Sozialisten antreten. Und wenn nicht, sollte uns Alten über alle Differenzen hinweg ein wenig Gerechtigkeit widerfahren. An diesem Abend auf der Burg Ranis fand ich ein Stücklein meines beinahe verlorenen Glaubens an unsere Ideen der Veränderung und des Aufbruchs nach dem Jahr 1945 wieder. Es kann nicht alles vergeblich gewesen sein. Unter der Asche des abgebrannten Hauses DDR fänden sich bald Schätze, dachte ich, nach denen zu suchen sich nicht nur für Archäologen lohnte. Vielleicht wird es sogar mehr sein, als von den Münsteraner Wiedertäufern geblieben ist. Wir waren freiheitlich, bevor uns die Unfreiheit schluckte. Ein neuer Versuch muß das berücksichtigen. Sozialisten allein sind gewiß nicht die Retter der Welt. Ohne sie aber ist die Welt verloren.

Worauf also kommt es an? Wieviel Marx darf eine sozialistische Partei, die sich als pluralistisch versteht, ihren Anhängern zumuten? Da sie von vielen gewählt werden will, schränkt ihre marxistische Programmatik das zur Verfügung stehende Potential unterschiedlicher Sozialisten stark ein. Sozialisten, Kommunisten, Trotzlisten, Christen, Pazifisten, Sozialdemokraten, Liberale und andere wollen oder können nicht unisono auf »Kommunistisches Manifest«, »Kapital« oder/und diverse Nachfolgen und Interpretationen eingeschworen werden, ohne sich in unsinnigen Gruppenkämpfen zu verlieren. Eine Partei, die nicht mehr Einheitspartei sein will, benötigt ein bündiges und zugleich weitgespanntes Arbeitsprogramm, auf das sich jeder Sozialist verständigen kann. Ulla Plener spricht in ihrer Schrift »Wirtschaften für's Allgemeinwohl« über die »sozialdemokratische Ur-Idee der Wirtschaftsdemokratie«, von der die SPD sich getrennt habe, weshalb die PDS diese Ur-Idee übernehme. Damit ist zweifellos die epochale Bruchstelle zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten definiert, ohne überflüssige Implikationen beizufügen. Das Wirtschaftsprogramm aber bedarf der überwölbenden philosophischen Begründung, wofür sich die revolutionäre Ur-Szene in der Marxschen Einleitung »Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie« anbietet, wo es heißt, daß »der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.« Wie sich dieses existentielle und revolutionäre Prinzip konkretisieren läßt, zeigte der Marburger Politologe Frank Deppe in seinem Essay »Die Linke in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland«, wo er eine klassische Marx-Exegese des Trotzlisten Ernest Mandel zitiert: »Sozialismus bedeutet weder ein Paradies auf Erden... noch die Herstellung einer perfekten Harmonie zwischen dem Individuum und der Gesellschaft oder zwischen dem Menschen und der Natur. Es bedeutet auch weder das »Ende der Geschichte«, noch das Ende von

Widersprüchen, die die menschliche Existenz charakterisieren. Die Ziele, die von den Anhängern des Sozialismus verfolgt werden, sind ziemlich bescheiden: nämlich sechs oder sieben Widersprüche aufzuheben, die seit Jahrhunderten menschliches Leiden im Massenmaßstab hervorgerufen haben. Die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, Kriege und Gewalt zwischen den Menschen sollen ein Ende haben. Hunger und Ungleichheit müssen für immer beseitigt werden. Die institutionalisierte und systematische Diskriminierung von Frauen und von Rassen, von ethnischen Gruppen und nationalen und religiösen Minderheiten, die als ›inferior‹ betrachtet werden, muß beendet werden. Es darf keine wirtschaftlichen und ökologischen Krisen mehr geben.« (Nachzulesen in »Perspektiven der Linken«, Hamburg 2000)

Diese Kernlehre des aufgeklärten Trotzisten Mandel holt den blühenden Utopismus vom Himmel auf die Erde, doch der genaue Blick muß erkennen, auch dieser Pragmatismus überfordert unsere bisherige Kulturgeschichte der Unmenschlichkeit derart, daß die Realisierung überall, wo sie probiert wurde, mißlang. Ich empfehle nun diese pragmatischen Konsequenzen, die Mandel aus der französischen Revolutionstriade sowie der Marxschen Forderung nach Aufhebung der Klassengesellschaft und der Selbstbefreiung des Menschen gezogen hat, als Kernbestand eines sozialistischen Programms und warne vor dem Zwang weiterreichender Festlegungen. Sozialisten mögen durch unterschiedliche Herkunft, Präferenzen und weltanschauliche, religiöse oder atheistische Prägungen voneinander abweichen – ein gemeinsames Ziel bietet die Aufhebung der sieben Widersprüche, in denen Mandel die Marxsche Urfassung plausibel werden läßt. Sozialisten sind demnach revolutionäre Pluralisten, die wissen, die Welt ist Richtung Zukunft offen und enthält kein finales Handlungsschema, weshalb die Gesellschaft der Barbarei bis zur Selbstvernichtung verfallen kann. Dem ist Widerstand zu leisten.

Das Ur-Programm der Sozialisten ist der Versuch kollektiver Solidarität. Plurale Sozialisten wissen, sie können das nicht allein und nur gemeinsam mit anders Denkenden schaffen. Sie können aber auch nicht vom Ziel der Wirtschaftsdemokratie und der progressiven Humanisierung der Gesellschaft ablassen, ohne sich als Sozialisten aufzugeben. Ihr Standpunkt bleibt originär basismarxistisch, was die Sozialdemokraten zur sozialen Frage verkürzten, während die Kommunisten nach dem Ende der KPdSU (Bolschewiki) unschlüssig der elitären Parteidiktatur nachtrauern.

Sozialisten, die sich auf die beiden Ur-Ideen der Wirtschaftsdemokratie und revolutionären Humanisierung besinnen, werden damit frei für eine moderne Politik als Antwort auf die Krisen und Kriege der Globalisierung. Frei zu sein von alten Zwängen verbürgt allerdings noch keinen Erfolg. Es ist erst eine Voraussetzung.

Reden wir Klartext: Keinem SED-Genossen brach ein Zacken aus der Krone, brach er mit seiner Vergangenheit. Unser Anfang von 1945 war und bleibt so groß, wie sich die Haltung derer als klein und geschichtsblind herausstellt, die den radikalen Bruch mit dem aggressiven, zerstörerischen Deutschland scheuten. Wollen Sozialisten in Deutschland wirksam mitbestimmen, ist die radikale Abkehr von

sowjetischen Modellen in aller Konsequenz notwendig. Allerdings bleibt es eine ebenso seriöse wie legitime Frage, ob die Nicht-Sozialisten, besonders die westdeutschen, die Unverzichtbarkeit eines Bruchs mit ihrer eigenen Vergangenheit erkennen. Das schließt die Sozialdemokraten mit ein.

Die grundsätzliche Differenz zwischen der deutschen Linken und Rechten besteht in einer absolut diametralen Einschätzung der Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs. Für die Linke war, ist und bleibt er der politikulturelle Sündenfall, der den Sozialismus als neue Weltordnung installierte und legitimierte, für die Rechte war der Dollpunkt nicht der Krieg, sondern die Niederlage Deutschlands mit dem anschließenden Versailler Friedensvertrag. Hitlers Machtbeginn 1933 folgte nur 15 Jahre nach der mißlungenen sozialdemokratischen Revolution von 1918. Der deutschen Sozialdemokratie, die sich 1914 und 1918 mit des Kaisers Generälen verbündete, blieb am Ende nur der ehrenhafte Protest gegen die Ermächtigungsgesetze. Das Bürgertum stimmte für Hitler, die Kommunisten befanden sich da bereits in der Illegalität. Damit war die Struktur der deutschen Teilung vorgezeichnet, die allein der DDR aufzubürden bei rechten Ideologen im Schwange ist.

Indessen ist Blochs Hoffnungslehre eine Möglichkeitsform. Die Parteien und Staaten hatten die Wahl, anzunehmen oder abzulehnen. Die Parteien und Staaten lehnten ab. Nur die Feuilletons nahmen an. Die Niederlage des Denkers bestand im Wechsel von Ost nach West, wo er seine Philosophie gar nicht mehr für die Praxis anbot, weil die Voraussetzungen fehlten, denn, heißt es im »Prinzip Hoffnung«: »Mögliches ist latent Bedingtes.«

Hoffnung sei keine Zuversicht und könne enttäuscht werden, antwortete er, wurde nach den Gründen seines Scheiterns gefragt. Zuversicht aber kann ebenfalls enttäuscht werden. Sie ist nur verstärkte Hoffnung.

Dennoch besteht genau in dieser Differenz der Unterschied zwischen der Kritischen Frankfurter Schule und der Blochschen Philosophie. Die Kritische Schule benutzt den akademischen Marxismus zur Analyse kultureller und allgemeingesellschaftlicher Phänomene. Die Kulturleistung der Kritischen Theorie besteht in der Verfeinerung der Analytik bis ins Sprachliche hinein, wo die Subtilität allerdings kaum noch vermittelt werden kann, was immer mehr Menschen ausschließt und bis zur Unübersetzbarkeit in andere Sprachen führt. Die elitäre Artistik steht dem aufklärerischen Willen im Wege. Die Mittel stören und zerstören die Methode und umgekehrt. So bilden sich Schulen und Schüler, man gehört dazu und kommt in oder außer Mode. Dieser Marxismus endet folgerichtig im avantgardistischen Abseits. Er ist – auf allerhöchstem Niveau – Sklavensprache einer passiven, elitären Kaste.

Tendenziell unterliegt Bloch demselben Trend. Allerdings entwickelte er seine Gegenwehr. Die Analyse des Vorhandenen ist ihm nie die ganze Arbeit.

Die 11. Feuerbach-These verlangt die Veränderung der Welt. Das arbeitete Bloch weder politisch noch im Sinne einer Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung heraus. Vielmehr blieb er auf zwei Gebieten – dem der Philosophie als der höchsten Abstraktionsebene

und dem der Kulturkritik. Auf dem letzten Feld tritt der Unterschied zur Methodik der Kritischen Schule deutlich zutage. Nehmen wir nur den Fall Karl May. Üblicherweise gibt es unkritische Karl-May-Leser und eine kritische Intelligenz, die den sächsischen Proletarier-Fabulierer ablehnt. Bloch verlagerte die Analyse, indem er nicht einfach die Unzulänglichkeiten oder politischen Dummheiten Mays aufzeigte, sondern nach den Gründen für den Erfolg des Erzählers forschte. Karl May als literarisch unzulänglich zu verwerfen, besagt nichts als die höhere Bildung dessen, der das Ungenügen feststellt. Die höhere Bildung ist indessen nicht hoch genug, sonst würde ersichtlich, daß im Autor wie in seinen Lesern ein gesellschaftlich erzeugter Mangel vorhanden ist und die Karl-May-Bücher eben diese Lücke ausfüllen.

Die Lektüre der Abenteuergeschichten wirkt wie Religion, erhebend, traumhaft bunt und ichbestärkend, mindestens als Ersatz fürs wirkliche Leben, jedenfalls seine Ödnis überbrückend.

Bloch reflektierte die 11. Feuerbach-These bis hin zu dem daraus folgenden zwingenden Grund der Korrektur, die er unterließ, aber nahelegte. Denn der Satz »Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern« ist zu komplettieren durch: »... es kommt darauf an, sich zu verändern.« Erst diese Konsequenz stellt dem Objekt das revoltierende Subjekt gegenüber und damit gleich.

Als ich 1957 die DDR verließ, nahm ich mir vor, nie wieder in Abhängigkeit von Universitäten, Akademien oder Staat und Parteien zu leben, denn sie forderten einen Tribut, den ich schon aus mentalen Gründen nicht leisten konnte. Meine Maxime ging dahin, daß die Marxsche äußere Revolution durch eine innere Revolution des Individuums zu ergänzen sei. Es ist zu wiederholen: Der zweite Halbsatz der 11. Feuerbach-These »... es kommt darauf an, sie (die Welt) zu verändern«, korreliert mit: »es kommt darauf an, sich (selbst) zu verändern.« In diesem Sinne finden sich Marx, Nietzsche und Sigmund Freud in Blochs revolutionärer Reformation des Marxismus und der subversiven Revolution der Bürgerlichkeit. Zwar scheiterte Bloch daran, doch die Lehre ist durch ihn in die Welt gelangt. Es gilt, sie nicht zu verleugnen, es sei denn, es wolle einer ein Saul bleiben.

Die Wende vom Objekt zum Subjekt ist kein Ersatz des ersten durch das zweite, aber längst fällig gewordene Vervollständigung. Nach dem Ende des sowjetischen Modells hängen die Bezüge der Theoretiker, die vom Staatssozialismus Fortschritt auf Dauer erwartet hatten, in vielfältigen Formen in der Luft. Der rote Oktober weckte Hoffnungen, die sich nicht einlösen ließen. Weil der revolutionäre Marxismus Träume und Lebenskraft des Einzelmenschen vernachlässigte und die proletarische Revolution als geschichtliche Zugmaschine (Lokomotive) bewertete, die alles voranbringen müsse, fallen seine Gläubigen und Gläubiger nach dem Scheitern der tiefsten Verzweiflung anheim, in Melancholie erstarrend, Trauerklagen ausstoßend oder zu den »Klassenfeinden« überlaufend, Figuren des Jammers, und sowas war gestern noch siegestönend aufmarschiert.

Klassische Theoriedenker wie Lukács, Benjamin, Bloch, Herbert Marcuse, denen die Oktoberrevolution zum Ausgangspunkt des Sozialismus wurde, verlieren an Bodenhaftung, soweit sie sich nicht

»Kampf, nicht Krieg – sie steht im Kampf, aber sie führt nicht Krieg, die Welt; sie führt Kampf gegen den Krieg, sie steht auf den Barrikaden gegen das System des Krieges, sie ist sich gründlich, grundhaft wehrender Pazifismus und, mit voller Paradoxie des Wortes, kämpfende Christenheit, *ecclesia militans*.«
(Ernst Bloch, 17. 8. 1918)

eine alternative Basis schufen. Auf sie bezogen gilt, was Bloch über Nietzsche feststellte – die Fragen waren richtig, die Antworten falsch. Genau dies trifft Bloch am wenigsten. Sein Denken schloß Kant, Schlegel, Hegel, Marx, Schopenhauer, Nietzsche, Freud ein, und soweit Trotzki die reale Alternative zu Stalin war, ist Bloch die Alternative zur verlorenen Revolution, die zwar 1917 siegte, ab 1990 aber ruhmlos erlosch.

Es ging schleichend bergab: Ökonomisch bedingte Klassenlagen und -kämpfe, zu denen Kirche und Vaterland die rechten Ideologien lieferten, entfremden in der Moderne zu psychologischen und mentalen Haltungen, denen die globalisierende Anarchie der Medien soviel Gegenaufklärung offeriert, daß die Masse weder im Kollektiv noch im Ego das eigene Interesse wahrzunehmen versteht. Das ist die Lage. Hätte der 1977 verstorbene Bloch das Ende der Staatssozialisten erlebt, wäre er unerstaunt geblieben. Er hatte schon 1956 geraten, endlich Schach statt Mühle zu spielen. Doch waren die nötigen Figuren verhaftet worden. Bloch hatte in allen deutschen Ländern etwas anderes als die herrschende Staatsreligion gelehrt. Seine spezielle Sklavensprache war stets ein Argot des subversiven Widerstands. Er lehrte nicht wie Nietzsche Krieg, sondern Kampf. Er befahl keine Truppen, sondern träumte, wünschte, forderte, verschickte verschlüsselte Botschaften mit Aufforderung zur Offenlegung. Seine gesamte Botschaft als Ruf nach »aufrechtem Gang« zu entziffern ist richtig, allerdings bleibt zu fragen, was der Sohn Jan Robert Bloch dem Vater mit Recht nachrufen durfte: »Wie können wir verstehen, daß zum aufrechten Gang Verbeugungen gehören?« Mein Versuch einer Antwort: Weil der Lehrer sonst von Anfang an gehindert ist, die Lehre vom aufrechten Gang überhaupt zu beginnen.

Das Elend des tradierten Marxismus gründet in der bei Marx angedeuteten, durch Lenin und Stalin ins Unendliche und Totale verlängerten Diktatur, die bereits die ersten Gedanken an eine Modernisierung der Theorie zum Verbrechen erklärt. In seinem Buch »Die Intellektuellen« sagt Werner Mittenzwei dazu: »1956 hatte Georg Lukács im Petöfi-Club erklärt, er wage zu behaupten, daß die Lage des Marxismus in Ungarn heute schlimmer sei, als sie in der Horthy-Periode gewesen sei. In der DDR verhielt es sich ähnlich, hier im Vergleich zur Weimarer Republik. Der Stalinismus verengte den Marxismus auf formalisierte Grundsätze, schloß jede Weiterentwicklung durch andere geistige Strömungen aus. Die dialektische Methode, das Kernstück des Marxismus, wurde nur in ihrer ideologisch präparierten Aussage propagiert. So verlor der Marxismus seine Anziehungskraft. Aber zur gleichen Zeit, in der er als Pflichtlektüre verkam, wuchs bei einigen Intellektuellen die Neugier auf den unverfälschten Marxismus.«

Die Diktatur der marxistischen Dogmatiker, die sich anmaßen, über Schüler und Studenten bis zu den besten Denkern und schärfsten Geistern herrschen zu müssen, verhinderte die Selbstentwicklung und endete im Suicid der Macht-Inhaber. Die erklärten Marxisten waren längst antimarxistische Liquidatoren an den Ideen der Freiheit und an der Freiheit der Ideen geworden.

Die beendete Diktatur einer an der Macht erstarrten Gruppe, die sich als legitime Stellvertretung des Proletariats mißverstand, führte

im Gegenzug zur Diktatur des Kapitals. Nicht alle seine Sklaven sind so borniert wie die Herausgeber der Anthologie »Vom Sinn des Lebens«, die im Februar 2000 bei dtv erschienen ist und es bis Dezember schon zur 3. Auflage brachte. Versammelt sind vom brudergemordeten Abel über die katholischen Bischöfe bis Zarathustra alle, die dazu lexikalisch aufgeboten werden können. Die 570 Seiten im Großformat führen in den Anmerkungen unter der Paginierung 442 auch einen »Bloch« auf, allerdings ist es ein zweifellos wichtiger »Werner Bloch«, der zu Darmstadt anno 1952 etwas übersetzte. Da kann ein gewisser Ernst Bloch nicht mithalten und so gibt es ihn gar nicht in diesem fast 600-Seiten-Werk.

Des Rätsels Lösung bietet eventuell die kleine Notiz: »Die Herausgeber Christoph Fehige, Georg Meggle und Ulla Wessels, philosophieren an der Universität Leipzig.« Verwiesen wird dazu auf Seite 52, wo ein mit Totenkopf geschmücktes Foto die drei philosophierenden Geistesheroen in denkerischer Pose zeigt: »Wir sehen die Herausgeber des vorliegenden Bandes in Meditation über Friedrich Rückerts Verse >Alle Wässerlein fließen/ In die grundlose See/ Alle Freuden ergießen/ Sich ins trostlose Weh<. Das mag erklären, daß drei Philosophierende zu Leipzig an der Pleiße anno 2000 in ihrem trostlosen Weh nicht wissen können, was vordem war. Denn die Diktatoren kommen und gehen, die Dummheit aber währet ewiglich.

Die Methode, Ernst Bloch gar nicht existieren zu lassen, scheint inzwischen zum Rechtskonservatismus zu gehören. Ernst Nolte wollte ihn seiner Studenten- und Leserschaft auch nicht zumuten. Erwähnen die heutigen Leipziger Philosophen einen Werner Bloch, wartet Nolte mit einem Josef Bloch aus dem Jahre 1899 auf – der steht verzeichnet in seinem Buch »Nietzsche und der Nietzscheanismus«.

Bloch contra Orwell

Die am Leipziger Institut für Philosophie bestimmende, politisch »federführende« Parteigruppe diskutierte am 13. April 1956 den kurz vorher abgelaufenen 20. Parteitag der KPdSU in Moskau. Zu meinem Erstaunen referierte Prof. Johannes Heinz Horn, inzwischen nicht ganz freiwillig zum Parteisekretär bestimmt, recht zurückhaltend die Anti-Stalin-Rede Chruschtschows. Im internen Bericht stehen Proteste verzeichnet und über meine Einwände heißt es: »Zwerenz kritisiert Horn sowie die PL wegen Entstellungen im Referat. Es bestehe Gefahr der Isolierung der PL von den Mitgliedern. Die Versammlung unterschätze die Bedeutung des XX. Parteitages. Sichtbarer Ausdruck dafür sei das Referat von Welsch. Er habe manch vom XX. PT beiseite Geräumtes wieder in den Weg geräumt ... Die Studenten und Wissenschaftler des Instituts seien zu wenig mit der Praxis verbunden, keiner habe bisher öffentlich zum XX. PT Stellung genommen.«

Bei aller gebotenen Skepsis gegenüber den internen Berichten wird deutlich, daß Horns späterer Selbstmord in der dubiosen Doppelrolle wurzelt, die er als Parteisekretär spielen zu müssen glaubte. Ich kannte seine wirkliche Meinung gut genug, um einschätzen zu können, wie sehr er sich mit seiner Rede verleugnete und verbog. Da ich politisch immer stärker unter Druck geriet, verließen Ingrid und

ich das Philosophische Institut, fortan gehörte ich zur Parteigruppe des Schriftstellerverbandes. Die SED versuchte dort, meinen Ausschluß zu erreichen. Weil es nicht gelang, fügte man die Parteigruppe des Schriftstellerverbandes mit der des Johannes-R.-Becher-Literaturinstituts zusammen und beauftragte Alfred Kurella, dort meine Entfernung aus der Partei durchzusetzen. In vielen Versammlungen während eines Vierteljahres fand sich dafür keine Mehrheit, so daß der Ausschluß endlich durch die Parteikontrollkommission vollzogen wurde, was der Formalien wegen monatelang dauerte. Noch nach fast fünfzig Jahren gedenke ich mit dankbarem Respekt der Genossen, die sich damals widersetzen. Welche Chancen waren für uns in der kleinen DDR nach dem Moskauer reinigenden Gewitter erwachsen. Meine relativ freischwebende Existenz als Schriftsteller hatte mir Publikationen ermöglicht, die den Bruch mit der Parteilinie unausweichlich machten.

Fragt sich am Ende, was aus dem Leipziger Bloch-Kreis der fünfziger Jahre wurde. Hans Pfeiffer, Autor, Nationalpreisträger, Professor am Johannes-R.-Becher-Literaturinstitut, verstarb bald nach der Wende. Siegfried Pfaff wurde am Berliner Rundfunk ein vielgerühmter Hörspiel-Autor, Redakteur und Betreuer. Frank Fiedler, nach anfänglichen ideologischen Auseinandersetzungen als Professor am Institut verblieben, verzog später an die Ostsee. Richard Lorenz, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an verschiedenen westlichen Universitäten, lebt in Kassel, Günter Zehm als rechtskonservativer, pensionierter Professor in Bonn. Von vier weiteren ist zu hören, sie existierten als inzwischen emeritierte oder abgeschaffte Akademiker in Ostberlin. H. M. machte im DDR-Militärverlag Karriere, bis er in den Westen retirierte, wo er als Arbeitsloser bald einer unheilbaren Krankheit erlag. S. wurde in Hamburg Computer-Spezialist. Erika L. ging 1957 in den Westen und nach einigen Semestern bei Adorno in Frankfurt/Main zurück in die DDR, wo sie für uns verscholl. Einer unserer Freunde stieg steil auf bei der Staatssicherheit. Ein anderer heuerte inoffiziell dort an und enterte offiziell als DDR-Film-Gewaltiger die Kirch-Gruppe, wo er sich auch nach 1989 halten konnte. Einer unserer Kommilitonen schrieb einen DDR-Jugendbuch-Bestseller mit gigantischen Auflagen und feierte sich in wechselnder weiblicher Gesellschaft am Honorar zu Tode. Ingrid und ich zeugten 1957 trotz aller Wirren und Ängste aus lauter ungebändigtem Trotz ein Kind und konnten doch in der Stadt nicht bleiben, in der wir gern weiterhin gelebt hätten.

Der Blick in die Autorenliste des Bandes »Ernst Blochs Revision des Marxismus« endlich lehrt die Vergeblichkeit aller Feindschaft. So viele gute Genossen – und solch ein unnötig fatales Ende. Von den Unterzeichnern des »Offenen Briefes« an und gegen Bloch beging einer Selbstmord, einer erkrankte und verstarb, einer hielt 2002 zum 25. Todestag des Philosophen im August 2002 in Leipzig den »Festvortrag: Ernst Bloch – zum Verhältnis von Freiheit und Ordnung«. Von den fünf anderen Unterschreibern weiß ich nichts, kannte auch damals keinen von ihnen. Endlich ist Peter Urbach zu nennen, der 1957 als Assistent an die Universität Jena kam und wegen verweigerter Selbstkritik repressiert wurde. Urbach begreift nicht, wie Ernst Bloch ihn noch 1959 zum Verbleib in der DDR er-

muntern konnte, selbst jedoch zwei Jahre später wegblieb. (Leipziger Volkszeitung vom 3./4. 8. 2002). Das Exempel zeigt, der Zukunftsdenker hoffte noch bis zum Mauerbau 1961 auf Besserung und erwartete offenbar, seine Schüler könnten an den Universitäten der Republik einen wichtigen Platz einnehmen. Genau dies fürchtete der fuchsschlaue Walter Ulbricht, was die rigiden Verfolgungen der entsprechenden Leute erklärt. Nachdem er direkt und über die Leipziger Parteileitung eingegriffen hatte, überließ er Erich Mielke das weitere Aufräumen, auf dessen Anweisung hin Unmengen von Manuskripten und Dokumenten beschlagnahmt und gesichtet wurden. Die Quintessenz dieser oppositionellen Ideen war mitbestimmend für die Ulbrichtschen Reformversuche der sechziger Jahre. Sie blieben zaghaft, kamen zu spät und verliefen im Sande. Die geistige Entseignung der Inhaftierten, Observierten, Kontrollierten, Berufsverbotenen und gerade noch dem Staat Entflohenen mißlang. Unrecht Gut gedeihet nicht.

Von den vielen anderen seien zumindest noch zwei exquisite Genossen des Bloch-Landes genannt. Da ist zum einen der geniale Simultan-Schachspieler und lächelnde Schnelldenker Lothar Kleine, der die termini technici mit höflichster Ironie zu setzen pflegte und in einem Bloch-Seminar gezielt arglos die »reziproke Emanation« in eine »reziproke Animation« verwandelte. Der Philosoph hustete daraufhin beinahe seine Tabakspfeife aus, bevor er leicht irritiert Lothars Sprachwitz lobte. 1957 geriet Kleine unter Verdacht, weil er einige Tage bei uns in Dahme/Mark logierte, der kleinen brandenburgischen Stadt, wo Ingrid's Eltern lebten, in deren Wohnung wir nach dem Weggang aus Leipzig Unterschlupf fanden. Da rückten zwei Stasi-Leute wegen Günter Zehm an, der uns auch hatte besuchen wollen, jedoch gerade inhaftiert worden war. Lothar brachten wir in eine winzige Dachkammer, dort hoch oben traktierte er seine Reiseschreibmaschine, die beiden Stasi-Herren witterten Untergrund.

Vom Philosophischen Institut weg wurde Kleine zur Bewährung und Strafe in einen Gleisbautrupp bei den Leipziger Eisenbahnern abgeordnet, wo der hochaufgeschossene, dürre Ex-Student nicht gerade durch physische Fitneß und Professionalität auffiel. Die geübten, kräftigen Streckenarbeiter wollten wissen, weshalb er zu ihnen gekommen sei. Lothars Antwort: »Weil ich die Differenz zwischen der demokritischen und der epikureischen Naturphilosophie nicht richtig einschätzte.« Die werktätigen Proletarier ließen sich diese stringente Information mehrfach wiederholen. Von jetzt an standen sie dem großen Kleine solidarisch bei, kam der mit Hacke und Schaufel nicht zurecht. Nach der Bewährung im Gleisbau schaffte er es, Dozent an der Leipziger Hochschule für Körperkultur zu werden. Ein achtbares Angebot Helmut Seidels zur Rückkehr ans Philosophische Institut hatte Lothar ausgeschlagen, kurz vor der Wiedervereinigung verstarb er an einem Krebsleiden. Wir sahen uns nie wieder und vermissen ihn sehr.

Zum andern besonderen Genossen: Am 24. Dezember 1958 meldete Neues Deutschland, in Halle habe vor dem Ersten Senat ein Prozeß gegen »Schröder, Lucht, Loest und andere« stattgefunden. Unser Kommilitone Harro Lucht soll es nach seiner Haftstrafe wegen von der Parteilinie abweichender Ansichten bis zum Empfangs-

Chef des Berliner Hotels International gebracht haben. Welch eine Karriere für einen Philosophiestudenten. In meinem Hörspiel »Des Meisters Schüler«, das Siegfried Pfaff 1990/91 im untergehenden Rundfunk der untergehenden DDR noch produzieren konnte, gibt es einen als Hotelportier verkleideten Philosophen namens »Luchs«. Falls Harro Lucht überlebt hat und dies hier liest, grüßen Ingrid und ich ihn respektvoll und herzlich.

Im Rückblick erweist sich, das Zentrum der durch den Moskauer 20. Parteitag ausgelösten Erschütterungen hatte sich in der DDR bald von Ostberlin nach Leipzig verlagert, der Konflikt im Politbüro ließ Ulbricht bei seinen sächsischen Getreuen Hilfe suchen. Gemeinsam nahmen sie das Philosophische Institut auseinander, von wo aus die Blochsche Schule die ideologische Vorherrschaft der Partei schon seit einiger Zeit anzweifelte und bedrohte. Die Anklagepunkte in den Prozessen von Harich bis Loest gipfelten im Vorwurf, sie alle hätten den Sturz der Regierung geplant. Das traf zu bei Harich, war bei den anderen jedoch nichts als die systematische Übertreibung gelegentlicher Unmutsäußerungen. In der Tat war Ulbrichts Stellung im Politbüro strittig, so daß, was ebenso schwer wog, die offiziell verbindliche Partei-Ideologie ins Wanken geriet. Die Chance, in Polen, Ungarn und der DDR im Einvernehmen mit Chruschtschow Reformen durchzusetzen, war so real, wie es sich später nie wieder ergab. Mit den Kämpfen zwischen den Budapester Aufständischen und der Sowjetarmee im Oktober 1956 endete der Veränderungs- und Erneuerungsversuch in einem Blutbad.

Ab September 1957 lebte ich erst in Westberlin, dann mit Ingrid und unserer Tochter Catharina am Rhein. Carola Stern nennt mich in ihrer Autobiographie »Doppelleben«, unsere in Köln verbrachte Zeit der sechziger Jahre charakterisierend, »grantig«. Es ist das mindeste zur Definition meines damaligen Lebensgefühls: entkommen dem Zugriff dunkler Gestalten, die Kerkermeister zu nennen noch zu höflich wäre, bedrückt wegen unserer in der DDR verbliebenen Freunde und Genossen – gerettet in ein Deutschland der wieder in Rang und Amt stehenden Schreibtischtäter und Kriegsverbrecher, die von Globke bis Gehlen als unverzichtbar oder gar Vorbilder gelten. Und wir hatten ein anderes Land schaffen wollen, wir glücklosen Bankrotteure. Wären uns im Osten nur halb so viele Hilfen zuteil geworden, wie sie der Westen von seinen Besetzern erfuhr, es hätte vieles anders laufen können, der Herrschaft des Kapitals hielte heute ein demokratisierter sozialistischer Osten stand.

Wie bei uns daheim gab es auch im Westen eine Opposition, deren Ziel nichts weniger als ein erneut aufrüstender Staat sein sollte. War alles vergeblich? Wo sind sie geblieben: Der Pazifist Gustav Heineemann, der im Zweifelsfall linke Augstein, der tapferere Wolfgang Abendroth (das sogenannte Unterschriftenkartell von Abendroth bis Zwerenz ...), die Adorno und Horkheimer bis Haffner und Dutschke, die furchtlosen Christen Niemöller und Gollwitzer, die jüdischen Exilanten Jean Amery, Ludwig Marcuse, Erich Fried, Fritz und Leo Bauer, Robert Neumann, der KZ-Häftling Eugen Kogon – verstorben, vergessen? Aus dem Gedächtnis getilgt im Rausch kriegerischer Normalisierung? Sind nur eifernde Zwerge übrig, behelmte Schwachköpfe und reichthumsgeile Kapitalraffer?

Da ich im Deutschen Bundestag ungezählte Male und nicht nur vom CDU-Ehrenvorsitzenden Alfred Dregger vernahm, es sei ehrenhaft gewesen, daß der deutsche Soldat sein Vaterland bis zur letzten Sekunde verteidigte, und vor allem im Osten, wo Rotarmisten die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager stürmten, kann ich es nicht für unehrenhaft halten, wenn Genossinnen und Genossen ihre DDR zu schützen und verteidigen suchten. Daß sie es mit den falschen Mittel taten, wie nicht allein das Ende beweist, steht auf einem anderen Blatt und hing von Politbüros ab.

Für den gescheiterten Reformator Bloch spricht die lebenslange Hellsicht seiner wichtigsten Entscheidungen: Im I. Weltkrieg stritt er für die deutsche Niederlage. Der Oktoberrevolution der Bolschewiki begegnete er anfangs mit Mißtrauen. Die Bedrohung durch das erstarkende Hitler-Deutschland führte ihn an die Seite der Sowjets. Im Prager und Pariser Exil leisteten er und Karola Widerstand. Aus der amerikanischen Emigration nach Leipzig geholt, blieb er der Sowjetunion ergeben, erkannte ihre fundamentalen Schwächen und versuchte sich als Erneuerer. Nach seinem Scheitern in der DDR hinterließ er in Tübingen seine Lehre von der notwendigen Transformation des Kapitalismus in eine neue Mischung von Freiheit und Ordnung.

Blochs Erkenntnisse und sein Engagement standen durchweg konträr zum Verhalten der Mehrheit und ihrer Führer. Das Volk hangelte sich lieber von Katastrophe zu Katastrophe, als seien seine Oberen und ihre Intellektuellen zwar mehrheits- aber nicht besserungsfähig, also Hopfen und Malz ohnehin verloren. Was indessen zu widerlegen wäre.

In der Konfrontation zwischen dem Optimisten Bloch und dem Pessimisten Orwell siegte bisher Orwells Großer Bruder. Als der Schüler Ernst Bloch einst von Ludwigshafen aus über die Brücke zur Mannheimer Schloßbibliothek pilgerte und die Abenteuer der Philosophie entdeckte, begann er eine unendliche Erzählung. Sie ist nicht zu Ende gekommen.

**Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung
zum 25. Todestag von Ernst Bloch (1885-1977)**

»Hoffnung muß gelernt werden«. Ernst Bloch für Einsteiger

Sonnabend, 2. November 2002, 10 bis 21 Uhr
Campus Charité, »Ruine«, Virchowweg 16

Mit Volker Caysa: Bloch – (k)ein toter Hund
Helmut Seidel: Die Begriffswelt Blochs
Michael Brie: »Wärmestrom« und Kälteschock:
Ernst Blochs Sozialismusbild
Gerhard Zwerenz: Aufrechter Gang – Ernst Bloch
in Deutschland Ost und West

Teilnahmegebühr 10 €, ermäßigt 5 €
Anmeldung (bis 12. Oktober): Marion Schütrumpf,
Tel: 030/29781127; E-mail: m.schuetrumpf@rosalux.de

EDELBERT RICHTER

Zur militärischen Hegemonie der USA

Historischer Ursprung: Weltwirtschaftskrise und Zweiter Weltkrieg
 Daß der Krieg der Vereinigten Staaten »gegen den Terror« in einer Wirtschaftskrise beginnt, der schwersten seit 1945, ist kein Zufall. Denn in gewisser Hinsicht hat die militärische Vorherrschaft der USA überhaupt ihren Ursprung in der unbewältigten Krisensituation der 30er Jahre. Zwar ist es Roosevelt damals mit dem New Deal gelungen, die Krise in ihren Auswirkungen zu mildern, keineswegs aber, sie zu überwinden.¹ Erst die Mobilisierung für den Krieg und die Rüstungsproduktion führten die amerikanische Wirtschaft aus der Depression heraus! Folglich wurde hier, ganz im Unterschied zu Europa, der Krieg nicht als eine Zeit wirtschaftlicher Not und Zerstörung erlebt, sondern als Motor des wirtschaftlichen Aufschwungs: Von 1939 bis 1945 verdoppelte sich die Industrieproduktion, das Bruttosozialprodukt stieg um 132 Prozent, die Zahl der Arbeitslosen sank unter 1 Million!

Dies wurde vor allem durch eine Steigerung der Staatstätigkeit erreicht. Der Staat nahm den Unternehmen die finanziellen Risiken der Rüstungsproduktion ab, gestattete Verstöße gegen das Anti-Trust-Gesetz und wurde zum größten Auftraggeber und Investor der Wirtschaft. Damit wurde zugleich der Grund gelegt für den zivilen Keynesianismus, der bis Anfang der 70er Jahre die Szene beherrschte. Wesentlich ist dabei, daß die langanhaltende Prosperität durch hohe Rüstungsausgaben (Koreakrieg, Vietnamkrieg) gesichert wurde und daß dieser »Rüstungskeynesianismus« auch nach der neoliberalen Wende von 1980 beibehalten wurde. Ergebnis dieser Politik war zudem der Militärisch-Industrielle Komplex, dessen Einfluß bis heute (als *Defense Technology and Industrial Base*) fortbesteht.

Die Frage ist daher, ob die amerikanische Wirtschaft nicht *aus sich selbst heraus* nach Rüstung verlangt, ohne die womöglich gar nicht funktionieren würde. Bejaht man diese Frage, so hätte schon Roosevelt mit seiner Rüstungspolitik gar nicht primär auf die Bedrohung durch Hitler reagiert, sondern auf die aussichtslose Lage der eigenen Wirtschaft. Der ganze Kalte Krieg samt atomarer Vernichtungsdrohung wäre dann im Grunde ein großes absurdes Theater gewesen, nicht um den Kommunismus zurückzudrängen, sondern um den amerikanischen Kapitalismus in Schwung zu halten. Dies gilt speziell für Reagans Hochrüstung, die dann primär gar nicht den Sinn gehabt hätte, die Sowjetunion in die Knie zu zwingen, sondern um vor allem der eigenen Wirtschaft neue Impulse zu verleihen.

Über den Beginn der militärischen Vorherrschaft der USA besteht weitgehend Einigkeit. Indem ihr sich selbst überlassenes, daher sich

Edelbert Richter – Jg. 1943; Dr. theol.; bis 1990 Dozent an der Predigerschule in Erfurt; regimekritisches Engagement während der DDR-Zeit, Mitbegründer des »Demokratischen Aufbruchs«; Mitglied der letzten Volkskammer der DDR; 1991 bis 1994 Abgeordneter im Europäischen Parlament; von 1994 bis 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD). Wichtige Veröffentlichungen: Erlangte Einheit – verfehlt Identität. Auf der Suche nach den Grundlagen für eine neue deutsche Politik, Berlin 1991; Wendezeiten. Das Ende der konservativen Ära, Köln-Weimar-Wien 1994; Aus ost-deutscher Sicht. Wider den neoliberalen Zeitgeist, Köln-Weimar-Wien 1998. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Aus der Individualisierung zu neuer Solidarität. Zu den moralischen Bedingungen demokratischer Erneuerung, (Heft 93) Juli 1998.

selbst lähmendes gewaltiges Wirtschaftspotential durch den Staat geweckt wurde, kam es schon während des Zweiten Weltkriegs zu einer erdrückenden quantitativen Überlegenheit sowohl gegenüber den Achsenmächten als auch gegenüber der Sowjetunion.² Das Bündnis mit der Sowjetunion war aber trotzdem notwendig, denn alles Potential an Technik und Ressourcen ist zwecklos ohne Menschen, die wirklich kämpfen. Die Arbeit des Kämpfens hatte in diesem Krieg aber ganz überwiegend die Sowjetunion übernommen. Die USA verloren 260 000 Soldaten, die Sowjetunion 53mal soviel, 13,6 Millionen! Aber so war es von der amerikanischen Führung auch gedacht! Das Bündnis mit den Sowjets wurde nur eingegangen, weil es die Zahl der Opfer auf amerikanischer Seite minimierte, ohne dadurch den Sieg in Frage zu stellen. Durch ihre materielle Überlegenheit und ihre geographische Lage waren die USA in der komfortablen Position, andere für sich kämpfen lassen zu können. Wer das aber kann, das heißt, über dem Widerstreit der Welt stehen und diesen für sich nutzbar zu machen, der hat die Vorherrschaft.³

Die USA verfügen mit über 400 Militärstützpunkten, die sie größtenteils im Weltkrieg erworben hatten, über eine einzigartige strategische Überlegenheit. Und sie taten nun auch noch die letzten Schritte, um das geschwächte britische Empire zu beerben. Damit übernahmen sie zugleich die Strategie Großbritanniens, nicht bloß andere für sich kämpfen zu lassen, sondern den blutigen Kampf möglichst überhaupt zu vermeiden und dennoch zu siegen.⁴ Damit stand ihnen die Welt offen für globale Operationen. Der Krieg verlor seine lokale Begrenztheit. Man brauchte sich dem Feind nicht mehr zu stellen, wenn er erschien, sondern konnte sich ihm beliebig entziehen, »unnahbar« bleiben. Andererseits kann man ihn jedoch fortwährend bedrohen und damit zermürben und demoralisieren. An die Stelle der Seeherrschaft ist heute die Luftherrschaft oder/und die Kontrolle über den Weltraum getreten, was die Vorteile dieser Strategie noch mehr hervortreten läßt.

Mit dem Bau der Atombombe erlangten die USA eine qualitative neue Überlegenheit. Denn damit eröffneten sie nicht nur ein neues Zeitalter, sondern ließen das Ende der Menschheitsgeschichte überhaupt am Horizont aufscheinen.⁵ Mit der Verfügungsgewalt über die Macht, sich selbst zu vernichten, war die Menschheit endgültig zum *Subjekt ihrer Geschichte* geworden. Denn schon nach der stoischen Lehre ist die Fähigkeit zur Selbsttötung der Beweis der menschlichen Freiheit, das, was den Menschen aus der Natur heraushebt. Aber, es war eben nicht eigentlich die Menschheit, die über das atomare Potential verfügte, also aus der Natur herausgetreten und Subjekt geworden war, sondern (bis 1949) nur ein Teil derselben, der nunmehr den anderen Teil mit Vernichtung bedrohen, also zum *Objekt* machen konnte. Ist es aber denkbar, daß eine Nation, die mit solch unvergleichlicher Macht ausgestattet ist, auch die entsprechende Weisheit im Umgang mit ihr aufbringt? Es ehrt die politische Führung der USA, daß sie das Problem – eingedenk ihrer liberalen Tradition – zumindest sah. So schlug sie 1946 eine internationale Atombehörde mit ausschließlichem Verfügungsrecht über die Atomwaffen vor (den sog. Baruch-Plan). Der Haken an diesem Vorschlag war nur, daß sie damit zugleich ihre atomare Überlegenheit sichern

In Kürze erscheint ein neues Buch von Edelbert Richter im VSA-Verlag Hamburg unter dem Titel »Eine historische Chance vertan. Die Sozialdemokratie unter dem Druck der Globalisierung«

1 So gelang es, die Zahl der Arbeitslosen von über zwölf Millionen im Jahr 1933 vorübergehend auf acht Millionen zu senken. 1938 lag ihre Zahl jedoch bereits wieder bei über zehn Millionen. Der amerikanische Anteil an der Weltindustrieproduktion war im selben Jahr sogar niedriger als 1932! (Vgl. Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte, Frankfurt am Main 1989, S. 496 f.).

2 Vgl. Paul Kennedy, a. a. O., S. 525 ff.

3 Die USA haben diese Methode seitdem immer wieder praktiziert: Man denke an die Rolle der UCK im Kosovo-Krieg oder die Modjahedin in Afghanistan.

4 Seit dem 17. Jahrhundert praktizierte England die Methode, sich weniger auf Landkriege einzulassen als vielmehr die Meere zu erobern und dort mit dem Drohpotential seiner Flotte permanent präsent zu sein (»fleet in being«). So war es möglich, alle physischen Vorteile zu nutzen, die die Meere gegenüber dem Land boten: Der Mensch operiert dort von vornherein nicht bloß mit seinem Leib, sondern auf einer technischen Grundlage. Er kann dort schneller sein, sich auch geradliniger bewegen, läßt die Schwerfälligkeit »irdischer« Bewegung hinter sich. Es kommt nicht mehr zuerst auf »Masse« im Raum, sondern vor allem auf Schnelligkeit in der Zeit an.

5 Jean Paul Sartre hat die Bedeutung diese Ereignisses 1945 sehr treffend in die Worte gefaßt: »Für die gesamte Menschheit gilt: wenn sie fortfährt zu leben, wird es nicht einfach deshalb geschehen, weil sie geboren ist, sondern weil sie den Entschluß gefaßt hat, ihr Leben zu verändern. Es gibt nicht mehr die menschliche Gattung. Die Gemeinschaft, die sich zur Hüterin der Atombombe gemacht hat, steht oberhalb des Reiches der Natur, denn sie trägt die Verantwortung für ihr Leben und ihren Tod: es wird in Zukunft nötig sein, daß sie jeden Tag und jede Minute zum Leben ihre Zustimmung gibt. Das ist es, was wir heute erfahren, in der Angst.« (Jean Paul Sartre: *Les Temps Modernes* 1, Paris 1945, p. 166).

wollte, um der sowjetischen konventionellen Überlegenheit in Europa begegnen zu können. Die Sowjetunion, die diese natürlich erhalten wollte, weil sie noch über keine Kernwaffen verfügte, schlug dagegen eine Vernichtung aller Kernwaffen vor. So konnte es zu keiner Einigung kommen. Vielmehr war die Sowjetunion angesichts der atomaren Bedrohung bestrebt, die Risiken vom eigenen Territorium möglichst fernzuhalten und daher ihren erweiterten Herrschaftsbereich als Sicherheitskordon auszubauen. Sie trieb also das an sich überholte Territorialprinzip auf die Spitze! Daraufhin gingen die USA 1947 von ihrer klassisch-liberalen Tradition der Außenpolitik ab und setzten »realpolitisch« auf militärische Stärke (Truman-Doktrin, *National Security Act*). Es ging nun nicht mehr um multilaterale Lösungen, die sich mit einer Führungsrolle durchaus vertragen hätten, sondern um *unilaterale Hegemonialpolitik*. Die militärische Vorherrschaft, die den USA zunächst eher zugefallen war, wurde nun bewußt gewollt. Extremster Ausdruck dessen war die 1954 unter Eisenhower deklarierte Doktrin der »massiven Vergeltung«, die vorsah, einen gegnerischen (konventionellen) Angriff auf ein verbündetes Land, beispielsweise Südkorea, sofort mit einem Atomschlag zu beantworten.

Gewiß lag darin eine gewisse Logik, daß man nun, nachdem man den Isolationismus endgültig hinter sich gelassen hatte, »realistischer« dachte. Aber warum mußte man gleich ins andere Extrem verfallen und einen *zynischen Realismus* vertreten?

Der eigentliche Widerspruch dabei war, daß die Mittel die modernsten waren, die Zwecke aber ganz traditionelle! Hätten die modernen übernationalen Zwecke, die doch in der politischen Kultur der Vereinigten Staaten tief verwurzelt waren, nicht viel besser mit den modernen Machtmitteln zusammengepaßt? Es war dieser Widerspruch, der die Geschichte weiter trieb.

Gleichgewicht des Schreckens und Stellvertreterkriege

1949 erprobte die Sowjetunion ihre erste Atombombe; 1953 – nur ein Jahr nach der Zündung der ersten amerikanischen Wasserstoffbombe – verfügte auch sie über diese Waffe; 1955 stellte sie ein Düsenflugzeug in Dienst, das in acht Stunden die Vereinigten Staaten erreichen konnte; 1957 bewies sie mit dem Start des ersten Erdsatelliten, daß sie über Interkontinentalraketen verfügte, also das Territorium der USA mit einem Überraschungsangriff bedrohen konnte. Zwar zogen die USA beim Bau interkontinentaler Raketen bald nach, ihr Streben nach Vorherrschaft war damit aber erst einmal gestoppt. Das «Subjekt der Geschichte» war jetzt zweigeteilt.

Die USA haben diese neue Situation sehr bald erkannt: Ende 1960 legte eine Gruppe von Wissenschaftlern und Strategen Überlegungen zu einem sogenannten »Gleichgewicht des Schreckens« vor, das zu politischer Entspannung und kontrollierter Abrüstung führen sollte. Die Pläne wurden von der Regierung Kennedy aufgegriffen und nach der Kubakrise 1961 von den *Supermächten* in gewissem Umfang umgesetzt. Damit wurde die bis Ende der 70er Jahre anhaltende Phase der Entspannung beziehungsweise friedlichen Koexistenz eingeleitet.

Die Entspannung, die auf der Perspektive eines Todes durch Vergeltung beruhte, hatte darin ihre Grenze, daß dieses Sicherheitskon-

zept zwar Frieden zwischen der Ersten und der Zweiten Welt brachte, keineswegs jedoch zwischen den Staaten der Dritten Welt. Sie blieben *Objekt* der Geschichte. Um sie durfte die Auseinandersetzung zwischen den «Systemen» durchaus weitergehen, einerseits mit Entwicklungshilfe, in einem größeren Umfang als heute, andererseits mit Waffenhilfe und militärischer Intervention. Dabei nahm die Sowjetunion als Führungsmacht der Zweiten Welt allerdings eine Sonderstellung ein: Einerseits blieb sie bei diesen Aktivitäten wegen ihrer eigenen wirtschaftlichen Rückständigkeit hinter den USA zurück. Andererseits war ihr ideologischer Einfluß in der Dritten Welt – wegen ihrer eigenen Nähe zu ihr – größer. Der Beginn dieser Auseinandersetzung fiel genau mit dem Beginn der Entspannungspolitik zusammen. So reagierten die USA auf die Revolution in Kuba 1959 mit einem Programm zur Wirtschaftshilfe für Lateinamerika (*Allianz für den Fortschritt*) und gleichzeitig mit Boykottmaßnahmen und Interventionsversuchen gegenüber Kuba. Und Präsident Kennedy, der 1961 ein eigenes Regierungsamt für Entwicklungshilfe einrichtete, tat im selben Jahr den entscheidenden Schritt zum Krieg gegen Vietnam.

Man hat in bezug auf die amerikanische Auslandshilfe behauptet, daß ihre sicherheitspolitische Funktion umso stärker betont wurde, je mehr der Ost-West-Konflikt eskalierte, und daß umgekehrt in Entspannungsphasen die Entwicklungshilfe mehr Gewicht hatte.⁶ Das leuchtet zwar ein, ist jedoch fraglich. Eher gilt: Je stabiler das Gleichgewicht des Schreckens, desto heftiger die Stellvertreterkriege zwischen den Großmächten in der Dritten Welt. Das Verhältnis zu ihr diente offenbar als Ventil für die Spannungen, die unter dem Deckel der Entspannung weiter schwelten. Hier konnten permanente Kriege weitergeführt werden, die man sich in der eigenen Region nicht mehr leisten durfte. Und dabei waren nun beide Großmächte in der komfortablen Position, die Kriege aus gehöriger Distanz führen und andere für sich kämpfen lassen zu können. Wenn sie sich jedoch über die Realitäten der Dritten Welt hinwegsetzten und selbst aufs Kämpfen einließen, wie in Vietnam und in Afghanistan, dann scheiterten sie jämmerlich!

6 Vgl. Franz Nuscheler: Auslandshilfe, in: Länderbericht USA, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991, 293/II, S. 62 f.

Die Strategie des begrenzten, daher gewinnbaren und fñhrbaren Atomkriegs

Das Gleichgewicht des Schreckens beruhte nicht auf dem Vertrauen der Beteiligten, daß der jeweils andere sich aus gutem Willen oder Friedensliebe an die vereinbarten Regeln halten würde. Vielmehr war Mißtrauen eingeplant, denn jeder mußte zuerst an seine eigene Sicherheit denken, also seine Erst- und Zweitschlagskapazitäten im Verhältnis zum anderen erhalten beziehungsweise ausbauen, wenn das System funktionieren sollte. Es war ein System analog zum liberalen Marktmechanismus, bei dem das allgemeine Wohl ja gerade aus dem Eigeninteresse der Beteiligten resultiert. Wenn aber jeder immer nur die eigene Sicherheit im Auge hat und seine militärischen Kapazitäten für technische Entwicklungen offen waren, so konnte das Gleichgewicht gar nicht stabil bleiben. Anders gesagt: Drohungen sind nur Ankündigungen von *möglichen* Handlungen. Sie müssen daher glaubwürdig sein, wenn sie wirksam sein sollen.

Wie werden sie aber glaubwürdig? Nur dadurch, daß sie wenigstens partiell oder ab und zu auch wahr gemacht werden. Ein Staat kann mit seinem Gewaltmonopol nicht nur immer drohen, er muß ab und zu auch handeln. Geschieht das nicht, so werden die Drohungen am Ende lächerlich. Das Problem der großen atomaren Drohung war aber nun, daß man sie gerade nicht wahrmachen konnte, auch nicht exemplarisch. Zwar war der Weg, die Atomwaffen kleiner und damit doch begrenzt einsetzbar zu machen, von den USA beschritten worden. Wegen der Gefahr der Eskalation waren sie jedoch nicht zum Einsatz gekommen. Die Kernwaffenversuche aber waren nur Demonstrationen, die in den 60er Jahren auch noch eingeschränkt wurden. Da man also beweisen mußte, daß man es ernst meinte mit der Vergeltungsdrohung, sie jedoch nicht in die Tat umsetzen konnte, suchte man diesen Mangel durch Masse auszugleichen oder durch immer neue Qualität. Das war der Grund für das anhaltende Wettrennen trotz Entspannung und Rüstungsbegrenzung auf bestimmten Gebieten.

In den 70er Jahren vollzogen die Amerikaner einen Wechsel ihrer Strategie: Der große, verheerende Atomkrieg sollte jetzt dadurch vermieden werden, daß der begrenzte, gewinnbare und damit führende Atomkrieg an seine Stelle trat. Damit suchten die USA der Lähmung, die die Pattsituation für ihre Weltmachtspolitik bedeutete, zu entkommen und militärisch wieder handlungsfähig zu werden. Die letzte Phase des Kalten Krieges war damit eröffnet. Die Sowjetunion reagierte darauf zunächst ideologisch, indem sie die Lehre vom gerechten Krieg aktualisierte, faktisch aber verstärkte sie ihr Abschreckungspotential und drohte weiterhin mit einem totalen Vergeltungsschlag. Unter Gorbatschow ging sie dann jedoch zum *Konzept der Sicherheitspartnerschaft* über.

Was meinte dieses Konzept? Es ging wie die Abschreckungsdoktrin davon aus, daß ein Atomkrieg nicht gewinnbar sei, sondern beide Seiten als Verlierer zurückließe. Es wollte aber im Unterschied zur Abschreckungsdoktrin diese militärische Situation nun nicht bloß institutionalisieren, sondern politisch über sie hinausführen. Die Einsicht, daß die Gegner im Kriegsfall gemeinsam untergehen würden, sollte zu dem Entschluß führen, trotz aller Gegnerschaft gemeinsam überleben zu wollen. An die Stelle des gegenseitigen Mißtrauens sollte schrittweise Vertrauen treten.⁷ Sicherheitspartnerschaft war damit so etwas wie »intelligente Feindesliebe« (Carl Friedrich von Weizsäcker) beziehungsweise ein Gleichnis der Feindesliebe im politischen Raum.⁸

Die USA sind also von der atomaren Abschreckung zu einer quasi-konventionellen Drohpolitik übergegangen, die Sowjetunion zu einer Politik der Sicherheitspartnerschaft. Die USA haben nach herrschender Meinung mit ihrer Strategie den Kalten Krieg gewonnen: Ist das Programm der Sicherheitspartnerschaft demnach gescheitert? Trägt es nicht in der Tat aus heutiger Sicht utopisch-schwärmerische Züge? – Oder haben die USA den Kalten Krieg nur gewonnen, weil die Sowjetunion sich nicht zum heißen Krieg entschließen konnte und ihnen entgegenkam? Beruht der Sieg der USA etwa auf der Ausnutzung dieses Entgegenkommens? Dann wäre das Konzept der Sicherheitspartnerschaft die latente Grundlage des gegenwärtigen

7 »Beide Seiten müssen Sicherheit erlangen, nicht vor dem Gegner, sondern gemeinsam mit ihm« (Palme-Bericht).

8 »Feindesliebe«, sofern trotz bleibender Gegnerschaft Gemeinsamkeit erstrebt wird, der andere in seinem Anderssein anerkannt wird, der eine sich in den anderen hineinversetzt und seine Sicherheit auch zum eigenen Anliegen macht.

Friedens, und die Sowjetunion hätte es bis zur Selbstpreisgabe praktiziert. Das amerikanische Konzept aber wäre ein Grund dafür, daß die kleinen heißen Kriege wieder möglich geworden sind und der Weltfrieden heute ferner ist denn je.

Daß der »Sieg« der USA im Kalten Krieg kein Sieg im konventionellen Sinne war, ist schon nach dem bisher Gesagten klar. Es konnte nur ein Sieg im Wettrüsten sein, und zwar nicht der Quantität, sondern der Qualität nach. Es ist den USA offenbar gelungen, ihre Drohung glaubwürdiger zu machen als es die der Sowjetunion war. In diesem Sinne kann man vielleicht mit Reagan sagen, sie habe die Sowjetunion »totgerüstet«.

Aber an der Ideologie von Sieg und Niederlage müssen noch weitere Abstriche gemacht werden. Denn daß den Vereinigten Staaten das gelungen ist, ist im Grunde nicht verwunderlich, wenn man die ökonomischen Voraussetzungen der beiden Mächte bedenkt: Das wirtschaftliche und technische Potential der USA war immer dem der Sowjetunion überlegen; es war der Sowjetunion nie gelungen, in dieser Hinsicht wirklich aufzuschließen. Ja, es zeichnete sich in den 70er Jahren – gerade auf dem Höhepunkt der Macht und des Einflusses der Sowjetunion – schon ab, daß sie mit ihrer Hochrüstung ihre wirtschaftliche Entwicklung selber behinderte. Das führte dann in den 80er Jahren unter Gorbatschow zu dem (wohl zu späten) Entschluß, der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber der Rüstung endlich den Vorrang zu geben.

Die Strategie der alleinigen Vorherrschaft

Gewiß gibt es kein einheitliches strategisches Konzept, nach dem die USA in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges verfahren wären, sondern die unterschiedlichen Konzepte der Parteien und Denkschulen mit wechselndem Einfluß. Dennoch zeichnen sich nach über einem Jahrzehnt und im Vergleich mit den beschriebenen Strategien der Zeit des Kalten Krieges schon gewisse Grundzüge des politischen Wollens ab, mit denen man rechnen muß.

Obwohl George Bush Senior bemüht war, die Sowjets nicht als Verlierer zu demütigen, war doch schon zu seiner Amtszeit klar, daß die Stellung als einzige verbliebene Supermacht unbedingt erhalten werden und »das Wiederauftauchen eines *neuen Rivalen* auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion oder anderswo« jedenfalls verhindert werden müsse.⁹

Der neue Präsident Bill Clinton trat dann an mit dem Konzept eines »assertive multilateralism« in der Tradition des Wilsonschen *Idealismus*. Da für ihn die eigene Wirtschaft ganz im Vordergrund stand, schien es auch das Praktischste, wenn die UNO mit neuen Institutionen und einer eigenen Streitmacht internationale Konflikte regulieren würde. Schon in Somalia 1993 stellte sich jedoch heraus, daß die Bemühungen in dieser Richtung zu aufwendig waren und von der amerikanischen Öffentlichkeit kaum unterstützt wurden. Spätestens die Kongreßwahlen 1994, die eine republikanische Mehrheit ergaben, führten Clinton zu einem *Unilateralismus*, der sich seitdem immer stärker ausgeprägt hat. Er zeigt sich nicht nur an solchen »Alleingängen« wie dem Unterlaufen des Embargos im Bosnienkonflikt, sondern auch an der immer geringeren Bereitschaft zur

⁹ Verteidigungsplanung des Pentagon, März 92, in: Klaus Dieter Schwarz: *Weltmacht USA*, Baden Baden 1999, S. 24, 62 f.

10 Ebenda, S. 93.

Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern oder an der fast völlig selbständigen Streitkräfteplanung.¹⁰

Entsprechend war Clinton mit dem Ziel einer weiteren Abrüstung und umfassenden Rüstungskonversion angetreten, wie sie nach dem Ende des Kalten Krieges ja auch erwartet wurde. Es ist jedoch nicht einmal eine Demilitarisierung in dem Ausmaß vollzogen worden, in dem die USA sie nach anderen vorangegangenen Kriegen durchgeführt haben. Das heißt, daß die USA nach dem Ende des Kalten Krieges nicht zu ihrer liberalen Tradition zurückgekehrt sind, sondern weiter der konservativen europäischen Tradition folgen, die sie sich zu Beginn des Kalten Krieges zu eigen gemacht haben. Seit dem kurzen Intermezzo der ersten Clinton-Jahre dominiert wieder die »realistische« Schule. Der Widerspruch zwischen neuen Mitteln und alten Zwecken, den wir oben konstatiert haben, ist also nicht behoben. Vielmehr ist seit 1996 *weiter aufgerüstet* worden, so daß die Militärausgaben der Vereinigten Staaten heute höher liegen als die *aller* Verbündeten und Partner zusammengenommen und *dreimal* höher als die aller potentiellen Gegner.¹¹ Wenn Bush junior im kommenden Jahr den Verteidigungsetat um 46 Mrd. Dollar erhöhen will, so beträgt allein diese Steigerung mehr, als Großbritannien und Italien zusammen für militärische Zwecke ausgeben.¹² Der Rückgang der weltweiten Rüstungsausgaben nach dem Kalten Krieg ist zu einem großen Teil auf die Abrüstungsmaßnahmen Rußlands beziehungsweise den Zerfall der Sowjetunion zurückzuführen.

11 Ebenda, S. 35.

12 Vgl. Die Zeit, 11. 4. 2002.

Vergleicht man die heutige Weltmachtposition der USA mit der zur Zeit des Kalten Krieges, so zeigt sich, daß sie jetzt stärker auf militärischer Macht beruht als damals. Denn damals waren die USA wirtschaftlich überlegen und beschränkten sich militärisch auf Parität. Heute betragen ihre Rüstungsaufwendungen *das Zehnfache* der Aufwendungen Rußlands, obwohl die wirtschaftliche Überlegenheit geblieben beziehungsweise sogar noch größer geworden ist. Vergleicht man das Kräfteverhältnis in der Welt, so wird dies noch deutlicher: Zwar beruhte die hegemoniale Rolle der USA im Westen schon seit den 70er Jahren nicht mehr primär auf ihrer wirtschaftlichen Stärke, denn hier hatten Europa und Japan sie längst eingeholt und in mancher Hinsicht sogar überholt. Heute aber ist das absolute Übergewicht des Militärischen evident, denn der Anteil der USA an den globalen Aufwendungen für militärische Forschung und Entwicklung beträgt 65 Prozent¹³ und an den weltweiten Militärausgaben 37 Prozent, der Anteil am globalen Bruttosozialprodukt aber nur 26 Prozent und an der Weltindustrieproduktion nur 11,52 Prozent¹⁴.

13 Globale Trends 2002, Frankfurt am Main 2001, S. 426 f.

14 Fischer Atlas Zur Lage der Welt, Frankfurt am Main 2001, S. 55, 38, 31 bzw. S. 426 f.

15 Vgl. Schwarz, a. a. O., S. 64. So sind von den 1,5 Millionen US-Soldaten rund 100 000 ständig in Europa, ebenfalls 100 000 ständig im asiatisch-pazifischen Raum, 25 000 im Nahen Osten und 15 000 in Lateinamerika stationiert (Ebenda, S. 66).

Die USA haben auch an der strategischen Planung aus der Zeit des Kalten Krieges festgehalten. Danach müssen die amerikanischen Streitkräfte in der Lage sein, zwei große Konflikte (zum Beispiel in Ostasien und in der Golfregion) zur gleichen Zeit bewältigen zu können. Die Kritiker dieser *Zwei-Kriege-Strategie* hielten sie für eine Überforderung und wiesen etwa auf die Transport- und Logistikprobleme hin, die sich schon im Golfkrieg zeigten. Sie haben sich jedoch nicht durchsetzen können, weil es um die Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten als einzige Supermacht ging.¹⁵ Die Planung ist allerdings in Clintons *National Security Strategy* von 1997 modifiziert und in gewisser Hinsicht sogar erweitert worden, sofern es jetzt

um Eingreiftruppen geht, die *an vielen Punkten* der Welt den jeweils konkreten Herausforderungen gewachsen sein sollen.

Bei den Massenvernichtungswaffen haben die USA zwar abgerüstet und wollen auf die Anwendung chemischer und biologischer Kampfmittel verzichten. Sie setzen jedoch die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf diesen Gebieten fort und halten an der Option eines Ersteinsetzes von Kernwaffen ausdrücklich fest. Indem sie außerdem den ABM-Vertrag aufkündigten und die alten Pläne eines *Raketenabwehrsystems* weiterverfolgen, streben sie nicht nur eine (utopische) nationale Unverwundbarkeit an, sondern im Grunde ihre Befähigung zum atomaren Erstschlag. Denn wenn ich mich als einziger gegen Raketen verteidigen kann, dann kann ich alle anderen mit Raketen angreifen. Der Unilateralismus wäre damit vollendet und alle Gegenseitigkeit im internationalen Sicherheitssystem wäre aufgehoben.

Das Weiterverfolgen der Raketenabwehrpläne macht klar, daß die USA auch ihrer *High-Tech-Orientierung* treu bleiben. Diese ist aber identisch mit der Strategie, eigene Opfer möglichst zu vermeiden, das heißt entweder durch überwältigende Abschreckung den Kampf ganz zu meiden oder die Technik beziehungsweise andere für sich kämpfen zu lassen. Beleg dafür ist übrigens auch, daß die Landstreitkräfte nach dem Kalten Krieg stärker abgebaut wurden als Marine und Luftstreitkräfte.¹⁶

16 Ebenda, S. 85.

Das inhaltlich Neue an der High-Tech-Orientierung der 90er Jahre ist aber die Verlagerung weg von der grobschlächtigen atomaren hin zur »intelligenten« Informations- und Kommunikationstechnologie. Das Schlagwort lautet etwas übertrieben »Revolution in Military Affairs«, denn die Entwicklung in diese Richtung hat bekanntlich schon in den 70er Jahren begonnen, wohl auch zum »Sieg« im Kalten Krieg beigetragen und ist im Golfkrieg erstmals eindrucksvoll demonstriert worden. Ziel ist – analog zur See- oder Luftüberlegenheit – eine Informationsüberlegenheit derart, daß der Gegner von vornherein resigniert oder, falls er doch handelt, dies nur schlecht oder falsch informiert und daher desorientiert tun kann. Wer um das logistische Chaos vieler früherer Kriege weiß, wird die Faszination der Militärs in bezug auf die neuen Möglichkeiten, welche die Informationstechnologie eröffnet, verstehen. Im Vergleich zum Atomkriegsszenario andererseits wird jetzt Schnelligkeit noch wichtiger und räumliche Distanz noch unwichtiger.

Streben nach Unverwundbarkeit und Terrorismus

Die Kritik an der High-Tech-Orientierung der amerikanischen Sicherheitspolitik und ihrem Streben nach nationaler Unverwundbarkeit ist alt und in den USA selber immer wieder laut geworden – offenbar ohne Erfolg, was auf tieferliegende Antriebe dieser Politik schließen läßt. Ich erinnere an die wichtigsten Argumente der Kritik.

Historisch: Es gibt nur wenige Kriege in der Geschichte, die allein oder hauptsächlich aufgrund technischer Überlegenheit gewonnen worden sind. In der Mehrzahl der Fälle war der Mensch, das heißt Ausbildung, Moral, Organisation, Führung entscheidend, aber auch der Zufall, die unberechenbare Natur.

17 Jon Conell: Illusion Sicherheit, Frankfurt am Main und Berlin 1987, S. 32 ff.

Ökonomisch: Die High-Tech-Rüstung ist nicht nur teuer, sie läuft auch am Wettbewerb vorbei und ist nicht den Anforderungen des Marktes unterworfen, sondern folgt dem Selbstlauf des Militärisch-Industriellen Komplexes. Es gibt daher eine ganze Reihe von Waffentwicklungen, die sich schon unter militärischen Gesichtspunkten als reine Geldverschwendung erwiesen haben.¹⁷

Politisch: Wenn die High-Tech-Rüstung als Ersatz gebraucht wird, weil die Bürger nur noch auf ihr persönliches Wohl bedacht und nicht mehr bereit sind, sich fürs Gemeinwohl einzusetzen (wobei die Verteidigung ja nur der Extremfall ist), dann ist der demokratische Staat im Grunde (auch ohne Krieg) schon verloren; was sich eben am Militärisch-Industriellen Komplex zeigt, der nicht mehr demokratisch kontrolliert wird.

Technikfolgen: Es gibt keine Unverwundbarkeit. Wir haben das beim Thema Atomwaffen gesehen: Der technische Fortschritt macht die Gesellschaften verwundbarer. Man denke nur an die über 200 Kernkraftwerke in Europa, an die vielen hundert Öltraffinerien und Öltanklager, an die vielen tausend Chemiebetriebe, das Gas-, Strom- oder Kommunikationsnetz – alles hochbrisante Ziele für Terroranschläge.

Ethisch: Wie du nicht allein auf der Welt bist, so auch kein Staat. Wie du nicht Sicherheit dadurch erreichen kannst, daß du die anderen ständig bedrohst und deine Drohung glaubwürdig machst, indem du ab und zu jemanden exemplarisch niederschlägst, so kann auch kein Staat Sicherheit allein erreichen, sondern gemeinsam mit den anderen.

Theologisch: Das Streben nach absoluter Sicherheit ist nichts anderes als das Streben, Gott gleich zu werden, und das wird in den unsere Zivilisation prägenden Überlieferungen eindeutig verurteilt: in der griechischen als Hybris und in der jüdisch-christlichen als Sünde.

Eine Politik, die alle diese Argumente mißachtet, und zwar bisher erfolgreich, läßt bei ihren Gegnern nur noch zwei Möglichkeiten übrig: Verinnerlichung der Bedrohung und Unterwerfung oder aber Selbstbehauptung durch Gegendrohung, Terror. Was das moralische Empfinden angesichts dieser Politik zutiefst beleidigt, ist nicht nur die erschreckende Ungleichheit des Kampfes. Es ist die nochmalige, zusätzliche Drohung gegenüber jenen, deren Existenz ökonomisch schon bedroht ist; oder der Krieg, der vom Himmel herab geführt wird, um diejenigen, die ohnehin schon am Boden sind, noch unter die Erde zu befördern. Indem dabei scheinbar human der persönliche Kampf weitgehend vermieden wird, wird in Wahrheit der Gegner als Mensch verachtet und der Natur zugeschlagen. Es wird also ohne Bedenken gegen das Gleichheitsprinzip des Humanismus verstoßen und die Einheit der Menschheit geleugnet.

Der Gegner aber, der sich auf der High-Tech-Ebene ohnehin nicht bewegen kann, ja kaum noch zu staatlich organisiertem Krieg fähig ist, hofft zunächst auf den Kampf am Boden, weil er Mensch und nicht Natur sein will. Wird ihm dieser nun verweigert, so bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als die Zivilisation, die von ihm nichts wissen will, an ihren verwundbarsten Stellen anzugreifen und so an sein Dasein zu erinnern. Er macht damit nicht nur die High-Tech-

Rüstung lächerlich. Er fordert auf brutale Weise die gemeinsame Sicherheit ein, auf die die USA meinen gerade verzichten zu können. Daß er dies als Selbstmordattentäter tut, geschieht gewiß nicht freiwillig, sondern aus Ohnmacht und Verzweiflung. Dennoch demonstriert er damit genau die Bereitschaft, sich auf extreme Weise für sein Gemeinwesen einzusetzen und stellt die westliche Zivilisation an ihrem wunden Punkt infrage: dem schwindenden Gemein-sinn.¹⁸ Zudem beweist der Terrorist, indem er sein Leben wegwirft, die elementare *menschliche* Freiheit im Sinne der Stoa; nämlich gegenüber denen, die wie *Gott* sein wollen, indem sie die Macht über Leben oder Tod der Menschheit in Händen halten und die Mehrheit mit dem Tod bedrohen, während sie ihr eigenes Leben auf phantastische Weise sichern wollen. Wer zum Sterben bereit ist, nicht mehr an diesem Leben hängt, dem kann man auch nicht mehr drohen. Es ist schon fragwürdig, Sicherheit herstellen zu wollen durch die Bedrohung ohnehin Schwächerer. Es ist unmöglich, sie durch die Bedrohung derer herstellen zu wollen, die gar den Tod nicht mehr fürchten.

Der Unterschied zum Kalten Krieg dürfte deutlich sein: Auch er war ein Krieg ohne Kampf, weil die technischen Mittel auf beiden Seiten so überwältigend waren, daß die konkrete, leibhaftige Auseinandersetzung nicht mehr stattfinden konnte oder nur noch stellvertretend in der Dritten Welt. Jetzt jedoch, da nur noch *eine* »Supermacht« vorhanden ist, wird der Krieg ohne Kampf tatsächlich *geführt*, kommen die technischen Mittel zum Zuge, und zwar gegen Länder der ehemaligen Zweiten oder Dritten Welt. Entsprechend sind diese nur noch zu einem Kampf ohne Krieg fähig, eben zu Terrorakten oder zu selbstzerstörerischen Bürger- und Bandenkriegen. Die Übermacht der westlichen Welt ist so groß, daß ein sozialer Befreiungskampf, wie er noch in den 70er Jahren stattfand, heute gar nicht mehr möglich scheint. Das spiegelt sich auch in der öffentlichen Meinung. Auch hier gibt es gar keine Emanzipation mehr, sondern nur noch Terrorismus. Die USA prägen die Welt nach ihrem Bilde: Die »Verlierer« der Globalisierung sind wie die unteren Schichten in den USA selbst an ihrem Schicksal schuld, und wenn sie das nicht einsehen wollen und sich nicht fügen, bleibt ihnen nur der Weg in die Kriminalität. Wie im Kalten Krieg, so wird aber auch heute keine Sicherheit geschaffen. Denn die Todesdrohung gegen Menschen, die ohnehin zum Sterben bereit sind, läuft am Ende genauso ins Leere wie die wechselseitige Vernichtungsdrohung von damals. Die globalisierten Reichen und die lokalisierten Armen handeln aneinander vorbei, auf verschiedenen Ebenen. Wir sollten, wenn es um unsere Sicherheit geht, mehr ans *gemeinsame Leben* denken.

Wie man sieht, begreife ich den gegenwärtigen Terror als Reaktion auf die amerikanische Politik der Vorherrschaft und als Folge der militärisch-technischen Übermacht der USA. Dagegen kann man einwenden, die Reichweite der amerikanischen Politik werde damit doch zu hoch veranschlagt, man könne sie schließlich nicht für alles in der Welt verantwortlich machen. Daran ist natürlich richtig, daß der Terrorismus auch Ursachen in den Ländern und Regionen hat, aus denen er kommt. Nur sollte man zwei Dinge nicht vergessen:

18 »Der Dschihad hütet die Seele, die von Mc World verkauft worden ist, und strebt die moralische Einbindung an, die Mc World in seiner Fixierung auf die Freiheit der Konsumwahl verachtet.« (Benjamin Barber: *Coca Cola und Heiliger Krieg*, Bern/München/Wien 2001, S. 230).

Erstens den weitreichenden ökonomischen Einfluß, den die Vereinigten Staaten auf die betreffenden Länder und Regionen haben. Und zweitens den unmittelbaren politischen Einfluß, den sie hier ausgeübt haben und ausüben. Es ist inzwischen ja bekannt, daß viele, die heute als Terroristen oder »Schurkenstaaten« gebrandmarkt werden, direkte Kinder der amerikanischen Hegemonialpolitik sind, nämlich der erwähnten Methode, andere für sich kämpfen zu lassen: der Irak, die Modjahedin, Osama bin Laden und die Taliban in Afghanistan, Mobuto und Kabila im Kongo, Sawimbi in Angola, die UCK im Kosovo und andere. Sie sind nur, nachdem sie ihre Schuldigkeit getan hatten, nicht brav abgetreten, sondern haben »weitergemacht« und sind so aus Freunden unverhofft zu Feinden geworden. Der Aktualität wegen und falls es doch nicht jedem bekannt sein sollte, erinnere ich nur daran: Der CIA und der pakistanische Geheimdienst haben die afghanischen Modjahedin in den 80er Jahren ausgebildet, zu schlagkräftigen Organisationen strukturiert und jährlich mit 65 000 Tonnen Waffen versorgt. Dabei standen ihnen 700 Mio. US-Dollar jährlich zur Verfügung. Daß davon auch Bin Laden profitierte und dieser Zeit seinen »Ruhm« verdankt, ist kein Geheimnis.¹⁹ Nachdem die Sowjetunion sich aus Afghanistan zurückgezogen hatte, hatten die Modjahedin jedoch ausgedient. Da ihre rivalisierenden Gruppen keine Stabilität gewährleisten konnten, die USA diese aber nicht zuletzt für ein Pipelineprojekt dringend brauchten, wurden nun die in Pakistan ausgebildeten Taliban als Kampfeinheit eingesetzt, um (zusammen mit pakistanischen Truppen) die Modjahedin zu unterwerfen. Sie waren zwar 1996 siegreich, aber offenbar auch nicht in der Lage oder nicht bereit, die politischen Bedingungen für das in der Auseinandersetzung mit Rußland so wichtige ökonomische Projekt herzustellen. Daraufhin wurden 1998 nicht nur die Pipelinepläne fallengelassen, sondern auch die Taliban, und sie wurden zu Terroristen erklärt.

Das ist nur ein Beispiel von vielen, die zeigen, daß die Konflikte, die die USA zu bewältigen haben, zunehmend von ihnen selbst geschaffene sind. Ist das nun ein Beweis ihrer Herrschaft über die Welt oder ihrer Verstrickung in die Welt? Der Eindruck kann sein, daß das ganze Welttheater nur noch ein Spiel der USA mit sich selbst ist. Er kann aber auch sein, daß die USA sich verzetteln und ihnen die Probleme inzwischen über den Kopf wachsen. *Brauchen* sie sich nur noch mit sich selbst zu befassen oder *müssen* sie sich immer mehr mit sich selbst befassen?

Daß die Probleme von ihnen geschaffene sind, beweist ihren weitreichenden Einfluß; daß es *Probleme* sind, offenbart die Widersprüchlichkeit ihrer Lage und die Grenzen ihres Einflusses.

Der geopolitische Sinn des »Krieges gegen den Terror«

Als der »Krieg gegen den Terror« begann, war es nicht leicht, die herrschende Logik zu hinterfragen, nach der es sich um eine Antwort auf den 11. September (2001) handelte. Freilich mußte die im selben Monat erfolgte Ablehnung eines internationalen Strafgerichtshofs durch die USA einen mißtrauisch machen, ebenso der gewaltige Umfang der gegen Afghanistan eingesetzten Mittel: Ging es wirklich nur darum, ein Terroristennetz zu zerschlagen, oder hatte der

19 Vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2001, S. 1346 f.

Krieg nicht weit darüber hinausgehende Ziele? Allerdings konnte ein Buch, das 1999 in Deutschland (und bereits 1997 in den USA) erschienen war, darüber ziemlich präzise Auskunft geben. Ich meine »Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft« von Zbigniew Brzezinski. Brzezinski²⁰ war es gewesen, der dazu geraten hatte, daß die amerikanischen Geheimdienste schon ein halbes Jahr vor der sowjetischen Intervention in Afghanistan 1979 begannen, die Modjahedin zu unterstützen. »Diese heimliche Operation war eine exzellente Idee, sie zog die Russen in die afghanische Falle.«²¹

Befremdlich an seinem Buch ist zunächst die unbefangene Wiederaufnahme eines *geopolitischen Denkens*, wie wir es in Deutschland zu unserer dunkelsten Vergangenheit zählen. Brzezinskis Buch läßt hier an Offenherzigkeit nichts zu wünschen übrig. So macht es ihm nichts aus, Karl Haushofer, auf den sich Hitlers Konzept vom »Volk ohne Raum« stützte, als einen seiner theoretischen Vorläufer zu nennen.²² Und er hält trotz der wachsenden Bedeutung von Handel, Wirtschaft oder Innovation daran fest, daß »das Weltgeschehen weiterhin von Gebietsstreitigkeiten beherrscht« ist und »für die außenpolitischen Prioritäten ... nach wie vor die geographische Lage bestimmend« seien.²³ Von dieser Tradition ausgehend, kommt Brzezinski nun zu einer ersten, für das Verständnis des derzeitigen Krieges wichtigen Erkenntnis: Wenn die Vereinigten Staaten ihre globale Hegemonie erhalten wollen, müssen sie *Eurasien* beherrschen. Denn »eine Dominanz auf dem gesamten eurasischen Kontinent« sei »die Voraussetzung für globale Vormachtstellung«²⁴. Zwar sei die Dominanz mit dem »demokratischen Brückenkopf« (Europa) und dem »fernöstlichen Anker« (Japan) im Ansatz gegeben, müsse aber aktiv befördert werden, weil neue Konstellationen sie infragestellen könnten.

Das führt hinüber zu einer zweiten, für uns wichtigen, These Brzezinskis: Das Gebiet von der Türkei im Westen bis an die Grenze Chinas im Osten und von Kasachstan im Norden bis zum Jemen im Süden stellt die »Kernzone globaler Instabilität« dar.²⁵ Denn hier leben fast 400 Millionen Menschen in 25 Staaten, die fast durchweg instabil, weil von ethnischen und religiösen Gegensätzen zerrissen und zugleich von mächtigen Nachbarn umgeben sind. »Teil des Problems« ist »die Bedrohung der amerikanischen Vormachtstellung durch den islamischen Fundamentalismus«.²⁶ Den Kern dieser Kernzone bildet nach Brzezinski der von ihm so genannte »*Eurasische Balkan*«. Zu ihm gehören die acht ehemaligen Sowjetrepubliken im Süden Rußlands und Afghanistan! Die Parallele zum europäischen Balkan ist natürlich bewußt gezogen, denn: »Die dortigen Staaten sind nicht nur hochgradig instabil, ihre Lage und innenpolitische Verfassung fordern die mächtigen Nachbarn zum Eingreifen geradezu heraus und jeder widersetzt sich mit Entschlossenheit den Bestrebungen der anderen, die Vorherrschaft in der Region zu erlangen. Es ist dieses wohlvertraute Phänomen des *Machtvakuum*s mit der ihm eigenen *Sogwirkung*, das die Bezeichnung eurasischer Balkan rechtfertigt.«²⁷ Zur Sogwirkung kommt aber positiv *Attraktivität* hinzu! Nicht nur, weil die künftigen Transportwege zwischen den produktiven westlichen und östlichen Randgebieten Eurasiens ihn durchziehen werden, sondern auch wegen der gewaltigen Vorkom-

20 Zbigniew Brzezinski, einstiger Sicherheitsberater von Präsident Carter und immer noch einflußreicher Fachmann für Militärstrategie des *Center for Strategic and International Studies* in Washington.

21 Der Spiegel 45/2001, S. 140.

22 Vgl. Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht*, Frankfurt/Main 1999, S. 64.

23 Ebenda, S. 62.

24 Ebenda, S. 64.

25 Ebenda, S. 83 f., 181.

26 Ebenda, S. 85.

27 Ebenda, S. 181 f.

28 Realistische Schätzungen rechnen mit Vorkommen von mindestens 10 Milliarden Tonnen Öl (7 Prozent der Weltreserven) und mehr als 8 Billionen Kubikmetern Gas (6 Prozent der Weltreserven).

29 Brzezinski, a. a. O., S. 182.

30 Ebenda, S. 202 f., 215. In der Tat liegen die Anteile der großen amerikanischen Gesellschaften wie Chevron, Exxon, Mobil Oil an den wichtigsten Konsortien in Kasachstan und Aserbeidschan inzwischen bei 40 bis 50 Prozent. (Detlef Bimboes: Zündstoff, Öl und Gas, Wissenschaft und Frieden, Dossier 34, Bonn 2000, S. 6).

31 Marianne Beisheim et al: Denationalisierung, Baden Baden 1999, S. 201.

men an Erdöl, Erdgas und anderen Bodenschätzen, über die diese Region verfügt.²⁸ Brzezinski spricht recht anschaulich von einem »ökonomischen Filetstück«²⁹. Wer aber wird bei einem *Filetstück*, das in einem Machtvakuum liegt, nicht zugreifen, zumal der Hunger wächst? – Der Energieverbrauch wird sich in den nächsten zwanzig Jahren voraussichtlich um 50 Prozent erhöhen!

Brzezinski schildert die Interessenlage der verschiedenen um die Region konkurrierenden Mächte (Rußland, Türkei, Iran, China), nennt ausdrücklich auch die fernen Vereinigten Staaten und sieht sie »im Wartestand«: »Neben seinen weiterreichenden geostrategischen Zielen in Eurasien vertritt Amerika auch ein eigenes wachsendes ökonomisches Interesse ...«³⁰ Inzwischen sind die USA schon nicht mehr nur »drohend im Hintergrund« geblieben. Daher ist es nur konsequent, daß sie nun in der Region direkt militärisch eingreifen und wohl auch präsent bleiben werden. Daß Afghanistan selber über keine bedeutenden Öl- und Gasvorkommen verfügt, ist angesichts seiner strategischen Bedeutung dabei zweitrangig. Und daß es ein Hort des Fundamentalismus ist, ist nur der Anlaß, nicht aber die Ursache des Eingreifens.

Der Kampf ums Öl und die ökologische Perspektive der Menschheit Sieht man den »Krieg gegen den Terror« im Zusammenhang mit dem Kampf um das Öl, so wird der ungeheure propagandistische Aufwand, mit dem er geführt wird, erst verständlich. Denn der Kampf ums Öl ist es hauptsächlich, der sich jetzt so zuspitzt, daß dem existentielle Bedeutung zukommt. Man kann sich das klarmachen, wenn man sich an die Schlüsselrolle erinnert, die das Erdöl für die Entwicklung des Westens im letzten Jahrhundert gespielt hat, und an die Auseinandersetzungen seit der Krise der 70er Jahre.

Alle Versuche von Ölstaaten, sich im Zuge der antikolonialen Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg aus diesen Verträgen zu befreien (Iran 1951, Irak 1958), wurden durch monopolistische Zusammenschlüsse der Konzerne oder durch politische Intervention vereitelt. So kam es trotz ständig steigender Nachfrage zu dem marktwirtschaftlichen Wunder konstant niedriger Ölpreise bis 1970. Man hat mit Fug und Recht behauptet, daß das »Goldene Zeitalter« der Industrieländer nach dem Weltkrieg ohne diese Öltransfusion nicht denkbar gewesen wäre.

Seit der ersten Ölpreiserhöhung durch Libyen 1970 und dem Beginn der Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von Ölimporten im selben Jahr ist der Kampf ums Öl in ein neues dramatisches Stadium getreten. Es ist bemerkenswert, daß seit Anfang der 70er Jahre auch der internationale Terrorismus deutlich zunimmt.³¹ Man kann das Spiel, das die USA nun trieben, je nach Geschmack als genial oder als infam bezeichnen – ich interpretiere es als Verstrickung einer vermessenen Hegemonialpolitik.

Die USA waren damals nicht nur außenpolitisch durch den Vietnamkrieg und innenpolitisch durch die Watergate-Affäre geschwächt, sondern auch wirtschaftlich gegenüber Europa und Japan in der Defensive. Da durch das Ölembargo von 1973 aber Europa und Japan besonders betroffen waren, konnten sie sich als deren Retter und Führungsmacht erneut in Szene setzen. Es war ein ähnlicher

Vorgang wie Anfang der 80er Jahre, als es den Vereinigten Staaten gelang, die Verbündeten wieder auf den Gegner Sowjetunion einzuschwören. 1973 begegneten sie der Herausforderung durch die Ölstaaten zunächst mit der alten Strategie, andere für sich kämpfen beziehungsweise drohen zu lassen: *Nixon-Doktrin* und Kissingers beziehungsweise an Metternich geschulter Diplomatie. Der Iran und Saudi-Arabien waren die Regionalmächte, auf die sie setzten und die sie gegeneinander ausspielen konnten. Der Iran wurde so wahnwitzig aufgerüstet und in soziale Widersprüche hineingetrieben, daß er sich 1979 schließlich durch eine fundamentalistische Revolution von dieser Art Modernisierung befreite. Damit war der eine Pfeiler, auf den die USA sich stützen konnten, aber weggebrochen. Da auch Saudi-Arabien vom Fundamentalismus angesteckt wurde und zu wanken begann (Besetzung des Heiligtums in Mekka durch islamistische Kämpfer!), verkündete Carter nun, jeder Versuch, die Kontrolle über die Golfregion zu erlangen, berühre direkt die Interessen der USA, werde also sie selber auf den Plan rufen (*Carter-Doktrin*). Obwohl es demnach schien, daß die Strategie der indirekten Beherrschung gescheitert war, konnte sie aber zunächst noch einmal wiederbelebt werden. Denn es gelang, die Sowjetunion in die Afghanistan-Falle zu locken und damit zugleich das Saudi-Regime gegenüber seiner islamistischen Bevölkerung zu stabilisieren, indem es sich dort im Kampf gegen die *Gottlosen* neu legitimieren konnte. Es gelang also, den anwachsenden *Fundamentalismus* auf diesen Gegner abzulenken und sich nutzbar zu machen. Dabei machte sich Osama bin Laden einen Namen. Andererseits wurde aber der nationalistische Irak, als er den fundamentalistischen und durch die Revolution geschwächten Iran 1980 angriff, von den USA ermutigt und massiv unterstützt! Der acht Jahre währende 1. Golfkrieg kostete zwar 1 Million Menschenleben und ruinierte beide Länder, er lähmte jedoch zugleich die OPEC und trug zum Preisverfall des Öls bei: ein Erfolg der amerikanischen Politik, aber auf wessen Kosten?

Doch so ging es weiter. Denn plötzlich wurde derselbe Saddam Hussein, den man eben noch unterstützt hatte, zum neuen Hitler, zum schlechthin Bösen erklärt, als er 1990 Kuwait überfiel. Verschwiegen wurde dabei, daß Kuwait die Kriegskredite, die es dem Irak gewährt hatte, zurückverlangt und gleichzeitig seine Ölförderung erhöht hatte, so daß die Preise fielen und der Irak nicht zahlen konnte. Verschwiegen wurde auch, daß Saddam sich vor seiner Entscheidung zum Einmarsch bei den USA rückversichert hatte und sie ihr Desinteresse an diesem innerarabischen Konflikt bekundet hatten. Nun wurde die Carter-Doktrin angewandt und direkt interveniert. Und es konnte mit High Tech gegenüber der anderen Rest-Supermacht demonstriert werden, wer in der »Neuen Weltordnung« das Sagen hat. Es kam zu einer der größten militärischen Aktionen seit 1945, dem 2. Golfkrieg. Der durch acht Jahre Krieg ohnehin geschwächte Irak wurde nun noch weiter geschwächt und mit Sanktionen belegt. Die Frage wurde nicht gestellt, ob die Bösen nicht vielleicht deshalb »böse« sind, weil sie als Werkzeuge benutzt und gedemütigt wurden. Man muß solche Ergebnisse amerikanischer Politik immer an den Chancen messen, die eine verständige Entwicklungspolitik in diesen keineswegs armen Ländern gehabt hätte.

Aber diesen Maßstab kennen die Konservativen in den USA nicht. Sie sehen die Welt wie ihre eigene Gesellschaft. Für sie sind die Schwachen selbst schuld an ihrer Schwäche, und sobald sie aufbegehren, sind sie Kriminelle, Terroristen.

Als 1991 die Sowjetunion zerfiel und andererseits der Golfkrieg stattfand, wurde die Vermutung geäußert, an die Stelle der Ost-West-Auseinandersetzung werde nun der Nord-Süd-Konflikt treten. Das war jedoch insofern zweifelhaft, als es in der Dritten Welt schon zu einem so weitgehenden Differenzierungsprozeß gekommen war, daß der Begriff selber überholt schien: Die Gegensätze etwa zwischen den Schwellenländern in Asien und den armen, marginalisierten Regionen in Afrika oder zwischen ölproduzierenden und nicht ölproduzierenden Ländern waren zu groß. Außerdem schienen die Kriege zum Beispiel auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion oder Jugoslawiens zu zeigen, daß es vielleicht überhaupt keinen großen, sozusagen systemischen Konflikt mehr geben würde, sondern nur viele kleine Kriege und Bürgerkriege, und auf der anderen Seite die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten. Beide Beobachtungen sind nach wie vor nicht falsch. Inzwischen hat sich jedoch aus dem Chaos eine Struktur herauskristallisiert: Es geht der Führungsmacht des Nordwestens hauptsächlich um die Sicherung der für ihre verschwenderische Wirtschaft notwendigen natürlichen Ressourcen, besonders Öl und Gas. Die Regionen, wo sie lagern, sind daher der einzig wichtige Teil der Dritten Welt. Hier finden auch viele der kleinen Kriege statt, um deren Regulierung man sich kümmern muß, und von hier geht der Terrorismus aus. In der Statistik über die Zahl der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geführten Kriege steht die Golfregion zwar an zweiter Stelle hinter Asien, bezüglich Dauer und Intensität der Kriege jedoch eindeutig an der Spitze. Sie ist auch die einzige (größere) Region der Welt, in der der Waffenimport nach dem Ende des Kalten Krieges weiter zugenommen hat.³²

An die Stelle der Ost-West-Auseinandersetzung ist also heute die Auseinandersetzung mit *dem* Teil des Südens getreten, der dem Nordwesten die wichtigste natürliche Lebensgrundlage bereitstellt. Damit geht es aber *eigentlich* um die Sicherung unserer Lebensgrundlagen, bei der dieser Teil der Menschheit nur zufällig eine besondere Rolle spielt. Wie es beim Ost-West-Konflikt zwar zunächst um Frieden ging, im Grunde aber um eine gerechte Entwicklung, so steht hinter der Friedensfrage heute die Gefährdung der Schöpfung.

Im »Krieg gegen den Terror« erreicht die Zerstörung der ökologischen Perspektive der Menschheit einen neuen Höhepunkt. Die primitive Vorstellung, die dieser Politik von Ölleuten zugrundeliegt, ist offenbar, daß Mensch und Natur ohnehin in einem unüberwindbaren Widerspruch zueinander stehen. Danach bedeutet menschliches Produzieren nun einmal Zerstörung von Natur, und Bewahrung der Natur hieße im Grunde, das menschliche Leben aufzugeben. Aufgelöst wird das Dilemma dann kurzerhand dadurch, daß die beiden Notwendigkeiten verschiedenen Teilen der Menschheit zugeordnet werden: Weil die einen sich auf Kosten der Natur entwickelt haben und leben, müssen die anderen eben um der Natur willen auf Entwicklung und Leben verzichten. Damit sind wir aber fast wieder bei der »alten und furchtbaren Wahrheit« aus vorindustriellen Zeiten an-

32 Mohssen Massarat: Das Dilemma der ökologischen Steuerreform, Marburg 1998, S. 119 f.

gelangt, »daß nur Gewalt und Herrschaft über andere *einige* Menschen frei machen könne«³³. Damals konnte wahrscheinlich ein freies und angenehmes Leben in der Tat nur von einigen erreicht werden, indem sie die anderen zwingen, die Lasten des Lebens für sie zu tragen. Aber ist diese Wahrheit nicht durch Technik und Industrie längst überholt? War es nicht die Verheißung des Liberalismus, uns genau von dieser Art der Gewalt zu befreien? Gewiß, nur glaubt jene Politik eben nicht mehr an diese Verheißung, sondern denkt im Grunde fundamentalistisch.

Der Terrorismus andererseits ist der gewaltsame Versuch, sich gegen jene Rollenzuteilung zur Wehr zu setzen und den Anteil der islamischen Völker an Leben und Entwicklung der Menschheit einzufordern – allerdings ein verzweifelter und untauglicher Versuch, denn er glaubt ja selber gar nicht an Leben und Entwicklung, sondern verlegt beide ins Jenseits, denkt ebenfalls fundamentalistisch! Dennoch kann der verzweifelte Kampf endlos weitergehen, da hat Bush recht. Denn die Chance des Terrorismus liegt ja darin, daß der Nordwesten mit all seiner technischen Überlegenheit, mit all den Wundern der »zweiten« Natur, die er geschaffen hat, immer von der »ersten« Natur abhängig bleibt, was sich am Öl besonders massiv zeigt. So kann er den »Krieg gegen den Terror« zwar auch von oben, ohne leibhaftigen Kampf führen, aber abgesehen davon, daß er damit nichts oder das Gegenteil erreichen wird: Wenn er nicht mehr über genug Öl verfügt, dann muß er auf den Boden herunter, in dem es drinsteckt, und sich doch leibhaftig einsetzen. Um es mythologisch auszudrücken: Die Stärke des Terrors ist unsere nicht akzeptierte Abhängigkeit von der Erde, was übrigens auch semantisch zutrifft. Er ist sozusagen eine Ausweitung des Schreckens, den die bebende Erde den übermütigen Menschen immer wieder bereitet. Es ist nur ein anderer Aspekt des gleichen Sachverhalts, daß unsere Zivilisation trotz all ihrer militärischen Überlegenheit verwundbar bleibt, und zwar nicht nur in ihren äußeren Strukturen, sondern auch in ihrer inneren Verfassung.

33 Hannah Arendt: Über die Revolution, München o.J., S. 108.

ULRICH BUSCH

Berlin-Brandenburg: Zweiter Anlauf für eine Fusion

Vorgeschichte

Als Markgrafschaft und Provinz des deutschen Kaiserreiches besitzt Brandenburg eine lange, bis ins 12. Jahrhundert zurückreichende Tradition. Berlin (Cölln), 1237 erstmals urkundlich erwähnt, galt für mehr als ein halbes Jahrtausend als wichtigster Platz inmitten Brandenburgs.¹ Seit 1710 war Berlin Haupt- und Residenzstadt Preußens, seit 1871 zudem Hauptstadt des Deutschen Reiches. 1881 erfolgte die Bildung des Stadtkreises, wodurch der Sonderstatus Berlins als Reichshauptstadt begründet wurde, nicht aber die Existenz eines Stadtstaates. Mit der Bildung Groß-Berlins im Jahre 1920 wurde Berlin zu einer europäischen Metropole. Gleichwohl aber blieb die Stadt, wenn auch inzwischen aus der Provinz Brandenburg ausgegliedert, weiterhin Zentrum und Teil des brandenburgischen Territoriums.

Eine Veränderung vollzog sich indes 1945, als Deutschland in vier Besatzungszonen (ein)geteilt wurde und Berlin in vier Sektoren, für die der Viermächtestatus galt. Die geographische und politische Teilung Berlins bedeutete sein Ende als Metropole², aber auch seine Trennung von Brandenburg. Für die Zeit der Besatzung wurde Berlin zu einem besonderen, politisch und territorial von seinem Umland abgegrenzten Gebilde mit einer eigenen Verwaltung und räumlichen Spezifik.³ Obgleich der Besatzungsstatus formal bis 1990 galt und erst durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag⁴ vom 12. September 1990 und die Suspendierungserklärung⁵ der Alliierten vom 2. Oktober 1990 aufgehoben wurde, war er für die Zeit nach 1948/49 praktisch nur noch von untergeordneter Bedeutung. Die mit der separaten Währungsreform in den Westzonen am 18. Juni 1948 eingeleitete und mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR im Jahre 1949 vollzogene Spaltung Deutschlands in zwei Staaten wurde faktisch auch auf Berlin übertragen, so daß an die Stelle Groß-Berlins nun Berlin (West) und Berlin (Ost) als zwei, zunehmend voneinander getrennte, Teilstädte traten. Obwohl die Westsektoren Berlins, wie die Botschafter Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 8. Juni 1990 noch einmal ausdrücklich feststellten⁶, »kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland« waren, firmierte (West-)Berlin seit 1949 als Bundesland⁷ und geisterte »Berlin« noch bis 1990 in den Köpfen als die »alte Hauptstadt der Deutschen«⁸ herum. Demgegenüber diente Berlin (Ost) von 1949 bis 1990 als Hauptstadt und Regierungssitz der DDR⁹, während Brandenburg, zunächst als Land und nach 1952 dann in Gestalt dreier Bezirke

Ulrich Busch – Jg. 1951; Dr. oec. habil., Finanzwissenschaftler; Universitätsdozent; zeitweilig wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner, seit Juni 2002 Redakteur von UTOPIE kreativ; neueste Buchpublikation: »Am Tropf – Die ostdeutsche Transfergesellschaft« (2002), zuletzt in UTOPIE kreativ: »Viel Konsum, aber wenig Wachstum. Zu den Wirkungen der Transferzahlungen« (zusammen mit Anja Schneider) (Nr. 127, Mai 2001).

1 Vgl. Georg Holmsten: Die Berlin-Chronik, Düsseldorf 1984.

(Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus), ein administrativ von Berlin getrennter Teil der DDR war. Die Schließung der Staatsgrenze der DDR durch den Mauerbau am 13. August 1961 unterstrich diesen Fakt, begründete aber nicht die Teilung; ebensowenig wie der Fall der Mauer am 9. November 1989 diese beendet hat. Aufgehoben wurde die Teilung Berlins erst mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 und die im Einigungsvertrag vorgenommene Regelung der Hauptstadtfrage.¹⁰

Im Zuge der deutschen Vereinigung stand die Gebietsstruktur Ostdeutschlands einschließlich Berlins erneut zur Disposition. Die Entscheidung, die hier getroffen wurde, knüpfte, was die fünf neuen Länder anbetrifft, an die Nachkriegssituation von 1945 bis 1952 an. Im Falle Berlins trug sie darüber hinaus dem Status quo Rechnung, das heißt, der gebietskörperschaftlichen Trennung Berlins von Brandenburg. Zugleich galt es aber, die Tradition Berlins als brandenburgische Stadt und Metropole zu berücksichtigen und, was noch viel wichtiger ist, für die räumliche Struktur der Region eine zukunftsweisende Lösung zu finden, die auch den Anforderungen der kommenden Jahrzehnte gerecht werden würde. Eine solche Lösung aber orientiert eindeutig auf größere territoriale Einheiten, als sie Berlin und Brandenburg gegenwärtig einzeln verkörpern. Da sich ein entsprechendes Konzept 1990 wegen des nachwirkenden Ost-West-Gegensatzes nicht sofort verwirklichen ließ, entschied man sich für ein zweistufiges Verfahren: Danach sollten Brandenburg und das wiedervereinigte Berlin zunächst als gebietskörperschaftlich getrennte Territorien, das heißt, als zwei Bundesländer, etabliert werden. Zu einem späteren Zeitpunkt sollte dann auf der Grundlage einer Volksabstimmung die Vereinigung beider Länder zu einem Bundesland erfolgen. Im Einigungsvertrag wurde den gesetzgebenden Körperschaften diesbezüglich empfohlen, sich zum gegebenen Zeitpunkt mit der »Möglichkeit einer Neugliederung für den Raum Berlin/Brandenburg«¹¹ zu befassen. Mit dieser Auffassung wurde den beiden Ländern von Staats wegen die Chance einer nachträglichen Korrektur ihrer offensichtlich suboptimalen Gebietsstruktur eingeräumt. Zugleich schien es geboten, diese Korrektur umgehend in Angriff zu nehmen, bevor die differenten Strukturen sich verfestigten und Interessengegensätze einen derartigen Prozeß erschweren würden. Der Zeitplan dafür sah vor, bis Ende 1991 eine Gemeinsame Regierungskommission zur Klärung der Eckpunkte für die Vereinigung beider Länder einzusetzen, bis 1995 eine entsprechende vertragliche Vereinbarung vorzubereiten, worüber dann am 5. Mai 1996 in zwei parallel durchzuführenden Volksentscheiden in Berlin und Brandenburg abgestimmt werden sollte. Vorbehaltlich eines positiven Ausgangs des Referendums, der Zustimmung der Bevölkerung also, sollte danach der Neugliederungsvertrag unverzüglich in Kraft treten. Nach Ablauf einer Übergangszeit wäre die Bildung des gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg bis 1999 beziehungsweise bis 2002 abgeschlossen gewesen.

Obwohl die vor allem verwaltungsorganisatorisch und kostenmäßig zu Buche schlagenden Einsparungen und Vorteile, aber auch die nachhaltigen wirtschaftlichen Effekte einer solchen Fusion auf der Hand lagen, kam ein entsprechendes Votum für eine Neugliede-

2 Hartmut Häußermann: Es muß nicht immer Metropole sein, in: Matejovski, D. (Hg.), Metropolen, Frankfurt/New York 2000, S. 68.

3 Dies wurde bereits im Londoner Protokoll vom 12. September 1944 verfügt. Danach galt Berlin als besonderes, von den Besatzungszonen getrenntes Gebiet, »das gemeinsam von den Drei (beziehungsweise Vier) Mächten besetzt wird« (Die Berlin-Regelung, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn o. J., S. 212).

4 Vgl. Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland (BGBl. II S. 1318).

5 »Erklärung zur Aussetzung der Wirksamkeit der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten v. 2. 10. 1990« (BGBl. II S. 1331).

6 Die Westsektoren Berlins waren bis 1990 kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland. Dies bekräftigten die Botschafter Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 8. Juni 1990 noch einmal (vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III, Band 8a – 1990, Bonn 1991, S. 361; vgl. auch Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971, Teil II, B).

7 Vgl. Grundgesetz, Artikel 23; auch Berliner Verfassung vom 1. Oktober 1950, Art. 1 (VOBl für Groß-Berlin I S. 433).

8 Christof Stölzl: Bonn oder Berlin?, in: Körner, H.-M./Weigand, K., Hauptstadt. Historische Perspektiven eines deutschen Themas, München 1995, S. 271.

9 Vgl. Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 (VOBl. für Groß-Berlin I S. 69).

10 Im Einigungsvertrag wurde festgeschrieben: »Hauptstadt Deutschlands ist Berlin.« (EVertr. v. 31.8.1990, Art. 2, BGBl. II S. 889).

11 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag vom 31. August 1990, Art. 5.

12 Bei der Abstimmung am 5. Mai 1996 stimmten 53,4 Prozent der Berliner für eine Fusion, aber nur 36,3 Prozent der Brandenburger. 63,0 Prozent der Brandenburger und 54,7 Prozent der Ostberliner stimmten dagegen. Eine Mehrheit für die Fusion kam allein in Westberlin zustande. Dort stimmten 58,7 Prozent dafür (vgl. Berliner Zeitung vom 6. Mai 1996).

rung der beiden Länder nicht zustande.¹² Damit mußte das Vorhaben erst einmal als gescheitert angesehen werden. Schuld daran mag die mangelnde Einsicht und wirtschaftliche Weitsicht der Brandenburger gewesen sein. Vielleicht aber waren es auch die nicht allzu positiven Erfahrungen aus der deutschen Vereinigung, die in Brandenburg spürbarer als in Berlin auf der Bevölkerung lasteten und die ein zweites Experiment dieser Art nicht wünschenswert erscheinen ließen. Sei es wie es sei: Der Fusionsversuch war jedenfalls im ersten Anlauf fehl geschlagen, ein zweiter Versuch so schnell nicht möglich und, angesichts des Desasters vom 5. Mai 1996, auch nicht ratsam. Das Projekt eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg wurde daher auf unbestimmte Zeit verschoben.

Neue Bedingungen

Seitdem sind mehr als sechs Jahre ins Land gegangen und nicht wenige Bedingungen haben sich spürbar verändert: politische wie wirtschaftliche, aber auch soziale, finanzielle, kulturelle, ökologische und andere. Eine nicht zu unterschätzende Rolle dürfte dabei die Tatsache spielen, daß sich beide Länder nach den letzten Wahlen politisch näher gekommen sind: Sowohl in Berlin als auch in Brandenburg regiert jetzt eine sozialdemokratisch dominierte Koalition, einmal zusammen mit der PDS, das andere Mal mit der CDU. Aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht ist der Abstand geringer geworden: Brandenburg hat aufgeholt und Berlin hat zwischenzeitlich wichtige Positionen als Wirtschaftsstandort eingebüßt, nicht zuletzt durch die Abwanderung von Unternehmen und Steuerzahlern in das Brandenburger Umland. Zudem macht sich der Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft zunächst vor allem negativ bemerkbar als Verlust von Arbeitsplätzen, Wirtschaftspotential und Steuereinnahmen, eine Tatsache, die gegenwärtig besonders Berlin zu spüren bekommt. Gegenüber früher ist heute jedoch auch ein Integrationsprozeß zu beobachten, ein Zusammenwachsen von Berlin und Brandenburg als Wirtschafts- und Kulturregion. Dieser erstreckt sich jedoch nicht auf die gesamte Region, sondern nur auf den engeren Verflechtungsraum Berlins mit seinem Umland, während die weiter entfernt liegenden Territorien (Prignitz, Ruppiner, Uckermark, Oderland, Lausitz) mehr und mehr peripherisiert werden.

Konzentriert man sich bei der Analyse dieses Prozesses auf die Wirtschaft, so sind es vor allem fünf Aspekte, die heute gegenüber der ersten Hälfte der neunziger Jahre als veränderte Bedingungen ins Auge fallen: Erstens ist die marktwirtschaftliche Transformation inzwischen abgeschlossen, so daß in ordnungspolitischer Hinsicht in Brandenburg und Berlin nunmehr adäquate Rahmenbedingungen existieren. Zweitens sind seit Anfang der neunziger Jahre im Zuge des Aufbaus Ost erhebliche Anstrengungen unternommen worden, um die Wirtschaft Brandenburgs zu stärken, strukturell umzugestalten und neue, wettbewerbs- und innovationsfähige Unternehmen aufzubauen. Dadurch hat sich die Konkurrenzsituation gegenüber Berlin nicht unbeträchtlich verschoben. Drittens sind durch die Verlagerung von Unternehmen aus Berlin in das brandenburgische Umland und den Suburbanisierungsprozeß neue Verteilungsstrukturen der Produktionsfaktoren entstanden, neue Allokationsstrukturen,

woraus sich veränderte Bedingungen für intraregionale Netzwerke, Produktionsketten und Kooperationsbeziehungen ergeben. Viertens etabliert sich Berlin durch den Regierungsumzug und seine neue Rolle im globalen Kontext allmählich wieder als deutsche und europäische Metropole, was auf den engeren Verflechtungsraum, das Umland, positive Auswirkungen hat, für die peripheren Räume jedoch eher negative. Letztere weisen nur schwache funktionale Beziehungen zum Metropolraum Berlin auf und sind daher in den Sog des metropolitanen Aufschwungs nicht einbezogen.¹³ Fünftens geht die wirtschaftliche Entwicklung weltweit immer mehr von metropolitanen Zentren aus, bilden Metropolregionen globale Wachstums- und Innovationszentren, was für Berlin-Brandenburg als Region gänzlich neue Perspektiven eröffnet, aber auch große Herausforderungen und Risiken mit sich bringt.

Alles in allem fördern die neuen Bedingungen die wirtschaftliche Integration Berlins und Brandenburgs kräftig, so daß ein Votum für die Fusion beider Länder heute vermutlich leichter zu erlangen wäre als 1996. Andererseits aber nehmen auch die Widerstände zu: zum einen, weil sich die regionalen Divergenzen verstärkt haben, Rivalitäten zunehmen und sich die Interessenstrukturen inzwischen verfestigt haben; zum anderen aber auch, weil mit jedem Tag deutlicher wird, daß es in diesem Prozeß nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer gibt. Durch eine Länderfusion würde dieser Differenzierungsprozeß womöglich noch forciert werden, was, ungeachtet positiver ökonomischer Effekte, politisch nicht gewollt ist. Aber auch unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Bilanz der Region nicht zufriedenstellend. Von besonderem Gewicht ist dabei die nachhaltige Divergenz zwischen der Metropole mit ihrem Umland, wo 71 Prozent der Bevölkerung leben, und den peripheren, berflinfern Entwicklungsräumen Brandenburgs, welche 82 Prozent der Fläche, aber nur 29 Prozent der Bevölkerung umfassen.¹⁴

Problematische Divergenzen

Im Unterschied zu Agglomerationsräumen Westdeutschlands, wo zumeist auch die geographisch entfernteren Räume in den metropolitanen Umstrukturierungs- und Wachstumsprozeß einbezogen sind, ist in Brandenburg eine durch Divergenz und funktionale Desintegration geprägte Entwicklung zu beobachten. Dies tritt zuerst bei der Bevölkerungsentwicklung in Erscheinung: Während die Gesamtbevölkerung Deutschlands zwischen 1990 und 1999 um mehr als drei Prozent zugenommen hat, betrug die Zunahme in Brandenburg nur 0,9 Prozent. Da sich im gleichen Zeitraum aber die Einwohnerzahl Berlins um 0,8 Prozent verringert hat¹⁵, kann hieraus auf eine Wanderung innerhalb der Region geschlossen werden. Dieser Wanderungsprozeß vollzog sich jedoch regional sehr differenziert: So verzeichnete der engere Verflechtungsraum nahe Berlin einen Bevölkerungszuwachs von circa 15 Prozent, während der äußere Entwicklungsraum (Peripherie) einen Verlust von rund zehn Prozent hinnehmen mußte. Weitaus dramatischer noch stellt sich die Lage dar, wenn man zu der regionalen Differenzierung die Veränderung der Altersstruktur hinzunimmt. Hier werden sowohl im Berichts- als auch im Prognosezeitraum erhebliche Unterschiede zwischen den

13 Karl-Dieter Keim: Periphere Gebiete in Brandenburg – abhängig und unabhängig von Berlin, in: Zöpel, C. (Hrsg.), Brandenburg 2025 in der Mitte Europas, 2 Bd., o. O. 2002, Bd. 1, S. 203 ff.

14 Vgl. Wilhelm Schulte: Die gemeinsame Landesplanung für den Metropolraum Berlin-Brandenburg, in: Informationen zur Raumentwicklung, 11/12-2000, S. 719.

15 Statistisches Jahrbuch Bundesrepublik Deutschland 2001, Wiesbaden 2001, S. 45.

einzelnen Territorien sichtbar, zum Beispiel zwischen dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und dem Landkreis Uckermark (vgl. Tabelle 1 und 2).

Tabelle 1:
Bevölkerungsentwicklung Landkreis Potsdam-Mittelmark
1990-1999 beziehungsweise 2015

	Bevölkerung insgesamt	Unter 20 Jahren	20 bis 40 Jahre	40 bis 60 Jahre	60 Jahre und älter
1990	172.008	43.518	52.308	44.206	31.976
1999	205.788	45.660	58.772	58.466	42.890
1990-1999	+33.780	+2.142	+6.464	+14.260	+10.914
Veränderung in %	+19,6	+4,9	+12,4	+32,3	+34,1
2015	241.010	43.260	47.070	83.220	67.460
1990-2015	69.002	-258	-5.238	39.014	35.484
Veränderung in %	+40,12	-0,59	-10,01	+88,25	+110,97

Quelle: Landesumweltamt Brandenburg, Brandenburg regional 2001, Potsdam 2002, S. 141; eigene Berechnungen.

Wie aus den Daten ersichtlich ist, verzeichnete der Landkreis *Potsdam-Mittelmark*, der südwestlich an Berlin angrenzt und neben engeren Verflechtungsräumen auch geographisch periphere Gebiete umfaßt, seit 1990 in allen Altersgruppen einen bedeutenden Bevölkerungszuwachs. Im engeren Verflechtungsraum betrug dieser etwa ein Drittel, im äußeren Entwicklungsraum zirka acht Prozent, was im Vergleich zu anderen peripheren Räumen, die hier durchweg einen Rückgang aufweisen, außerordentlich viel ist. Im Gegensatz dazu weist der Landkreis *Uckermark*, als peripher gelegener Kreis mit erheblichen strukturellen Defiziten, eine besorgniserregende demographische Entwicklung auf, insbesondere hinsichtlich der Altersstruktur (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2:
Bevölkerungsentwicklung Landkreis Uckermark 1990-1999
beziehungsweise 2015

	Bevölkerung insgesamt	Unter 20 Jahren	20 bis 40 Jahre	40 bis 60 Jahre	60 Jahre und älter
1990	169.255	47.145	53.901	42.442	25.767
1999	154.086	34.431	42.649	43.231	33.775
1990-1999	-15.169	-12.714	-11.252	789	+8.008
Veränderung in %	-8,96	-26,97	-20,88	+1,86	+31,08
2015	138.600	20.970	29.470	45.900	42.260
1990-2015	-30.655	-26.175	-24.431	3.458	16.493
Veränderung in %	-18,11	-55,52	-45,33	+8,15	+64,01

Quelle: Landesumweltamt Brandenburg, Brandenburg regional 2001, Potsdam 2002, S. 181; eigene Berechnungen.

Der Bevölkerungsschwund ist jedoch keineswegs ein auf ländliche Gebiete beschränktes Phänomen; er erfaßt auch größere Städte wie zum Beispiel Frankfurt/Oder, so daß sich die Situation in bestimmten Territorien des äußeren Entwicklungsraumes schon jetzt als Verwerfung mit dramatischen Folgen darstellt (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3:

Bevölkerungsentwicklung Frankfurt/Oder 1990-1999
beziehungsweise 2015

	Bevölkerung insgesamt	Unter 20 Jahren	20 bis 40 Jahre	40 bis 60 Jahre	60 Jahre und älter
1990	86.131	24.852	29.565	20.453	11.261
1999	73.832	15.763	22.418	20.832	14.819
1990-1999	-12.299	-9.089	-7.147	+379	+3.558
Entwicklung in %	-14,22	-36,57	-24,11	+1,85	+31,60
2015	64.930	10.090	18.340	17.720	18.780
1990-2015	-21.201	-14.762	-11225	-2.733	+7.519
Entwicklung in %	-24,61	-59,40	-37,97	-13,36	+24,61

Quelle: Landesumweltamt Brandenburg, Brandenburg regional 2001, Potsdam 2002, S. 152;
eigene Berechnungen.

Analytisch betrachtet, kommt der Bevölkerungsveränderung eine primäre Bedeutung zu: Hieran mißt sich die Gesamtentwicklung und Perspektive einer Region. Analog dazu, wenn auch zeitversetzt, findet der jeweilige Trend dann in ökonomischer und sozialer Hinsicht seine Fortsetzung, was sich an Hand der wirtschaftlichen Leistungserbringung und der Einkommen zeigen läßt. So hat sich im Ergebnis der in den einzelnen Territorien differenziert vollzogenen Entwicklung das wirtschaftliche Gewicht in Brandenburg im Verlaufe der neunziger Jahre erheblich verschoben, und zwar in der Regel zugunsten der stärker verdichteten Räume und zu Lasten derjenigen, die eine rückläufige Einwohnerzahl verzeichnen (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4:

Anteile an der Wertschöpfung¹ (Land Brandenburg = 100)

	1991	1998
Brandenburg a. d. H.	2,7	3,3
Potsdam	8,0	8,5
Frankfurt (Oder)	3,3	4,1
Cottbus	6,6	6,3
Potsdam-Mittelmark	5,3	7,5
Barnim	4,3	5,5
Dahme-Spreewald	4,6	6,1
Märkisch-Oderland	5,1	7,1
Teltow-Fläming	4,0	5,2
Havelland	3,6	4,3
Oder-Spree	5,5	6,6
Oberhavel	5,2	6,0
Ostprignitz-Ruppin	3,5	4,2
Prignitz	2,9	3,2
Elbe-Elster	4,6	4,6
Spree-Neiße	9,4	6,7
Oberspreewald-Lausitz	7,6	5,2
Uckermark	13,8	5,6

¹ Basis: Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen von 1991
beziehungsweise Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen (1998)

Quelle: Statistisches Jahrbuch Brandenburg 1994, Potsdam 1994, S. 369; 2001,
Potsdam 2002, S. 419.

16 Statistisches Jahrbuch Brandenburg 2001, Potsdam 2002, S. 422.

17 So ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Berlins, pro Kopf betrachtet, beispielsweise nur etwa halb so hoch wie in München und um ein Drittel geringer als in Hamburg (vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin: Bausteine für die Zukunft Berlins, in: Wochenberichte 10/2002, S. 163).

18 1992 betrug das BIP Berlins 145,8 Mrd. DM; im Jahr 2000 waren es 144,8 Mrd. DM, in Preisen von 1995 (vgl. Statistisches Jahrbuch Berlin 2001, Berlin 2002, S. 631).

In der Einkommensentwicklung spiegelt sich dies schließlich derart wider, daß das Arbeitnehmerentgelt in den »Verliererkreisen« bis zu sechs Prozent unter dem Landesdurchschnitt liegt, in den »Gewinnerkreisen beziehungsweise -städten« hingegen bis zu sieben Prozent darüber, also insgesamt um durchschnittlich 13 Prozent differiert.¹⁶ Dies allein aber erklärt noch nicht die Divergenz innerhalb der Gesamtregion. Um hier ein vollständiges Bild zu erhalten, muß die Entwicklung in Brandenburg derjenigen Berlins gegenüber gestellt werden. Dabei tritt ein deutliches Niveaugefälle zutage, sowohl in Hinblick auf die wirtschaftliche Leistungskraft als auch in bezug auf die Einkommen. Und dies, obwohl Berlin hier gegenüber anderen Metropolen erheblich zurückliegt und in den letzten Jahren sogar noch weiter zurückgefallen ist.¹⁷ Auffälliger noch als die Relation ist jedoch die unterschiedliche Dynamik der Teilregionen: So verzeichnete Brandenburg nach dem Crash von 1990/91 in der ersten Hälfte der neunziger Jahre ein starkes und in der zweiten Hälfte ein moderates ökonomisches Wachstum, das zuletzt jedoch fast zum Erliegen gekommen ist. In Berlin dagegen war anfangs eine in Ost und West gegensätzliche Entwicklung festzustellen, wobei der Boom im Westteil der Stadt aber rasch wieder an Dynamik verlor (vgl. Tabelle 5). Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Entwicklung hier insgesamt negativ, so daß der Umfang des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2000 geringer ausfiel als 1992.¹⁸ Dadurch verstärkte sich zwar die Konvergenz innerhalb der Gesamtregion, jedoch um den Preis eines schwerwiegenden Positionsverlusts der Region im interregionalen Wettbewerb.

Tabelle 5:

Bruttoinlandsprodukt, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	Brandenburg	Berlin
1996	+4,0	-2,5
1997	+1,7	-2,3
1998	+2,3	-0,4
1999	+2,0	-0,1
2000	+0,3	+0,9

Quelle: Statistisches Jahrbuch Berlin 2001, Berlin 2002, S. 631; Statistisches Jahrbuch Brandenburg, Potsdam 2002, S. 416.

Zweiter Anlauf mit neuer Strategie

Die sich im Verlaufe der Zeit derart verändernden Rahmenbedingungen und die sich zunehmend auftuenden wirtschaftlichen Probleme beider Länder, ihr Kulminieren in Finanzkrisen, zwingen dazu, nach neuen Wegen zu suchen, um die künftig anstehenden Aufgaben bewältigen zu können. Ein Schritt in die richtige Richtung könnte dabei die Überwindung der administrativen Trennung beider Teilregionen sein, ihre Fusion zu einem Bundesland. So wurde das »Preußenjahr« 2001 genutzt, um für einen zweiten Versuch der Länderfusion kräftig die Werbetrommel zu rühren.¹⁹ Auch, was den Namen des gemeinsamen Bundeslands anbetrifft, ist man inzwischen weniger wählerisch: neben *Berlin-Brandenburg* sind nun auch *Brandenburg* und *Preußen* im Gespräch. In der Koalitionsvereinbarung von SPD

19 Vgl. Walter Schmidt: Preußen und die deutsche Geschichtskultur, in: UTOPIE kreativ, Nr. 127 (Mai 2001), S. 389-404.

und PDS für den Senat von Berlin wurde festgeschrieben, die Fusion beider Länder bis 2009 anzustreben. Ähnliche Verlautbarungen gibt es inzwischen auch seitens der Landesregierung in Brandenburg. Ein entsprechendes Referendum darüber soll im Jahr 2006 stattfinden.

War der erste Versuch 1996 noch von dem Bemühen getragen, die 1990 geschaffenen suboptimalen Bedingungen zu korrigieren, um als vereinigte Region bessere Entwicklungschancen zu haben und im föderalen Verteilungskampf ein größeres Gewicht einbringen zu können, so ist die Konstellation inzwischen eine etwas andere. Mittlerweile geht es weniger darum, durch die Fusion günstigere Optionen im föderalen Verteilungswettbewerb zu erlangen als vielmehr um die politische »Krönung«, Unterstützung und Regulierung eines wirtschaftlich ohnehin stattfindenden, aber nicht optimal verlaufenden Prozesses. Die gegenwärtige Zwei-Länder-Struktur der Region bietet für ihre Ausformung als Metropolregion und für die Steuerung des wirtschaftlichen Integrationsprozesses keine optimalen Bedingungen. Zu viel bleibt dem Selbstlauf überlassen, ist verwaltungstechnisch ineffizient oder vollzieht sich nach einem kleinkarierten, gebietsegoistischen Kalkül, ohne Fundierung durch eine regionale Gesamtstrategie. Daran vermag auch das visionäre Leitbild einer die gesamte Region erfassenden harmonischen Entwicklung und das Raumordnungskonzept einer »dezentralen Konzentration«²⁰ wenig zu ändern. Zumal dieses sich in der Hauptsache auf Brandenburg bezieht, während Berlin »aus eigener Kraft« versucht, einen durch »einen sprunghaften Entwicklungs- und Modernisierungsschub« generierten Weg als »Global City« einzuschlagen.²¹

Da das Konzept einer »dezentralen Konzentration« primär ausgleichsorientiert ist und die ökonomische Prosperität der Gesamtregion nur »nachrangig« berücksichtigt, ergibt sich hieraus gerade in wirtschaftlicher Hinsicht ein enormer Abstimmungsbedarf, der »letztlich nur politisch« entschieden werden kann.²² Dies aber wird durch die gegenwärtige Länderstruktur, welche die Verflechtung der einzelnen Teilräume nur ungenügend fördert, erheblich erschwert. Andererseits sind die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den Teilgebieten aber bereits so groß, daß es auf Dauer unmöglich erscheint, daß sich einzelne Teilräume unabhängig von einander oder auf Kosten anderer Landesteile der Region entwickeln können. Angesichts dieser Konstellation und den sich daraus ableitenden neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Formierung der Region als Metropolregion, aber auch den gravierenden Koordinierungsdefiziten und Ineffizienzen in der Gegenwart, besteht unübersehbar Handlungsbedarf.

Das Vorhaben, Berlin und Brandenburg zu einem Bundesland zu vereinigen, ist 1996 an den Ergebnissen der Volksbefragung in Brandenburg gescheitert. Um hier im zweiten Anlauf erfolgreicher zu sein, reicht es gewiß nicht aus, kurzfristige fiskalische Einspareffekte²³ sowie ökonomische Vorteile und Lösungsansätze für bestimmte Teilregionen²⁴ vorzuweisen. Vielmehr ist eine tragfähige *Gesamtstrategie* vonnöten, welche geeignet ist, die Region als Ganzes langfristig auf einen nachhaltigen Wachstums- und Entwicklungspfad zu bringen, der nicht nur aus der gegenwärtigen Stagnation und Finanzmisere herausführt, sondern der zugleich auch einen regionalen

20 Das »Konzept der dezentralen Konzentration« wurde Mitte der neunziger Jahre als ausgleichsorientiertes räumliches Leitbild Brandenburgs beschlossen. Mit ihm wird eine »gemeinsame, ausgewogene polyzentrische Landesentwicklung von Brandenburg und Berlin« angestrebt (Karl Brenke et al.: Entwicklungsstrategien für die Region, Marburg 1997, S. 111).

21 Vgl. BerlinStudie, hrsg. von der Senatskanzlei Berlin, Berlin 2001, S. 31 und 147.

22 Vgl. Karl Brenke et al.: Entwicklungsstrategien..., a. a. O., S. 112.

23 Finanzwirtschaftlich rechnet sich die Vereinigung für die Region, wenn die pekuniären Vorteile in Form von Wachstums- und Steuerkraftgewinnen per Saldo größer sind als die fusionsbedingten budgetären Einnahmeverluste, die insbesondere durch den Wegfall des Stadtstaatenprivilegs und der Bundesergänzungszuweisungen für die Kosten der politischen Führung in kleinen Bundesländern entstehen.

24 Es liegt auf der Hand, daß sich bestimmte Gebiete wie Potsdam oder der Südwesten Berlins auf Grund ihrer begünstigten Lage, Geschichte, Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur auch ohne Fusion erfolgreich entwickeln. Teilweise vollzieht sich diese positive Entwicklung jedoch auf Kosten der umliegenden Territorien, was im Sinne eines regionalen Gesamtkonzepts nicht von Vorteil ist.

»Ausgleich« gewährleistet, so daß sich die Diskrepanzen zwischen den Teilregionen nicht weiter vertiefen. Die Grundlage für eine solche Strategie bildet die intraregionale wirtschaftliche Verflechtung beider Länder, mit Berlin und seinem Umland als Agglomerationsraum im Zentrum. Die Erfahrungen, die in ähnlichen Situationen bereits andernorts gemacht wurden, implizieren für Berlin-Brandenburg, langfristig gesehen, eine eindeutige Botschaft: »Brandenburg ist wachstumsstark, wenn Berlin sich gut entwickelt, und umgekehrt wird die Entwicklung in Berlin begünstigt, wenn sich das Brandenburger Umland gut entwickelt.«²⁵

25 Helmut Seitz: Die Hauptstadt Berlin in der Nachwendezeit, in: Engelen, J./Seitz, H. (Hrsg.), Städte vor neuen Herausforderungen, Baden-Baden 1998, S. 144.

Im Kern geht es darum, daß Berlin und Brandenburg mehr und mehr als Teile *einer Wirtschaftsregion* zusammenwachsen und Berlin sich auf dieser Grundlage als deutsche und europäische Metropole profiliert. Der Aufstieg Berlins als Metropole hängt dabei wesentlich von seiner Entwicklung als Dienstleistungsstandort ab, wovon »spill over«-Effekte für die Gesamtregion ausgehen werden, Synergieeffekte, welche den Integrationsprozeß wiederum verstärken etc. Die unterschiedliche Beschaffenheit der Teilregionen, des urbanen engeren Verflechtungsraumes Berlins mit seinem Umland (»Speckgürtel«) und des peripheren ländlichen Raumes Brandenburgs, könnte dabei die Basis für intensive komplementäre Wirtschaftsbeziehungen bilden, was bisher kaum der Fall ist. Derzeit unterhält West-Berlin relativ intensive Wirtschaftsbeziehungen zu Westdeutschland, während Ost-Berlin stärker mit anderen ostdeutschen Wirtschaftsräumen kooperiert. Darüber hinaus gibt es zwischen Berlin und dem Umland vielfältige Kontakte, nicht so aber mit den berlinfernen Regionen, die hiervon mehr oder weniger abgekoppelt sind. Um hier zu besseren funktionalen Beziehungen zu kommen, ist Bedingung, daß sich Berlin-Brandenburg als *Metropolregion* entwickelt, wofür intraregionale Vernetzung, Interaktion und Kooperation die wirtschaftliche Basis bilden sowie der beschleunigte Ausbau einer dienstleistungsbasierten Ökonomie.²⁶ Auf dieser Grundlage kann sich dann die Formierung der Region als »Knotenpunkt« im globalen Netz interregionaler Kommunikation, spezialisierter Dienstleistungen und eines überregionalen Güter- und Informationsaustausches vollziehen.

26 Als raumbezogener Interaktions- und Kooperationsprozeß wird die Regionsbildung hier weniger als ein territorial oder gebietskörperschaftlich rückgekoppelter Prozeß betrachtet, denn als ein ökonomischer, auf den wirtschaftlichen Erfolg miteinander kooperierender Teilökonomien abstellender Vorgang, der sich vor dem Hintergrund einer zunehmenden Wirtschaftskonzentration und -zentralisation sowie Globalisierung und Tertiärisierung der Ökonomie vollzieht.

Eine derartige Strategie unterscheidet sich in ihren Ansatzpunkten und Elementen sowie von ihrer Entwicklungslogik her grundlegend von den traditionellen Entwicklungsmustern anderer metropolitaner Räume, da sie weniger auf die Konzentration von Großindustrie und herkömmlichen Dienstleistungen abstellt, sondern auf moderne, insbesondere informationsbezogene Dienstleistungen und deren Organisation in Netzwerken rekurriert. Ausgehend von der bisher nur theoretisch formulierten Hypothese, daß es für relativ strukturschwache und wenig industrialisierte beziehungsweise deindustrialisierte Räume, sofern sie über ausreichend Humankapitalressourcen, eine moderne Unternehmensstruktur und entsprechende infrastrukturelle Voraussetzungen verfügen, möglicherweise einen besonderen, *dienstleistungsbasierten Entwicklungspfad* gibt, der sich von den traditionellen Entwicklungsmustern grundlegend unterscheidet, wäre zu prüfen, inwieweit sich auf dieser Grundlage eine für Berlin-Brandenburg geeignete regionale Entwicklungsstrategie ausarbeiten

läßt. Dabei ist die konkrete Ausgestaltung des Entwicklungspfades mit der Perspektive der Region als europäische Metropolregion zu verbinden.

Dieses Herangehen impliziert zwei Teilprobleme, deren Verknüpfung von besonderem Interesse ist: *zum einen* die konkrete Ausgestaltung des dienstleistungsgestützten Entwicklungspfades unter den Bedingungen Berlin-Brandenburgs und *zum anderen* die Frage, welche spezifischen Merkmale die künftige Metropolregion Berlin-Brandenburg aufweisen wird, die sie von anderen, bereits etablierten Metropolregionen unterscheidet. Das Verbindende zwischen beiden Fragen ist die Definition Berlins als Metropole vor allem über seine Eigenschaft als Dienstleistungsstandort, deutsche Hauptstadt und bedeutendstes ostdeutsches Agglomerationszentrum.

Die bisher zu dieser Problematik angestellten Überlegungen, aber auch komparative Analysen anderer Metropolregionen²⁷, zeigen, daß der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft Berlin-Brandenburgs wesentlich in der Kombination zweier Prozesse liegt, im Ausbau der Region als *regional vernetzter* und *global agierender Metropolregion*, mit Berlin im Zentrum, und im Einschwenken der Region auf einen *dienstleistungsbasierten Entwicklungspfad*. Während der Versuch, die Region über eine nachholende Industrialisierung beziehungsweise Reindustrialisierung wirtschaftlich nach vorn zu bringen, als gescheitert anzusehen ist, eröffnet eine solche Strategie *neue* Entwicklungschancen für die Region. Indem dieses Modell an die endogenen Forschungs- und Entwicklungspotentiale, die Konzentration bei zukunftsbezogenen Dienstleistungen, die infrastrukturellen Voraussetzungen u. ä. anknüpft, auf die Schaffung einer Industrie in großem Maßstab aber verzichtet, berücksichtigt es gleichermaßen die Stärken wie die Schwächen der Region. Die Entwicklung könnte sich auf dieser Grundlage im Vergleich zu anderen Regionen im Sinne eines »Überholens ohne einzuholen« gestalten; zugleich erhalte Berlin-Brandenburg dadurch sein besonderes Profil als Dienstleistungsregion und sechste Metropolregion Deutschlands.²⁸

Umsetzung und politische Gestaltung

Eine derartige Entwicklungsoption scheint mittel- und langfristig für Berlin-Brandenburg durchaus realisierbar, da hier im Unterschied zu anderen Regionen Ostdeutschlands, aber auch gegenüber bestimmten Regionen Westdeutschlands, eine Reihe spezifischer, vergleichsweise günstiger Voraussetzungen gegeben sind. Dazu gehört zweifelsohne Berlin als Metropole von europäischem Rang und die Entwicklung der Stadt vorzugsweise über ihren Ausbau als Dienstleistungsstandort, woraus sich besondere Verflechtungsbeziehungen mit dem Umland und spezifische intraregionale sowie interregionale Austauschbeziehungen herleiten. Ferner ist in diesem Zusammenhang die Konzentration bestimmter, insbesondere *informationsbezogener* und *wissensintensiver* Dienstleistungen in Berlin von Bedeutung, womit sich eine »Motorfunktion« für die Wirtschaftsentwicklung der Region verbinden könnte. Darüber hinaus ist es denkbar, die Produktion und Distribution von *Informationen* als interregional und global handelbare Güter (Informationsgüter) zu einer eigenständigen Exportbasis für die Region auszubauen. Für

27 Vgl. Hans Joachim Kujath et al.: Europäische Verflechtungen deutscher Regionen und ihre Auswirkungen auf die Raumstruktur des Bundesgebietes, Forschungen Heft 108, hrsg. vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2002.

28 Bisher gibt es in Deutschland fünf Metropolregionen: Frankfurt/Rhein-Main, München/Oberbayern, Rhein-Ruhr, Hamburg und Stuttgart/Mittlerer Neckar. Berlin-Brandenburg kommt als sechste Region hinzu. Eine siebente Region bildet künftig das sogenannte Sachsendreieck (Leipzig, Dresden, Chemnitz).

einen solchen Entwicklungsweg wären jedoch investitionsseitig bestimmte Voraussetzungen zu schaffen, sowohl für die Stärkung der Potentiale als auch für eine ausgewogene Verteilung der Entwicklungschancen im Gesamtraum Berlin-Brandenburg. Um die notwendigen Potentiale aktivieren zu können, bedarf es einer weiteren Ausgestaltung des näheren Verflechtungsraumes Berlins mit dem Umland ebenso wie der Förderung des äußeren, berlinfernen Entwicklungsraumes Brandenburgs. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Umgestaltung der intraregionalen Wirtschaftsbeziehungen Berlins und Brandenburgs von gegenwärtig noch konkurrierenden zu in Zukunft *komplementären* Beziehungen. Aber auch die durch die neuen Informationstechnologien möglich gewordene »Enträumlichung« der Wirtschaft im globalen Netz²⁹ unterstützt eine derartige Entwicklungsrichtung, da sie die Bindung an traditionelle Produktionsstandorte obsolet macht. Der Aufstieg Berlins als europäische Metropole, seine Einbettung in globale Vernetzungen und die Verflechtung mit anderen Metropolenträumen sowie die Ausdehnung des zu betrachtenden Wirtschaftsraumes durch die Osterweiterung der Europäischen Union um Gebiete östlich der Oder und im östlichen Ostseeraum werden dieser Fragestellung in den nächsten Jahren eine völlig neue Dimension und Aktualität verleihen.

Ein Vorankommen in dieser Richtung setzt ein größeres Selbstverständnis Berlin-Brandenburgs als integrierte Region voraus und verlangt eine stärkere Selbstorganisation der Region. Auf der Basis sich vertiefender wirtschaftlicher Integrations- und Verflechtungsbeziehungen wäre die gebietskörperschaftliche und organisatorische Vereinigung zweifellos ein Schritt, der dieser Tendenz nicht nur entsprechen würde, quasi als dessen Krönung, sondern der diese zugleich auch weiter befördern würde.

Einen zentralen Ansatzpunkt für die Ausgestaltung einer auf die Stärkung der Region als Wirtschaftsregion ausgerichtete Entwicklungsstrategie bilden die sogenannte *Gemeinschafts- respektive Kollektivgüter*, sowohl die traditionellen (Verkehrsinfrastruktur, Bildung, Forschung, Kultur etc.) als auch die unter den Begriff »soziales Kapital« subsumierten (Interaktions- und Kommunikationsformen, Netzwerke, Konventionen etc.) Da ihre Inanspruchnahme schon jetzt länderübergreifend erfolgt, ist ihr Ausbau für die Integration Berlin-Brandenburgs unverzichtbar.

Einen besonderen, für die Verhandlung über die Vereinigung beider Länder möglicherweise ausschlaggebenden Punkt stellt die *Finanzlage* Berlins und Brandenburgs dar. Fragen zu den Auswirkungen einer Fusion auf die Länderfinanzen können deshalb nicht ausgeklammert werden. Dabei sollte es aber weniger um die bereits hinreichend thematisierte Problematik gehen, welche Einsparpotentiale bei den Ausgaben entstehen würden, als vielmehr darum, wie sich eine durch die Integration generierte Entwicklung auf die Haushalte der Kommunen in den einzelnen Räumen der Region auswirken würde. Von besonderem Gewicht sind dabei die Effekte, die aus einem Wegfall der gegenwärtigen Konkurrenz beider Länder und ihrer Kommunen um das Steueraufkommen, die Ansiedlung von Unternehmen und die Inanspruchnahme bestimmter Bundes- und EU-Mittel resultierten und die andererseits durch die erhöhte Attraktivität der Region eintreten würden.

29 Vgl. Hans Joachim Kujath: Regionen im globalen Kontext, in: Ders. (Hg.), Strategien der regionalen Stabilisierung, Berlin 1998, S. 16 ff.

Die Bilanz einer Studie des Otto-Stammer-Instituts der Freien Universität Berlin und des Meinungsforschungsinstituts forsa zu der Frage, ob die Berliner und die Brandenburger reif sind für die Länderfusion, fiel verhalten aus: »Unzufriedenheit, systemkritische Potentiale links und rechts, Integrationsgefälle und am Ende Zweifel, ob eine Fusion automatisch die Integration fördern würde.« (Neues Deutschland, 11. Juli 2002)

Da die Chancen für Berlin-Brandenburg als einem verhältnismäßig strukturschwachen, fragmentierten und teilweise deindustrialisierten Raum, sich unter den Bedingungen einer globalisierten und tertiärisierten Ökonomie zu behaupten und als Metropolregion durchzusetzen, durch ein stärkeres Zusammengehen beider Länder verbessern würden, sollte dieses Anliegen politisch energisch unterstützt werden. Je besser es gelingt, den Prozeß der wirtschaftlichen Integration und metropolitanen Entwicklung Berlin-Brandenburgs in den nächsten Jahren forcierend zu gestalten und die damit verbundenen Vorteile für die *gesamte Region* überzeugend zu vermitteln, desto leichter wird es werden, den Vereinigungsprozeß beider Länder durch ihre Fusion schließlich auch politisch zum Abschluß bringen zu können.

BERNFRIED HELMERS

Zum Verfassungskonflikt bei der Fusion von Berlin und Brandenburg

Unter den vielen kontroversen Debatten im Vorfeld der Volksabstimmung über den Staatsvertrag zur Fusion von Berlin und Brandenburg am 5. Mai 1996 hatte die Verfassungsdiskussion einen besonderen Stellenwert, und auch bei einem neuen Fusionsanlauf müssen sich alle Beteiligten dessen bewußt sein, daß die juristischen Konsequenzen der Verfassungsaufhebung und -ablösung besonders gründlicher Prüfung bedürfen.

Am 21. März 1996 – also einige Wochen vor der Volksabstimmung – entschied das Brandenburgische Verfassungsgericht über einen Antrag von 18 Abgeordneten der Landtagsfraktion der PDS, und es teilte in seinem Herangehen an diese Problematik die Besorgnis der Antragsteller, daß für den Fall der Vereinigung beider Bundesländer ein verfassungsrechtliches Vakuum entstehen könnte, wenn bis zur Länderfusion eine gemeinsame Verfassung nicht zustande käme und für diesen Fall keine Vorkehrungen getroffen wären.

Streit entbrannte insbesondere zur Frage, ob und wie die Grundsätze und Grundwerte der geltenden Brandenburgischen Landesverfassung bewahrt werden könnten. Auf welchem Wege können Verfassungsinhalte überhaupt »vorweg« für eine neue, gemeinsame Landesverfassung bestimmt werden?

Eine kritische Prüfung des 1996 beschrittenen Weges wird es erleichtern, einen neuen Fusionsanlauf erfolgreich zu gestalten. Für Form und Inhalt der Neugliederungsvereinbarung sind mit Artikel 118 a des Grundgesetzes, der – den Empfehlungen von Artikel 5 des Einigungsvertrages von 1990¹ folgend – die Neugliederung Berlins und Brandenburgs ausdrücklich nicht an das anspruchsvolle Neugliederungsverfahren nach Artikel 29 des Grundgesetzes, sondern nur an die »Beteiligung ihrer Wahlberechtigten« bindet, breite Gestaltungsräume gegeben. Insbesondere ist dabei von Gewicht, daß die Neugliederung nicht der Zustimmung des Bundestages oder eines Bundesgesetzes bedarf.

Was bedeutet das für die beiden Landesverfassungen? Eröffnet das Grundgesetz Möglichkeiten, die Verfassungsgebung für das zu bildende gemeinsame Bundesland vorab zu vereinbaren? Inwieweit engt das Grundgesetz zu diesem Zweck die Bindungswirkungen der Landesverfassungen für die konstituierten Gewalten ein? Welche Schlußfolgerungen sind aus dem Urteil des Brandenburgischen Landesverfassungsgerichts zum Fusionsvertrag vom 21. März 1996² zu ziehen?

Art. 118 a GG greift nicht ein in den landeshoheitlichen Verfassungsraum. Die in ihm fehlende Zuweisung von Zuständigkeiten,

Bernfried Helmers –
Jg. 1958; Dr. jur.; nach
Jurastudium an der Karl-
Marx-Universität in Leipzig
und Promotion an der
Hochschule für Ökonomie
in Berlin von 1986 bis 1990
Lehrtätigkeit an der Hoch-
schule der Deutschen
Volkspolizei, 1990 Referent
im Ministerium des Innern
der de-Maizièrè-Regierung,
1991 bis 1994 Referent,
dann Referatsleiter im
Ministerium des Innern des
Landes Brandenburg, seit
1994 Rechtsanwalt.

das Fehlen einer näheren Ausgestaltung von Form und Inhalt der Vereinbarung sowie die Unbestimmtheit der vorgeschriebenen Beteiligung der Wahlberechtigten indizieren geradezu die Rücksicht auf die landeshoheitlichen, vornehmlich verfassungsrechtlichen Konsequenzen. Es liegt daher auch in Landeshoheit, zu bestimmen, ob und wieweit die Vereinbarung zur Vereinigung der Länder Berlin und Brandenburg nicht nur schlechthin Staatsvertrag (im Hinblick auf die die staatliche Einheit und die Rechtseinheit herstellenden Vorschriften) sein soll, sondern zugleich Verfassungsvertrag, der die Außerkraftsetzung der geltenden Landesverfassungen und ihre »Ablösung« bestimmen soll.

Der Grundgesetzgeber hat es also beiden Ländern überlassen, quasi in Wahrnehmung »staatsrechtlicher Privatautonomie« Bedingungen auszuhandeln, unter denen sie ihre bisherige staatliche Existenz zugunsten eines gemeinsamen Bundeslandes aufzugeben bereit sind. Art. 118 a GG ermöglicht für die rechtliche Absicherung der auf die Bildung einer neuen Staatlichkeit bezogenen Abmachungen eine Form, nach der die Regelungen für den neuen Staat festgeschrieben und der neuen »Staatsfundamentalnorm« einverleibt werden.³ Zugelassen sind also vereinbarte Regelungen, die – teils vorübergehend, teils auf Dauer – Verfassungsrechtsnormen des neuen Landes darstellen.

Art. 118 a GG zeichnet überdies vor, daß die unter Beteiligung der Wahlberechtigten zustande gekommenen vertraglichen Bindungen für das Verfassungsrecht des neuen Landes als solche auf dem Willen des »pouvoir constituant« selbst beruhen. Auf Grund von Art. 118 a GG werden Bindungen durch die Landesverfassungen nicht eingeengt. Die konstituierten Organe der Länder unterliegen mithin im Rahmen der Verhandlungsführung und der Inkraftsetzung der Fusionsvereinbarung den Bindungen der für sie geltenden Landesverfassung – auch und insbesondere die Außerkraftsetzung und Ablösung der Verfassung betreffend.

Die beteiligten Organe der Länder Berlin und Brandenburg werden nur als »Entwurfsorgane« tätig, die insoweit lediglich den »Verfassungsentwurf« ausarbeiten, der sodann der verfassungsgebenden Gewalt zur Entscheidung darüber unterbreitet wird, ob dieser Entwurf Verfassungsordnung werden soll.⁴

Inwieweit ermächtigen nun die Landesverfassungen von Berlin und Brandenburg zu ihrer Außerkraftsetzung und zur Regelung verfassungsrechtlicher Vorgaben für ein neues gemeinsames Bundesland?

Mit Art. 118 a GG korrespondieren Art. 116 der Verfassung des Landes Brandenburg (im weiteren: BbgVerf) und – obgleich natürlich nicht der Beurteilung durch das Brandenburgische Verfassungsgericht unterlegen – Art. 97 der Verfassung von Berlin (im weiteren VvB). Beide Verfassungsnormen regeln einen Fall der sogenannten Verfassungsablösung, hier verbunden mit einer Auflösung des bestehenden Staates selbst und – anders als Art. 115 BbgVerf, der die Kontinuität des Landes Brandenburg voraussetzt – nicht nur seiner Verfassungsordnung. Als solche in die Zukunft gerichteten Überleitungsnormen stellen Art. 116 BbgVerf beziehungsweise Art. 97 VvB Bedingungen auf, unter denen die Verfassung bereit ist, einer neuen zu weichen und sich selbst aufzugeben.⁵

1 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31. August 1990, BGBl. II S. 885.

2 Urteil des Brandenburgischen Verfassungsgerichts zum Fusionsvertrag vom 21. März 1996, VfG Bbg 18/95.

3 Bundestagsdrucksache 12/6000, S. 45.

4 Nawiaski, Allgemeine Staatslehre, Dritter Teil, 1956, S. 134.

5 Steiner, Verfassungsgebung und verfassungsgebende Gewalt des Volkes, 1966, S. 125 ff.

In Korrespondenz mit Art. 118 a GG betrachtet, haben Art. 116 Bbg-Verf beziehungsweise Art. 97 VvB nicht nur ein neues Bundesland schlechthin, sondern ein unter den Bedingungen der angesprochenen Vereinbarung zustande gekommenes und in gewisser Weise verfaßtes Land im Auge. Demnach richten sich Art. 116 BbgVerf beziehungsweise Art. 97 VvB als Norm einer Staats- und Verfassungsablösung an die verfassungsgebende Gewalt.

Inwiefern ist angesichts dessen mit Blick auf die gescheiterte Volksabstimmung das aus Art. 116 BbgVerf beziehungsweise Art. 97 VvB herzuleitende Verfahren neu zu gestalten?

Im Kern geht es bei dieser Frage um die Sicherung des Prinzips der Volkssouveränität bei der Verfassungsablösung. Im Unterschied zu den Verfassungsregelungen in Art. 115 BbgVerf für eine neue »innerstaatliche Verfassungsordnung« durch eine verfassungsgebende Versammlung – die Berliner Verfassung enthält in ihrem Art. 100 diesbezüglich nur eine Regelung für Verfassungsänderungen – setzen Art. 116 BbgVerf beziehungsweise Art. 97 VvB neben der Zustimmung einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit im Rahmen der Ratifizierung der Fusionsvereinbarung einen Volksscheid beziehungsweise eine Volksabstimmung voraus.

Gemäß Art. 8 des in der Volksabstimmung gescheiterten Neugliederungs-Vertrages von 1996 oblag die Regelsetzung für die Verfassung des späteren gemeinsamen Bundeslandes einem paritätisch besetzten gemeinsamen Ausschuß der beiden Länderparlamente. Der Verfassungsentwurf sollte aufgrund der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin und des Landtages Brandenburg sowie der Zustimmung in einer Volksabstimmung in Kraft treten.⁶

6 Urteil ..., a. a. O., S. 43.

Meinungsstreit ergab sich wegen dieser Vertragsregelung, weil damit der noch nicht existierende Souverän des neuen Bundeslandes an Vorgaben für seine Verfassung gebunden wurde, die allein in seiner Entscheidungskompetenz liegen. Weil das Dasein eines Staates rechtlich nur auf eigenem Willen beruhen kann, nicht aber auf der Grundlage einer fremden Rechtsordnung, blieb als letzte Konsequenz, die Volksabstimmung über den Neugliederungs-Vertrag schon als Verfassungsplebiszit des neuen Souveräns anzusehen.

In dieser Hinsicht sind folgende Orientierungen des Brandenburgischen Verfassungsgerichts beachtlich:

Bei der Volksabstimmung werden nicht nur die Staatsvölker der beiden noch bestehenden Länder tätig, indem sie mit der Entscheidung über die Bildung des neuen Landes die Ablösung der bisherigen Rechtsordnung und die »Abwicklung« in bezug auf die Länder Berlin und Brandenburg in die Wege leiten. Vielmehr treten bei Zustimmung der Abstimmungsberechtigten zur Fusion – soweit es um das neue Bundesland geht, das werdend neben die im Stadium der »Abwicklung« befindlichen Länder tritt – auch schon die Bürger auf den Plan, die in ihrer Gesamtheit das Volk des werdenden neuen Landes bilden. In diesem Verständnis bestimmen die beiden Völker, sofern sich die nötigen Mehrheiten ergeben, der Beendigung der bisherigen Länder zu und finden sich gleichzeitig »uno actu« zum Träger der verfassungsgebenden Gewalt zusammen. Mit der Entscheidung über die Annahme des werdenden Landes bindet sich auf diese

Weise das neue Staatsvolk an die im Verfassungsrecht erwachsenden Vorgaben des Neugliederungs-Vertrags.⁷

Unter dem Blickwinkel der mit dem Volksentscheid vom 5. Mai 1996 versagten Zustimmung zum Neugliederungs-Vertrag bleibt die damit beabsichtigte Vorgehensweise zur Verfassungsgebung nicht kritiklos. Die durch die Konstruktion des »*uno actu*« legitimierte Vereinbarung über das Verfahren der Verfassungsgebung reduzierte das Recht des Souveräns des neuen Bundeslandes zur inhaltlichen Gestaltung der Grundzüge seiner Verfassung allein auf den späteren Abstimmungsakt. Eine zum Zweck der Verfassungsgebung vom Volk eigens gewählte verfassungsgebende Versammlung war damit ausgeschlossen, obgleich sie im Besitz des »*pouvoir constituant*« ist und einen höheren Rang inne hat als die gewählten Volksvertretungen.

7 Art. 8 des Staatsvertrages der Länder Berlin und Brandenburg über die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes vom 27. April 1995 (Neugliederungs-Vertrag), GVBl. S. 151.

Welche Anforderungen ergeben sich aus dem Prinzip der Volkssouveränität für die inhaltliche Gestaltung von Vorgaben für die Verfassung des neuen Bundeslandes?

Art. 9 des Neugliederungs-Vertrages bestimmte für den Fall, daß eine neue Verfassung nicht zustande kommt, daß der Grundrechtsteil der Landesverfassungen in Kraft bleiben sollte und im übrigen die Bestimmungen des Neugliederungs-Vertrages einschließlich des ihm beigefügten Organisationsstatuts weiter zu gelten hätten, bis eine gemeinsame Verfassung für das gemeinsame Bundesland in Kraft tritt.⁸

Wie die Diskussionen offenbarten, ist aber gerade diese Variante einer »*paktierten*« Verfassung mittels Staatsvertrag nicht unbedenklich, denn dabei verlieren die verfassungsgebende und die verfassungsändernde Gewalt ihre Kompetenzen an die in den Verhandlungen federführende Exekutive. Das Grundgesetz läßt *paktierte* Verfassungsänderungen nur bei wenigen völkerrechtlichen Verträgen zu und schließt sie sonst strikt aus. Auch nach dem Einigungsvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts gilt der Grundsatz, *paktierte* Verfassungsänderungen zu vermeiden.

8 Urteil ..., a. a. O., S. 45.

Hinzu treten Probleme aus der Natur der staatsvertraglichen Regelung zwischen zwei Bundesländern. Für den Sonderfall der Neugliederung des Raumes Berlin/Brandenburg gibt es keinen innerstaatlichen Vertragstyp, keine verbindliche Orientierung, keine Maßstäbe. Im Gegensatz zum Völkerrecht, wo Grundsätze für internationale Verträge manifestiert und erprobt sind, mangelt es dem innerstaatlichen Recht an Regeln und praktischen Erfahrungen. Gewisse völkerrechtliche Grundsätze können unter Umständen sinngemäß, keineswegs aber unmittelbar herangezogen werden.

Der Neugliederungs-Vertrag mußte eine Lösung der mit dem Doppelcharakter Berlins als »*Stadtstaat*« verbundenen Fragen vorgeben. Der Stadtstatus Berlins ist bei der Ländervereinigung besonders beachtlich. Der Vertrag hatte insofern auf die Vermeidung möglicher Konfliktfelder ausgerichtet zu sein, die schon der Verfassungs- und Gesetzgeber der Weimarer Republik durch die damalige moderne Kommunalverfassung weitgehend auszuschließen vermochte, indem er Aufgaben aus dem Aufgabenkreis einer früheren Provinz (in Preußen) übernahm.

Probleme wirft das im Neugliederungs-Vertrag vereinbarte Organisationsstatut auf. Es sollten gravierende Einschränkungen für die Staatsorganisation zur Geltung gelangen. So sollten die Rechte des Parlaments beschränkt werden – zum Beispiel im Hinblick auf die Rolle der Opposition, auf die Abgeordnetenrechte und auf die Unterrichtungspflicht der Regierung gegenüber dem Parlament. Erheblich erschwerende Veränderungen betrafen schließlich die Volksgesetzgebung. Das verfassungsrechtliche Gefüge zwischen den drei Gewalten wäre insgesamt in Richtung auf eine Stärkung der Exekutive verschoben worden.

Überdies wäre ein viel beachtetes Markenzeichen der Brandenburger Verfassung weggefallen: die Gestaltung des 2. Hauptteiles und hierbei insbesondere die Verknüpfung von Grundrechten und Staatszielen.

Die Staatsgewalt wäre künftig allenfalls an eingengegte Orientierungen für die Einzelfallregelung gebunden gewesen. Für Betroffene würde Rechtsunsicherheit sehr wahrscheinlich. Unklarheiten hätten sich in großem Maße darüber bilden können, ob und inwieweit Handlungsmaximen für staatliches Handeln überhaupt bestehen und auf welches Handeln sie materiell orientieren. Das Vertrauen auf Bestandsschutz von Einzelakten wäre erheblich gemindert. Die gebotene Meßbarkeit und Verlässlichkeit wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit gefährdet worden.

All dies stellte gegenüber der gültigen Verfassungsrechtslage in Brandenburg eine wesentliche Verschlechterung dar. Es zeichnete sich die Gefahr ab, daß mit Inkrafttreten des vereinbarten Organisationsstatuts der Sonderfall des Zusammenschlusses beider Bundesländer zum Dauerstreitfall werden könnte – wofür ebenfalls keine innerstaatlich erprobten Lösungsregeln existieren.

Zusammenfassend läßt sich sagen:

Ein Zeitraum »minderer Verfassung« in Gestalt fortbestehender Grundrechtsteile und eines wie auch immer gearteten Organisationsstatuts muß bei einem Neuanlauf zur Fusion verhindert werden. Insofern müssen auf der Suche nach dem zulässigen und geeigneten Weg der Bewahrung verfassungsrechtlicher Eckwerte neben einer »paktierten« Verfassung mittels Staatsvertrag zur Neugliederung auch andere Alternativen gleichwertig in Betracht kommen. Das betrifft insbesondere die Vereinbarung zur Wahl einer verfassunggebenden Versammlung.

Das Abstimmungsergebnis von 1996 zeigt deutlich, daß der mit dem Neugliederungs-Vertrag beschrittene Weg, den Souverän von der inhaltlichen Gestaltung seiner Landesverfassung weitgehend fernzuhalten, nicht gangbar ist. Das Votum des Souveräns des künftigen Bundeslandes lautete ja eben: So, wie es der Vertrag vorsah, will ich mich noch nicht.

Als notwendig erscheint daher, bei künftigen Fusionsbestrebungen die frühzeitige und breite Beteiligung des Volkes an der inhaltlichen Ausgestaltung der Fusionsregelungen im allgemeinen und der Verfassunggebung im besonderen zu sichern. Die mit Art. 118 a GG gegebene Chance einer Länderfusion »von unten« sollte nicht noch einmal durch eine nicht akzeptierte Neugliederungsvereinbarung vertan werden.

GÜNTER WIRTH

Hans Peters – ein Berliner Politiker

Offensichtlich ist seit Mitte der neunziger Jahre erst zögerlich und womöglich mehr subkutan, seit Ende der neunziger Jahre deutlicher und konturierter, seit einigen Monaten geradezu dramatisch Bewegung in das Parteiensystem der Bundesrepublik gekommen. Die 1990 wiederholt vom letzten Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière, vorgetragene Auffassung, die neuen Bundesländer würden Deutschland östlicher und protestantischer machen, hat sich freilich nur hinsichtlich der zuerst genannten Komponente bestätigt, überdies in einem anderen als in dem von dem CDU-Politiker intendierten Sinn.

Da in letzter Zeit mit Blick auf die Situation der Hauptstadt der Berliner Republik und auf die unverkennbare Aufwertung der PDS – von wem auch immer – oft genug die These verbreitet worden ist (sie allerdings von Ideologen und Apologeten dieses Prozesses), daß damit endlich Normalität einkehre, der Kalte Krieg endgültig überwunden und die deutsche Einheit erst recht eigentlich manifest werde, würde es sich schon lohnen, einmal einen Blick auf Überlegungen zu werfen, die zu unserer Problematik vor 55 Jahren angestellt worden sind. Vor 55 Jahren – das heißt in einer Konstellation, die zwar nicht völlige Normalität auszeichnen konnte, aus der indes nicht genau abzulesen war, ob die unverkennbaren Züge des Unnormalen *noch* mit denen (dann sozusagen normalen) der Auswirkungen des Krieges, der Kapitulation, der Debellatio, der Besatzung zu tun hatten oder *schon* mit den Genen des Kalten Krieges, der Spaltung der One World, die früh schmerzhaft und mehr als symbolisch in der Vier-Sektoren-Stadt realisiert werden mußte.

»Berlin, den 5. September 1946« ist das Vorwort eines Buchs, einer Streitschrift zur kulturellen Neuorientierung in Deutschland, datiert, das den Titel »Zwischen Gestern und Morgen« erhielt und alsbald im Springer-Verlag, dem renommierten Berliner wissenschaftlichen Verlag, erschien und Hans Peters zum Verfasser hatte.

Von diesem Autor, der heute wohl nur noch im Umfeld seiner wissenschaftlichen Disziplin, des Öffentlichen Rechts, und der zeitweilig von ihm präsierten Görres-Gesellschaft der katholischen Intellektuellen bekannt ist, ließe sich in der Rückschau allerdings mit Nachdruck feststellen, daß er gleichermaßen durch intellektuelle Kompetenz wie durch integrale Haltung zu einer Schrift prädestiniert war, für die er an hervorgehobener Stelle den Satz, geradezu die Losung formuliert hatte: »Weg über die Einheit der Kultur zum Europäertum und Rückkehr Deutschlands in die Völkerfamilie«.

Hans Peters war am 5. September 1896 in Berlin geboren, seine Schrift also an seinem 50. Geburtstag abgeschlossen worden. Er hatte

Günter Wirth – Jg. 1929, Publizist.
1973-1990 Chefredakteur beziehungsweise Herausgeber der evangelischen Monatszeitschrift STANDPUNKT; 1985-1993 Honorarprofessor für Neue und Neuere Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; bis September 1990 Leiter der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe des Vorsitzenden der DDR-CDU, Lothar de Maizière.
Zuletzt in UTOPIE kreativ, Heft 132 (Oktober 2001): Martin Luther King. Erinnerungen und Reflexionen.

Jura in Münster, Wien und Berlin studiert, war von 1923 bis Anfang 1933 im preußischen Kultus- und Innenministerium tätig und wurde 1928 als außerordentlicher Professor an die Friedrich-Wilhelms-Universität in Breslau berufen, an der er sich 1925 habilitiert hatte. 1933 auf der Liste des Zentrums in den preußischen Landtag gewählt, galt Peters als Nonkonformist, als der er 1940 den Vorsitz in der Görres-Gesellschaft übernahm – ein Amt, das er (wie 1933 sein Landtagsmandat) nur kurzzeitig ausüben konnte, da die Gesellschaft alsbald verboten wurde. Getreu seiner integren antinazistischen Haltung gehörte Peters zum Kreisauer Kreis des Grafen Moltke, und aus dem Tagebuch von Ruth Andreas-Friedrich, »Der Schattenmann«, wissen wir, daß Dr. Hinrichs, wie Peters – im Zweiten Weltkrieg Offizier in einem Luftwaffenstab – dort genannt wird, eine Berliner Widerstandsgruppe unterstützte und verfolgten Juden half.

1946 wurde Hans Peters, der 1945 die CDU in Hamburg mitbegründet hatte, als ordentlicher Professor an die Berliner Universität berufen. Ebenfalls 1946 wurde er in die Berliner Stadtverordnetenversammlung, in die noch *Gesamtberliner*, gewählt, und er wurde dort im November 1946 (zusammen mit dem später zur Sozialdemokratie übergetretenen Professor Kurt Landsberg) Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Dieses Amt hatte damals nicht nur erhebliches politisches, sondern auch intellektuelles Gewicht, wenn man berücksichtigt, daß dieser Fraktion Persönlichkeiten angehörten wie Joachim Tiburtius, der als seinerzeitiger Leipziger Universitätsprofessor gerade mit einer Schrift über »Christliche Wirtschaftsordnung« im Verlag der Ostberliner »Neuen Zeit« hervortrat, und die (auch als Autorin) bekannte Schauspielerin Hilde Körber, und mit Ferdinand Friedensburg war ein CDU-Bürgermeister am Wirken, der seinerseits als brillanter Intellektueller auch jenseits seiner politischen Funktionen und Fachwissenschaft galt (so auch als Verfasser eines frühen bedeutenden Buchs über die Weimarer Republik) und bis 1948 Brücken über die sich vertiefenden Gräben in der ehemaligen Reichshauptstadt zu schlagen wußte, dies auch mit Hilfe seiner Bekanntschaften als Vizepräsident des Kulturbundes.

Für seine politische Tätigkeit in seiner Heimatstadt, aus der vor allem die verantwortliche Mitarbeit bei der Ausarbeitung einer noch auf Gesamtberlin zielenden Verfassung herausragt, war Peters mit der eingangs erwähnten Schrift gut gerüstet, nicht zuletzt deshalb, weil sich in ihr klar- und weitsichtige geschichtsphilosophische und kulturpolitische Überlegungen ebenso fanden wie präzise Vorschläge des Verwaltungsjuristen für die praktische Umsetzung einer neuen Kultur- und Bildungspolitik unter den Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Hierbei konnte der Berliner Ordinarius und CDU-Politiker von Erwägungen ausgehen, die in seiner 1928 (auch bei Springer) veröffentlichten Arbeit über »Zentralisation und Dezentralisation« formuliert waren. Übrigens folgte dem Buch von 1946 sehr bald ein politischer Traktat über den deutschen Föderalismus. (Auf seine fachwissenschaftlichen Veröffentlichungen, u. a. sein Lehrbuch der Verwaltung, und rechts-historische Untersuchungen kann hier nicht eingegangen werden.)

Um es nur mit einigen Strichen anzudeuten, ist die Konzeption der Kultur, ist das Bildungsideal für Peters in seiner Schrift nicht »eine abstrakte Verstandeskonstruktion« – es müsse sich vielmehr aus »unserer geistigen Heimat, aus der deutschen Vergangenheit entwickeln lassen«.

Wenn er dieses Bildungsideal dann formelhaft als »abendländisches« bezeichnete, so war damit in der inhaltlichen Begründung mehr gemeint, als man gemeinhin damals mit diesem Begriff verband:

»... Sein Inhalt beruht auf den hauptsächlichsten geistigen Strömungen der letzten 2 000 Jahre und findet im wesentlichen seinen Niederschlag in fünf Grundfaktoren: Antike und Humanismus, Christentum, Rationalismus, Romantik und Technisierung des Lebens. Die Synthese aus diesen fünf Geistesrichtungen, die dem Geistesleben des abendländischen, besonders des deutschen Menschen entscheidende Antriebe gegeben haben, gilt es zu finden. Man sage nicht, dies sei wegen ihrer inneren Verschiedenheit unmöglich. Spannungen sind es ja gerade, die schöpferisches Wirken anregen und entfalten. Auch der Einzelmensch lernt vieles und sammelt mancherlei Erfahrungen, die zunächst in sich widerspruchsvoll sind.«

Entscheidend für Peters ist, daß diese Synthese »von jedem der fünf Grundfaktoren her gewonnen« werden könne; freilich müßten die zunächst vernachlässigten beziehungsweise »zurückgestellten« je vier anderen nachträglich aufgenommen und berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang geht Peters 1945/46 aus der damals konkreten historischen und speziell aus der Berliner Situation heraus noch einen Schritt weiter, indem er auf die »einzigartige Gelegenheit« hinweist, hier »die Verbindung mit den Kräften des Ostens zu schaffen«.

Wir hatten ja schon festgehalten, daß für Ferdinand Friedensburg analoge Überlegungen und politische Strategien eine Rolle spielten, und man kann hinzufügen, daß auch andere Berliner Gelehrte und Intellektuelle, die aus bildungsbürgerlicher Tradition kamen, damals auf ähnlichen Wegen zu finden waren, etwa der (dann allerdings früh verstorbene) Osteuropahistoriker und frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Otto Hoetzsch, der Soziologe Alfred Vierkandt, die Philosophin und Leibniz-Forscherin Liselotte Richter, der protestantische Publizist Erich Müller-Gangloff, um nur sie zu nennen.

Von seinen grundsätzlichen Erwägungen aus nahm Hans Peters zu allen entscheidenden kultur- und wissenschaftspolitischen Problemen Stellung – in der Hoffnung, daß in der noch offenen Situation manches von dem, was er vorschlug, realisiert werden könne. Der Universitätsreform, der Reform des höheren Schulwesens, den Künsten, dem öffentlichen Vortragswesen und der Stellung der Kirche in der Gesellschaft sind ebenso große Abschnitte gewidmet wie dem Verhältnis von Recht und Moral und dem, was er »Staatsethik« nannte, und wenn er theoretische Gesichtspunkte hierzu entwickelte, dann sofort auch sehr konkrete zu denen, die nach seiner Meinung insonderheit zu Staatsethik verpflichtet wären, nämlich zu den Beamten. Für sie hatte er in einem Exkurs seines Buchs sogar ein präzise ausgearbeitetes thematisches Programm für eine mehrwöchige Fortbildung vorgelegt. Nicht zuletzt gibt es einen Abschnitt dieses Buchs (es ist der abschließende) mit der höchst aktuellen Überschrift: »Staatssekretariat für Kulturangelegenheiten?« Das Fragezeichen ist allerdings rhetorisch, ging doch Peters von der Notwendigkeit einer derartigen zentralen Einrichtung aus unter Berücksichtigung der »Dezentralisation und Selbstverwaltung als Grundlage unseres kulturellen Lebens«.

Das vorletzte Kapitel des hier besprochenen Buchs ist nun aber dem gewidmet, worauf in besonderer Weise und aus sozusagen gegebener

Veranlassung hingewiesen werden sollte: »Parteibildung und Kultur«. Nach subtilen historischen Analysen und zeitgenössischen Bewertungen kam Peters zu dem Ergebnis, »daß das Parteiwesen sich eigentlich in vier Gruppen« – unter den deutschen Nachkriegsbedingungen – zusammenfassen ließe:

- »1. einer kollektivistisch-sozialistisch-(marxistisch-)materialistisch-revolutionären Gruppe,
2. einer personalistisch-solidarisch-christlich-evolutionären Gruppe,
3. einer individualistisch – liberal – kapitalistisch – fortschrittlichen Gruppe,
4. eine vierte, in einzelnen Teilen Deutschland problematisch gewordene, in anderen sehr starke Gruppe folgt aus unserer Parteigeschichte, weil die Radikalität der Gruppe zu 1. zu einer Gruppierung geführt hat, die gemäßigt erscheint und eine beachtliche Revision früherer Grundsätze vorgenommen hat; vielleicht entwickelt sich hier eine aus dem Rahmen dieses deutschen Systems fallende Labour-Party deutscher Art.

Somit ist die Existenzberechtigung für folgende vier, bisher in der Praxis in Erscheinung getretene, mit früheren Namen abgekürzte Parteien erwiesen, nämlich zu 1.: Kommunisten, zu 2.: Christliche, zu 3.: Liberale, zu 4.: Sozialdemokraten.« An dieser Stelle fügte Peters hinzu, daß im Osten Deutschlands die Unterschiede zwischen 1 und 4 als offenbar »nicht mehr so groß angesehen würden, so daß die SED entstanden sei. Und dann allerdings in der Verhaltenheit scharf formuliert und Kurt Schumacher beschwörend: »Wieweit das auch anderwärts in Betracht kommt, hängt von der selbständigen Haltung der Sozialdemokratie und der Beibehaltung ihres Terror, Radikalismus und Kirchenfeindlichkeit ablehnenden Programms ab.«

Auffällig an der Charakterisierung der vier Gruppen ist, daß Peters als Ordinarius an der Ostberliner Universität offenbar stark unter dem Eindruck der revolutionären Dynamik stand, die damals die erste Gruppe zu entfalten schien, obwohl schon beim Erscheinen des Buchs klar war, daß nach dem Ergebnis der Wahlen in Berlin im Oktober 1946 das eigentlich dynamische Element die vierte Gruppe geworden war. Allerdings hatte in diesen Wahlen auch die zweite Gruppe überraschenderweise die erste und die im Bürgertum als favorisiert geltende dritte überrunden können, was womöglich mit den von Peters genannten Leitlinien des Solidarismus und des Personalismus zusammenhing, also mit geistig-politischen Erscheinungen, die im katholischen Umfeld entstanden waren, aber über dieses hinaus wirkten: Solidarismus, theoretisch geprägt von dem Jesuitenpater Heinrich Pesch und politisch adaptiert von Matthias Erzberger, Personalismus, theoretisch entfaltet von Emmanuel Mounier und politisch bewährt in der französischen Widerstandsbewegung.

Es ist nun aufschlußreich genug und über das zeitgeschichtlich Interessante hinaus der eigentliche Anlaß, auf das Buch und seine Erwägungen von 1946 zurückzukommen, daß wir uns im Berlin von heute in dieser Hinsicht fast wieder dem Berlin von 1946 nähern, sind doch – die Bündnisgrünen konnte ein Analytiker von 1946 natürlich noch nicht im Blickfeld haben – bei den Wahlen in Berlin im Oktober 2001 erstmalig diese vier Gruppen wieder so konturiert in Erscheinung getreten. Fast, mußte einschränkend festgehalten werden, da

klar ist, daß die 1946 porträtierten Gruppen heute nicht mehr dieselben sind, da sie – die einen so, die anderen so – einiges (um es im Understatement zu sagen, was etwa hinsichtlich der ersten Gruppe nicht so leicht fällt) hinter sich gebracht haben; es sind Mutierungen, Ableitungen dieser Gruppen, die einen mehr, die anderen weniger.

Letztlich sind es indes nicht diese differenzierenden Momente, die die damaligen Analysen des Staatsrechtlers und CDU-Politikers als eine jenseits des Anekdotischen relevante Modellierung des Parteiensystems erscheinen und sie uns gewissermaßen als Maßstab für die Bewertung heutiger Prozesse annehmen lassen. Es ist vielmehr der einleitend schon genannte und gegenwärtig immer wieder neu beschworene Umstand, daß aus der Berliner Krise im Frühjahr 2001 politische Konstellationen entstanden sind, die – über einige neue Bundesländer hinaus – das Parteiensystem in Berlin (und damit womöglich in der Berliner Republik überhaupt?) in Bewegung gebracht haben, also neben der Rückkehr der F.D.P. ins Berliner Abgeordnetenhaus vor allem die Aufwertung der PDS, die dies nicht allein als Aufwertung Ostberlins, sondern als die Herausformung eines normalen Gesamtberlin agitatorisch interpretiert.

Unabhängig davon, wie man zu diesen Konstellationen und ihren Interpretationen steht: Die seinerzeitigen Analysen von Hans Peters gewinnen gerade unter solchen Aspekten ihre eigentliche Pointe, war doch sein Wirken bis 1949 auf Gesamtberlin gerichtet, konnte er also nicht als jemand angesehen werden, der sich in die Gräben des Kalten Krieges gestürzt hätte. Ja, zur allgemeinen Überraschung versuchte er noch über die Berliner Brüche von 1948 (Währungsreform, Blockade, Sezession aus der Ostberliner Universität, Bildung des Ostberliner Magistrats, Westberliner Wahlen) Brücken zu bauen. Er blieb an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität, die inzwischen diesen Namen erhalten hatte, ging nicht den Weg mancher seiner Kollegen an die FU (wie etwa der Professor für Zivilrecht Günter Brandt, der 1946/47 erster Chefredakteur des Kulturbund-»Sonntag« gewesen war), konnte Unter den Linden 1949 allerdings auch noch die Lehrbeauftragten Dr. Harald Poelchau, mit ihm als »Kreisauer« verbunden, und Dr. Dr. Helmut Brandt, der unter dem Fraktionsvorsitzenden Peters CDU-Stadtverordneter gewesen war und der 1950 verhaftet wurde, begrüßen, um dann im Herbst 1949 eine Berufung nach Köln anzunehmen (im Vorlesungsverzeichnis der Humboldt-Universität noch einige Zeit als Gastprofessor ausgewiesen).

In Köln war Hans Peters, um dies abschließend nur anzudeuten, wieder in der Stadtpolitik für die CDU tätig (Ratsherr). 1949 wurde er neuerlich Präsident der von ihm wiederbegründeten Görres-Gesellschaft, und bis zu seinem Tod 1966 legte er zahlreiche weitere wissenschaftliche Veröffentlichungen vor. So setzte er in einer Interpretation des Grundgesetzes der Bundesrepublik den Akzent auf die Wertorientierung der Staatsgewalt und stellte, wie Paul Mikat hervorgehoben hat, heraus, daß öffentliche Gewalt »an das Wertsystem« gebunden sei, »das sich historisch als abendländische Kulturauffassung herausgebildet« habe. Es war das der Ansatz des Buchs von 1946 gewesen.

Übrigens: Die diesjährigen Berliner Wahlen finden fast auf den Tag 55 Jahre nach denen von 1946 statt.

HANS-GEORG DRAHEIM

Fritz Behrens und Arne Benary als kritische Vordenker einer sozialistischen Wirtschaftstheorie

Das Problem

Die Frage, ob Sozialismus und Warenproduktion (Markt) miteinander vereinbar seien, wird innerhalb der politischen Linken nach wie vor kontrovers diskutiert. Sie spaltet zugleich die marxistische Linke in Befürworter und Gegner der These, daß Sozialismus ohne Warenproduktion theoretisch wie praktisch nicht denkbar sei. Die Befürworter dieser Auffassung, wozu vor allem Fritz Behrens und Arne Benary gehörten, berufen sich auf Marx, indem sie dessen Aussage, daß Sozialismus und Warenproduktion einander ausschließen, mit Blick auf die historische Erfahrung, auf die spezifisch kapitalistische Form der Warenproduktion beziehen. Die »wechselseitige Veräußerung« des Arbeitsproduktes als Ware, die aus der »Isolierung« der Produzenten entspringe, verschwinde, wie sich zeige, noch nicht durch die bloße Aufhebung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln und ihrer Vergesellschaftung. Ausschlaggebend sei vielmehr das absolute Niveau der Produktivkräfte.¹ Die Gegner dieser Auffassung hingegen stützen sich gleichfalls auf Marx, indem sie die Marxsche Kritik der Warenproduktion grundsätzlich auf alle Gesellschaftsformen und damit auf die Warenproduktion schlechthin beziehen.²

Diese kontroverse Marx-Interpretation ist in der politischen wie wirtschaftswissenschaftlichen Literatur und Debatte weit verbreitet, sie findet sich sowohl bei orthodoxen Verfechtern der Marxschen Lehre als auch bei den als modern geltenden demokratischen Sozialisten. Vieles dreht sich dabei um die bekannte These aus dem *Kommunistischen Manifest*, daß die Kommunisten »ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen«³ können. Was jedoch verstehen Marx und Engels unter »Aufhebung des Privateigentums«, wo sie doch an anderer Stelle von der »Abschaffung des Privateigentums« sprechen? Und was verstehen sie unter »Privateigentum«, wenn sie an anderer Stelle von »bürgerlichem Eigentum« sprechen?

Mit einiger Berechtigung kann angenommen werden, daß sie beim »Privateigentum« das »kapitalistische« Eigentum im Auge hatten, und zwar im Unterschied zum Eigentum der »kleinen Warenproduzenten«. Dies zu akzeptieren, wäre für eine Konsensfindung innerhalb der politischen Linken wie für die Sozialismustheorie von signifikanter Bedeutung. Es wäre auch mit Blick auf die geschichtliche Erfahrung die Grundlage für die Anerkennung der Tatsache, daß die Existenz von Ware, Wert und Wertgesetz im Sozialismus unverzichtbar ist.

Hans-Georg Draheim – Jg. 1938; Dr. oec. habil., i. R., studierte Wirtschaftswissenschaften, arbeitete in Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistik, insbesondere der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ehrenamtlich in der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e.V. aktiv; veröffentlicht Konjunkturanalysen und Beiträge zur deutschen Wirtschaft und zum Ausland sowie zur wirtschaftspolitischen Debatte der Linken; zuletzt in der Zeitschrift Sozialismus »Für eine Strategie des langen Weges« (Heft Nr. 3/02).

Trotz der scharfsinnigen Marxschen Analyse der kapitalistischen Ökonomie, ihrer Keimzelle (Ware), Triebkraft (Profit) und Mechanismen (Marktkonkurrenz), blieben die ökonomischen Elemente, Maßstäbe und Antriebskräfte sowie der Mechanismus einer sozialistischen Ökonomie bei ihm weitgehend im dunkeln. Marx kam über die Analyse und Negation der bürgerlichen beziehungsweise kapitalistischen Ökonomie nicht hinaus. Es fehlte der nächste Schritt: die Negation der Negation. Diese Aufgabe, verbunden mit der Suche nach theoretischen Kompromissen, überließ er der Nachwelt.

Konfrontiert mit dem Versuch der Entwicklung einer Theorie sozialistischen Wirtschaftens hat Fritz Behrens das Problem auf den Punkt gebracht: »Seit 50 Jahren wird der sozialistische Gedanke verwirklicht, und in den Ländern, in denen der Sozialismus verwirklicht wird, können die Furien des Privatinteresses die freie wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der politischen Ökonomie folglich nicht mehr behindern. Wie aber kommt es, daß der ›Kritik der politischen Ökonomie‹ noch kein Werk über die sozialistische Ökonomie an die Seite gestellt werden kann, das – wenn es auch nicht das Niveau des ›Kapital‹ erreicht – doch wenigstens den Werken der klassischen bürgerlichen Ökonomie an die Seite zu stellen ist, deren Gedanken Marx in dem bekannten dreifachen Sinn ›aufhob‹? Warum kann die politische Ökonomie des Sozialismus – wenn man von den frühen zwanziger Jahren absieht – über Empirismus und im Höchstfall Historismus nicht hinaus?«⁴ Diese »Lücke« in der ökonomischen Theorie des Sozialismus war immer wieder Ursache scharfer Angriffe gegen die wissenschaftlichen Grundlagen einer marxistischen politischen Ökonomie der Sozialismus.⁵

Zu den schärfsten wissenschaftlichen Kritikern des Sozialismus gehörte der Österreicher Friedrich August von Hayek, ein führender Vertreter des orthodoxen Liberalismus, der die entscheidende Schwachstelle der sozialistischen theoretischen Ökonomie, das Fehlen einer Wirtschaftsrechnung, bloßlegte und das Versagen des Sozialismus vorausahnte. Der konservative Ökonom Ludwig von Mises leitete die »logische und praktische Unmöglichkeit des Sozialismus« aus einer grundsätzlichen Kritik der theoretischen Grundlagen des Staatssozialismus mit dessen zentralistischer Planwirtschaft her. In der »Sozialismus-Debatte« der dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts setzten sich von Hayek und von Mises mit Sozialismustheoretikern auseinander, die schließlich einräumen mußten, das Problem der Wirtschaftssteuerung im staatssozialistischen System nicht überzeugend theoriegestützt lösen zu können. Einer der wichtigsten Kontrahenten in dieser Kontroverse, der polnische Ökonom Oskar Lange, entwickelte als eine Art Kompromiß die Idee eines »Konkurrenz-Sozialismus«.⁶

Auch innerhalb des staatssozialistischen Systems gab es immer wieder Versuche, in diese theoretische Lücke, die – bei Marx beginnend – in der ökonomischen Theorie des Sozialismus klaffte, vorzustoßen. Diese Versuche sind nicht nur mit bedeutenden Namen, wie Bucharin, Kardelj, Dubček und Otta Šik, sondern auch mit bedeutenden historischen Ereignissen in Ungarn und Polen 1956 sowie nicht zuletzt mit dem Prager Frühling von 1968 verbunden. So kam es in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts durch

Mit diesem Aufsatz wird die Veröffentlichung von Beiträgen zu alternativen Ansätzen in der Wirtschaftstheorie, die wir mit dem Aufsatz von Günter Krause im Heft 143 begonnen haben, fortgesetzt.

»An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist ...«. Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 482.

»Wer durch sein Produkt sein eigenes Bedürfnis befriedigt, schafft zwar Gebrauchswert, aber nicht Ware. Um Ware zu produzieren, muß er nicht nur Gebrauchswert produzieren, sondern Gebrauchswert für andre, gesellschaftlichen Gebrauchswert... Um Ware zu werden, muß das Produkt dem andern, dem er als Gebrauchswert dient, durch den Austausch übertragen werden.« Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Band 23, S. 55.

die *Neue Ökonomische Politik* (NÖP) zur verstärkten Nutzung von Marktbeziehungen in der sowjetischen Wirtschaft und zur Diskussion der ökonomischen Probleme des Sozialismus.⁷ Nach der abrupten Wende von 1929 zur administrativen Wirtschaftssteuerung hin kam es in den fünfziger Jahren unter den Ökonomen der DDR und den anderen ehemals sozialistischen Ländern zu einer umfassenden theoretischen Debatte zu Problemen der Warenproduktion und des Wertgesetzes im Sozialismus.⁸ Doch alle Bemühungen um eine Entdogmatisierung einer sozialistischen Ökonomie scheiterten, und zwar aus politischen Gründen, im Interesse der Aufrechterhaltung einer Ordnung, die jede Form wirklicher Dezentralisierung und eine noch so eingeschränkte Autonomie der Produzenten von vornherein ausschloß.

»Seit 50 Jahren wird der sozialistische Gedanke verwirklicht, und in den Ländern, in denen der Sozialismus verwirklicht wird, können die Furien des Privatinteresses die freie wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der politischen Ökonomie folglich nicht mehr behindern. Wie aber kommt es, daß der ›Kritik der politischen Ökonomie‹ noch kein Werk über die sozialistische Ökonomie an die Seite gestellt werden kann, das – wenn es auch nicht das Niveau des ›Kapital‹ erreicht – doch wenigstens den Werken der klassischen bürgerlichen Ökonomie an die Seite zu stellen ist...«

Fritz Behrens: Erste Fassung der Rede zum Colloquium ›Kritik der politischen Ökonomie heute‹. 100 Jahre ›Kapital‹, Frankfurt am Main, September 1967.

In diesen Kontext der Suche nach einer ökonomischen Theorie des Sozialismus gehören auch die theoretischen Positionen von Fritz Behrens und Arne Benary zur Rolle der Warenproduktion im Sozialismus, zur Kritik und Reform einer Ökonomie, die ohne elementare ökonomische Triebkraft, ohne ökonomischen Maßstab und ohne ökonomischen Mechanismus auf Dauer nicht lebensfähig sein kann.

Die bisherige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft hat in der Tat gezeigt, daß eine moderne und effiziente gesellschaftliche Produktionsweise in grundlegenden Bereichen der Wirtschaft ohne die Nutzung von Formen des Marktmechanismus auf Dauer nicht existenzfähig ist. Das aber schließt die Entwicklung neuer Formen sozialer und wirtschaftlicher Kooperation, wie sie beispielsweise Non-Profit-Organisationen darstellen, keinesfalls aus, sondern ist im Gegenteil dafür die ökonomische Voraussetzung. Das Scheitern des sowjetischen Modells einer staatssozialistischen Gesellschaftsform hat die Bedeutung einer effizienten Ökonomie für den sozialen Fortschritt und das Fehlen einer entsprechenden ökonomischen Theorie nachhaltig unterstrichen.

Vor dem Hintergrund neuer Anstrengungen zu einer theoretischen Fundierung eines demokratischen Sozialismus erscheinen die ökonomischen Auffassungen von Fritz Behrens und Arne Benary für die politische Linke – nicht nur in Deutschland – nach wie vor bedeutsam wie aktuell. Als marxistische Denker haben sie versucht, zum Staatssozialismus wie zum Kapitalismus eine demokratische Alternative aufzuzeigen. Auch andere Theoretiker, wie zum Beispiel Gunther Kohlmey und Herbert Wolf, gehören im weiteren Sinne zu den ökonomischen Vordenkern eines demokratischen Sozialismus. Doch kommt Behrens und Benary in der frühen DDR zweifellos ein herausragender Platz im theoretisch-geistigen Ringen um die wissenschaftliche Erkenntnis zu, daß der Zentralismus (des Staates oder der Partei) in der Wirtschaftsführung sowie die ökonomische Selbständigkeit der Wirtschaftseinheiten sich gegenseitig ausschließen. Sie plädierten dafür, das Diktat des zentralen Plans durch eine Form (indirekter) ökonomischer Lenkung zu ersetzen.⁹

Diese Vorstellungen gingen der SED-Führung jedoch zu weit. Die Parteiführung befürchtete die Einschränkung ihrer unumschränkten Führungsrolle, die bis in jede Wirtschaftseinheit, bis in die kleinste Belegschaft hineinzureichen hatte. Die Partei distanzierte sich von den Vorstellungen der beiden Wirtschaftswissenschaftler, was zu-

gleich mit ihrer politischen Maßregelung verbunden war. Das erklärt einerseits zugleich die Tatsache, daß Behrens und Benary dem Kreis der von der SED-Führung ausgewählten Wirtschaftsreformer in den sechziger Jahren nicht angehörten. Andererseits waren Behrens und Benary offensichtlich der festen Überzeugung, daß die vorgesehenen Reformen im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) ohne die volle Durchsetzung der ökonomischen Selbständigkeit der Wirtschaftseinheiten und ohne den Übergang von der zentralistischen zur indirekten Wirtschaftsführung wirkungslos bleiben mußten.

Wege zu Marx

Fritz Behrens und Arne Benary verfolgten mit Engagement und Leidenschaft den von der DDR eingeschlagenen Weg, doch blieb das Bemühen um Objektivität die bestimmende Grundlage und der wichtigste Bezugspunkt ihres wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Wirkens. Sie gehörten zur ersten Generation beziehungsweise zur Nachwuchsgeneration von marxistischen Wirtschaftswissenschaftlern in der DDR und prägten das Profil der heranwachsenden Schule von sozialistischen Ökonomen entscheidend mit.

Fritz Behrens erfuhr seine politische und wissenschaftliche Sozialisation in der Weimarer Republik und unter der Nazidiktatur. Schon im Alter von 19 Jahren hatten sich bei Behrens nachhaltig das Interesse für die Politische Ökonomie des Sozialismus und die Neigung für eine akademische Laufbahn herauskristallisiert. Entscheidende Impulse hierzu kamen von der Lektüre des *Kapital* und weiterer Schriften von Karl Marx sowie durch die Bekanntschaft mit Werken von Fichte und Kant. Seine beruflichen Neigungen waren eng verbunden mit einer großen Aufgeschlossenheit für die sozialen Probleme seiner Zeit, die auch im engsten Umfeld seiner Heimatstadt Rostock sichtbar waren. Er bekam Kontakt zum sozialdemokratischen Milieu dieser Stadt, wurde 1926 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und der Sozialdemokratischen Partei. 1932 trat er in die Kommunistische Partei ein. Bemerkenswert ist sein frühes politisches Bekenntnis aus jener Zeit: »Mein Leben hatte... – wie ich glaubte – einen Inhalt: den Kampf für den Sozialismus.«¹⁰

Von da an arbeitete Behrens, wie sich später zeigen sollte, zielstrebig an der Vervollkommnung seiner wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten. Auf Anregung seines sozialdemokratischen Freundes Alfred Dietze besuchte er die Heimvolkshochschule in Leipzig-Connewitz. Hier erwarb er, sozusagen auf dem zweiten Bildungsweg, im Jahre 1931 das Abitur und studierte bis 1936 Volkswirtschaft und Statistik an der Leipziger Universität. Offenbar erkannte Professor Meerwart, sein Mentor in den Universitätsjahren, die Neigung und das Talent des jungen Behrens für die wissenschaftliche Arbeit. Er förderte dessen Begabungen durch die Vermittlung an das Statistische Reichsamt Berlin, danach an das statistische Reichsamt und an die Karlsuniversität in Prag. An der Prager Universität nahm er einen Lehrauftrag auf dem Gebiet der Statistik wahr. Erwähnenswert ist, daß Behrens in jenen Jahren in Prag sein politisches Engagement in der Illegalität fortsetzte.

Auf Grund seiner wissenschaftlichen Biographie sowie der ungebrochenen sozialistischen Grundüberzeugung gehörte Behrens nach

»Die ›wechselseitige Veräußerung‹ des Arbeitsproduktes als Ware, die aus der ›Isolierung‹ der Produzenten entspringt, verschwindet aber, wie die geschichtliche Erfahrung lehrt, noch nicht durch die bloße Aufhebung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln und ihre Vergesellschaftung.«
Fritz Behrens: *Ware, Wert und Wertgesetz*, Berlin 1961, S. 16.

dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu den Pionieren des gesellschaftlichen Neubeginns in Ostdeutschland. Während seiner Tätigkeit ab 1945 als Mitglied der Kreisleitung der KPD sowie als Stadtrat für Volksbildung und Erziehung in Zwickau bewarb er sich bereits im Jahre 1946 erfolgreich um eine Dozentur an der Universität in Leipzig, die zum Ausgangspunkt einer ungewöhnlichen wissenschaftlichen Karriere werden sollte. Doch nicht nur auf wissenschaftlichem Gebiet, zunächst als Universitätsprofessor für Politische Ökonomie und Statistik in Leipzig, sondern auch im unmittelbar politischen Bereich bekleidete Fritz Behrens im Verlaufe seines Lebens herausragende öffentliche Positionen, zum Beispiel als Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und Mitglied der Regierung der DDR in der Zeit von 1955 bis 1957. Die Leipziger Jahre, die Behrens später als die wissenschaftlich und politisch fruchtbarste Zeit seines Lebens bezeichnet hat, brachten aus zwei Gründen die wichtigste Zäsur in seinem Leben:

Erstens fiel in diese Zeit das Zusammentreffen mit Arne Benary, seinem Schüler und wichtigsten wissenschaftlichen Wegbegleiter. Die ›Leipziger Jahre‹ markierten nicht nur einen Wendepunkt im Leben dieser beiden Wirtschaftswissenschaftler, sie waren auch die Zeit einer gravierenden Wende in der Entwicklung der DDR. Zweitens erlebte Behrens in jenen Jahren den Beginn der Umwandlung des Marxismus von einer lebendigen ökonomischen Wissenschaft zum politische Dogma des »Sowjetmarxismus«.

Gesellschaftlicher Neubeginn

Zu den Pionieren des gesellschaftlichen Neubeginns im Osten Deutschlands gehörten neben Fritz Behrens zunächst weitere herausragende gesellschaftliche Persönlichkeiten wie Ernst Bloch, Robert Havemann, Wolfgang Abendroth, Hans Mayer und Walter Markov. Ihr Denken und Handeln war wesentlich geprägt vom Marxschen Gedankengut und von ihrer solidarischen Verbundenheit mit der Sowjetunion. Doch von Anfang an war ihr Streben darauf gerichtet, im Osten Deutschlands einen eigenen demokratischen Weg sozialistischer Entwicklung zu gehen. Ein Sozialismus nach dem Modell der Sowjetunion war nach ihrer Auffassung für Deutschland auf Grund der unterschiedlichen geschichtlichen und demokratischen Tradition der beiden Länder nicht möglich. Doch unter Stalins Herrschaft war die Sowjetunion in jener Zeit nicht bereit, innerhalb ihres politischen Einflusses eine eigenständige und von der Sowjetunion abweichende sozialistische Entwicklung zuzulassen. Der Aufbau der künftigen ideologischen, politischen und ökonomischen Machtstrukturen verblieb aus naheliegenden Gründen ausschließlich in den Händen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) sowie eines engen Kreises von KPD-Funktionären. In der Folge kam es schon bald durch die Beschränkung und Festlegung auf den »Sowjetmarxismus« zur ersten »Marxismus-Enteignung« im damaligen Ostdeutschland beziehungsweise in der DDR.¹¹

Wolfgang Abendroth und weitere marxistische Intellektuelle, die schon sehr früh den Irrweg des DDR-Sozialismus erkannten, gingen in den Westen. Andere Wissenschaftler, unter ihnen Walter Markov,

der aus der SED ausgeschlossen wurde, sowie Fritz Behrens, den man öffentlich des »Objektivismus« bezichtigte, wurden ideologisch »abgemahnt«. Dennoch verfolgte der größte Teil von ihnen mit Engagement den eingeschlagenen Weg des Neubeginns in Ostdeutschland. Der Marxismus kämpfte im damaligen Ostdeutschland, so an den Universitäten und Hochschulen, aber auch anderswo, noch um seine gesellschaftliche Anerkennung. Selbst mit der Staatsgründung der DDR war der staatliche Plan noch kein Staatsplan, das gesellschaftliche Eigentum kein Staatseigentum und die SED noch keine Staatspartei im späteren Sinne. Der Weg für die Gesellschaft war objektiv gesehen noch offen für eine Entwicklung zu einem demokratischen Sozialismus, der Weg in die Diktatur des Staatssozialismus somit keinesfalls schon endgültig vorgezeichnet.

In dieser Zeit, so ist aus heutiger Sicht anzumerken, begannen die ersten großen Debatten um den Sozialismus in der DDR.¹² Auch gilt es festzuhalten, daß durch das politische Tauwetter, das nach dem Tode Stalins und nach dem 20. Parteitag der KPdSU eintrat, diese Diskussionen auch in der breiten Öffentlichkeit wesentlich befördert worden sind. Fritz Behrens und Arne Benary waren die geistigen Väter und Initiatoren einer kritischen marxistischen Debatte über die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der DDR.

Marxistische Kritik und ökonomische Alternative

Behrens und Benary hatten in den ökonomischen Problemen der frühen fünfziger Jahre bereits die Kernfrage der staatssozialistischen Wirtschaftsweise erkannt, haben diese wissenschaftlich analysiert und Wege zur Veränderung aufgezeigt. Der magische Punkt war die administrative Führung der Wirtschaft durch den Staat und die Partei, die zum Hemmschuh der Entwicklung geworden war.

Behrens und Benary schlugen vor, die Selbständigkeit der Betriebe, die stärkere Motivation des einzelnen und die ökonomische Lenkung der Handlungen zum Springpunkt einer effizienteren sozialistischen Wirtschaftsweise zu machen. Dabei stellten sie die Bedeutung des Staates und der Partei bei der Leitung der Gesellschaft und der Wirtschaft nicht grundsätzlich in Frage. Sie hatten lediglich eine andere Vorstellung von ihrer praktischen Umsetzung und befürworteten den Übergang von der administrativen zur ökonomischen Führung der Wirtschaft. Ihre konkreten Vorstellungen lassen sich an Hand von zwei zentralen Thesen ihrer ökonomischen Grundauffassung zur Wirtschaftslenkung im Sozialismus verdeutlichen:

Erstens ging es ihnen um das im Prinzip noch ungelöste *Triebkraftproblem* des wissenschaftlich-technischen Fortschritts beziehungsweise das Innovationsproblem im Sozialismus. Vor allem Benary hat sich mit dieser Frage wissenschaftlich beschäftigt und intensiv an ihrer Lösung gearbeitet. Mit der Beseitigung der privaten, kapitalistischen Wirtschaft, so stellte Benary fest, entstehe das zweifache Problem, worin unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums der Motor des technisch-ökonomischen Fortschritts und der Regulator der Produktion bestehe.¹³ Er war der Auffassung, daß unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums die »schöpferische Aktivität und Initiative« des einzelnen objektiv zur »ausschlaggebenden Triebkraft des technisch-ökonomischen Fort-

»Nicht das relative Niveau der Vergesellschaftung der Produktion, d. h. ihre einheitliche Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft, ist für das Verschwinden der Warenproduktion entscheidend, sondern ihr absolutes Niveau, das auf Grund des hohen Standes der Entwicklung der Produktivkräfte zu einem hohen Stand der Konzentration führt, daß einerseits die Zersplitterung der Betriebe in zahlreiche wirtschaftlich-organisatorisch selbständige Einheiten überwunden und daß andererseits die Verteilung gemäß den Bedürfnissen möglich wird.« Fritz Behrens: *Ware, Wert und Wertgesetz*, Berlin 1961, S. 28.

schritts« werde. Praktisch ging es um die Erhöhung des individuellen Beitrags zum sowie des Anteils am gesellschaftlichen Produkt durch den technisch-ökonomischen Fortschritt. Die so verstandene schöpferische Aktivität und Initiative des einzelnen sowie die planmäßige, bewußte Leitung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses seien somit die zwei entscheidenden Faktoren der »Überlegenheit der sozialistischen über die kapitalistische Produktionsweise«¹⁴.

Aber die Praxis zeigte, daß es nicht gelungen war, beide Faktoren der »Überlegenheit« der neuen Produktionsweise voll auszunutzen. Im Rückstand der Wachstumsraten der Produktion und Arbeitsproduktivität gegenüber den Ziffern des ersten Fünfjahrplanes sah er hierfür ernste Symptome. Sie seien aber ursächlich nicht daraus zu erklären, daß etwa die Einsatzbereitschaft der Werktätigen zurückgegangen sei oder daß lediglich unrealen Pläne aufgestellt worden wären. Daß die Zusammenhänge viel komplizierter sind, wies er an Hand des starken Absinkens der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger überdurchschnittlicher Normerfüllung in den ersten Quartalen eines jeden Jahres nach. Im gestörten Rhythmus des Produktionsverlaufes erkannte er das signifikante Problem bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität.¹⁵

Dieser objektiv unbegründete »zyklische Verlauf« des Reproduktionsprozesses zeige, daß es in Wirklichkeit nicht um diese oder jene Unzulänglichkeit der Produktionsorganisation gehe, sondern um ein kardinales Effizienzproblem planmäßiger Wirtschaftsführung überhaupt.¹⁶ Benary war deshalb bestrebt, diesem Widerspruch zunächst theoretisch auf die Spur zu kommen. Indem er Lenins Auffassung zum Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit aufgriff, fand er den Schlüssel für eine Antwort auf diese Frage. Das Problem bestehe darin, so Benary, daß zwischen gesamtgesellschaftlicher Leitung und Planung des Reproduktionsprozesses und schöpferischer Initiative des einzelnen keine logische, sondern eine dialektische Einheit bestehe. Wie jede dialektische Einheit schließe auch diese den Widerspruch, den Gegensatz in sich ein. Die widerspruchsvolle Einheit, als Einheit von Gegensätzen, verliere unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums jedoch ihren antagonistischen Charakter.¹⁷ Planmäßige Leitung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses heiße nichts anderes als Leitung auf Grund bewußter Ausnutzung der ökonomischen Gesetze. Die schöpferische Aktivität und Initiative des einzelnen schließe – wie jede Massenbewegung – das Element der Spontaneität ein. Eben weil in der Spontaneität die Priorität des Seins vor dem Bewußtsein zum Ausdruck komme, sei die Leugnung der Spontaneität in ihrer gegensätzlichen Einheit mit der Bewußtheit undialektisch und unmaterialistisch zugleich.¹⁸

Das werfe für die sozialistische Ökonomik eine wichtige Frage auf, nämlich die nach dem Kernproblem sozialistischer Leitung und Planung. Sozialistische Gesetze bewußt auszunutzen heiße zunächst, so Benary, Handlungsweisen von Menschen auszunutzen. Wir wüßten aber, daß dieses Handeln zunächst spontan ist, jedenfalls aber das Element der Spontaneität enthalte. »Planmäßige Wirtschaftsführung heißt folglich nicht Unterdrückung der Spontaneität – ihre illusorische – Leugnung, sondern im Gegenteil bewußte Lenkung der Spontaneität.«¹⁹ Die Lenkung der Spontaneität werde durch die Herstellung

solcher objektiver Bedingungen möglich, durch die das spontane Handeln berechenbar werde und notwendig in die bewußt gewollte, geplante Richtung führe. Hierfür gebe es genügend Beispiele. Wenn man die Preisrelationen zwischen den Konsumgütern festsetze, lenke man bewußt das spontane Verhalten der Konsumenten in bezug auf die Nachfrage nach bestimmten Konsumgütern; durch die Differenzierung der Löhne nach Schwerpunkten wird die Verteilung der Arbeitskräfte volkswirtschaftlich gelenkt usw.

Diese Spontaneität im ökonomischen Verhalten der Menschen sei offensichtlich, täglich tausendfach zu beobachten – selbst bei Überzentralisierung und Reglementierung. Wenn zum Beispiel ein Bürger im Einzelhandelsgeschäft einkaufe, so sei er sich des Gesamtzusammenhangs, der ökonomischen Bedeutung dieses Aktes nicht bewußt; er wisse nicht oder brauche nicht zu wissen, daß er Akkumulation realisiere, die Geldzirkulation beeinflusse usw. Sein Verhalten sei vielmehr unmittelbar gegenstandsbezogen.

In unserer Republik, so stellte Benary fest, vollzog sich die gesellschaftliche Praxis auf der Grundlage der These von der entscheidenden Rolle des Staates und der Partei im gesamten Prozeß des Aufbaus der sozialistischen Ökonomik, auf allen Ebenen, in jedem Betrieb, in jedem Kollektiv und jeder wirtschaftlichen Einheit, das heißt letztlich in jeder Einzelheit des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses. So sei es unvermeidlich gewesen, daß sich in den letzten Jahren ein Widerspruch zwischen den veränderten ökonomischen Bedingungen einerseits und der Aufrechterhaltung vorwiegend administrativer Methoden der Wirtschaftsführung entwickelt hätte, wodurch ein Konflikt zwischen zentraler Leitung und Planung und der schöpferischen Aktivität beziehungsweise dem ökonomischen Handeln des einzelnen entstanden sei. Hierin liege die entscheidende Ursache für das Zurückbleiben der Fortschrittsrate der Produktion, worin die Produktivitätssteigerung, die Senkung der Selbstkosten und die Erhöhung der Akkumulation eingeschlossen seien. Dazu zählte auch das gleichzeitige Auftreten von Kaufkraftüberhang, Überbeständen sowie Disproportionen zwischen Produktivitäts- und Lohnentwicklung. Obwohl die besonderen Bedingungen des Aufbaus wie Disproportionen infolge der Teilung Deutschlands sowie Boykottmaßnahmen des Westens unbestreitbar seien, lägen die wesentlichen Ursachen in Mängeln der Wirtschaftsführung. Die potentielle Überlegenheit gegenüber der ökonomischen Triebkraft des Kapitalismus, die bedingt sei durch die Beseitigung des Antagonismus zwischen persönlichen und gesellschaftlichen Interessen, zwischen spontanem und bewußtem Handeln des einzelnen, komme durch administrative Führungsmethoden nicht zur vollen Entfaltung. Aufgabe der sozialistischen Leitung und Planung sei es deshalb, dies mittels einer ökonomischen Lenkung der Wirtschaft zu gewährleisten.

Zweitens beschäftigten sich Behrens und Benary theoretisch und praktisch sehr intensiv mit dem Problem der optimalen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit entsprechend den Bedürfnissen auf die Bereiche und Zweige der Volkswirtschaft insgesamt sowie auf einzelne Erzeugnisse und Leistungen, dem sogenannten *Allokations-*

problem. Dies könne, was die Proportionen im einzelnen betreffe, auf zwei Wegen geschehen. Entweder durch administrative Methoden der Leitung und Planung, beispielsweise mittels zentraler Preisbildung und Entscheidung. Oder durch ökonomische Lenkung, beispielsweise mittels – kontrollierter – dynamischer Marktpreisbildung. Behrens vertrat die Auffassung, daß die – wenn auch begrenzte – Rolle des Wertgesetzes als Regulator in der Warenzirkulation darin bestehe, daß der Wert die Grundlage der Preisbildung sei und daß die Preise die Aufgabe hätten, die Produktion dem Bedarf der Konsumenten entsprechend zu lenken, das heißt eine bedarfsgerechte Produktion zu vermitteln, aber auch die Nachfrage den objektiven Erfordernissen der Produktion entsprechend zu beeinflussen.²⁰ Doch es sei wichtig, dabei zu beachten, daß die gesellschaftlich notwendige Arbeit und somit der Wert der einzelnen Güter doppelt bestimmt sei. Auch wenn, von der Produktion her gesehen, gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit in der Produktion verausgabt wurde, müsse erst durch die Realisierung der produzierten Waren bestätigt werden, daß sie gesellschaftlich notwendig waren, das heißt, daß sie dem vorhandenen Bedarf entsprechen. Die in der Abteilung II der gesellschaftlichen Produktion verausgabte Arbeit müsse sich auch in der sozialistischen Planwirtschaft als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit »nachträglich« bewähren. Tue sie das nicht, dann wäre die in der Produktion vergegenständlichte Arbeit ganz oder teilweise nutzlos vertan. Wenn aber die Produktion der Konsumtionsmittel nicht bedarfsgerecht ist, dann könne natürlich auch die Produktion der Produktionsmittel nicht bedarfsgerecht sein, weil die Produktionsmittel nicht um ihrer selbst willen, sondern letztlich für die Produktion von Konsumtionsmitteln erzeugt werden.

Das entscheidende Problem sei allerdings, daß die produzierte Menge zwar insgesamt, global, durchaus den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen könne. Es müsse aber für jede einzelne Ware kontrolliert werden, ob sie nach Aufwand, Art und Qualität der Nachfrage entspreche. Wenn zum Beispiel produzierte Güter nicht realisierbar seien, weil der Preis zu hoch ist oder weil Art und Qualität nicht den Wünschen der Konsumenten entsprächen, so folge daraus notwendig, daß der gesellschaftliche Charakter der in diesen Produkten vergegenständlichten Arbeit nicht anerkannt werde.²¹ Diese elementaren Prozesse wiederum seien in ihrer Vielfalt, jedenfalls auf vernünftige Weise, administrativ nicht beherrschbar. Auf effiziente Weise sei das nur mit Hilfe eines Preissystems möglich, das die objektiven ökonomischen Gesetze richtig widerspiegele.

Die Vorstellungen von Behrens über die Notwendigkeit und Wirkung eines solchen Preissystems lassen sich kurz wie folgt umreißen:

Erstens: Wenn das Wertgesetz auch nicht mehr Regulator der sozialistischen Produktion ist, so wirkt es doch infolge einer – wenn auch begrenzten – regulierenden Rolle in der Warenzirkulation noch auf die Produktion ein. Über die Zirkulationssphäre hat es Einfluß auf die Struktur der Produktion der Abteilung II, der Produktion von Konsumtionsmitteln, und daher auch auf die Produktion von Produktionsmitteln.

Zweitens: Das Wertgesetz muß vor allem bei der Preisbildung berücksichtigt werden. Die Preise der Produkte und Waren weichen

»Der Wert ist auch in einer sozialistischen Wirtschaft eine Kategorie, die gesellschaftliche Verhältnisse zum Ausdruck bringt, die auf Grund historischer Bedingungen entstanden sind, obwohl die Warenproduktion unter sozialistischen Bedingungen einen grundsätzlich anderen gesellschaftlichen Inhalt hat als die einfache oder kapitalistische Warenproduktion.«
Fritz Behrens: *Ware, Wert und Wertgesetz*, Berlin 1961, S. 13.

in verschiedenem Ausmaß von ihren Selbstkosten ab, und zwar vor allem wegen der unterschiedlichen Arbeitsproduktivität in den einzelnen Betrieben. Daher enthielten die Preise auch einen unterschiedlich großen Überschuß über die Selbstkosten. Ökonomisch begründete Preise wirkten organisierend und mobilisierend auf die betriebliche Produktion. Dies stimuliere die Verbesserung des Sortiments, die planmäßige Akkumulation und folglich die sparsame Verwendung von vergegenständlichter und lebendiger Arbeit. Ist ein solches Preissystem allerdings nicht vorhanden, kann die wirtschaftliche Rechnungsführung untergraben, das Prinzip der materiellen Interessiertheit an der Arbeit des Betriebes verletzt werden. Die zentrale Festsetzung unveränderlicher Preise kann dieser Seite der regulierenden Wirkung des Wertgesetzes nicht gerecht werden.

Dittens: Ein ökonomisch richtiges Preissystem muß zum einen richtige Relationen zwischen den Preisen verschiedener Produktarten herstellen, zum anderen die planmäßige Verbesserung des Sortiments und der Qualität der Produkte gewährleisten und schließlich die Rentabilität des Betriebes und der Akkumulation der Volkswirtschaft garantieren.

Viertens: Die Preisbildung muß, damit sie beiden Seiten des Wertes gerecht wird, folgende Stufen berücksichtigen:

- die Preise der Produktionsmittel für die Abteilung I – auf der Grundlage sinkender Durchschnittskosten und gestiegener Arbeitsproduktivität als langfristig sinkende Festpreise;
- die Preise der Produktionsmittel für die Abteilung II – auf der Grundlage sinkender Durchschnittskosten als Mindestpreise, die von den Betrieben nach oben überschritten werden können, wenn sie zum Beispiel durch verbesserte Qualität höhere Preise erlangen könnten;
- die Preise der Konsumtionsmittel – auf der Grundlage sinkender Durchschnittskosten als Höchstpreise, die von den Betrieben bei entsprechender Marktlage unterschritten werden könnten.

Durch eine solche Art der Preisbildung, so die Auffassung von Behrens, würde die notwendige Elastizität der Preise als Regulator der Warenzirkulation erreicht werden, ohne daß der Prozeß der Preisbildung spontanen Charakter annehmen und die planmäßige Akkumulation der Volkswirtschaft gefährden würde.²²

Angesichts dessen, daß diese – exemplarisch herausgegriffenen – Thesen wahrscheinlich die praktischen Entwicklungsprobleme sozialistischer Gesellschaften (noch) nicht annähernd gelöst hätten, muß aus heutiger Sicht die Frage erlaubt sein, warum sie dafür von der SED-Führung als ›Revisionisten‹ verurteilt wurden. Lassen wir Behrens in dieser Angelegenheit selbst zu Wort kommen. »Worauf«, so fragt Behrens, »läuft mein Vorschlag hinaus? Er läuft darauf hinaus, bis zur Überwindung der Knappheit bei den wichtigsten Konsumtionsmitteln innerhalb gewisser, genau abgesteckter Grenzen eine freie Preisbildung zuzulassen. Das wird dazu führen, daß die Produktion sich schneller als bisher dem sich verändernden Bedarf anpaßt und ist nichts weiter als eine konsequente Ausnutzung des noch innerhalb gewisser Grenzen als Regulator in der Zirkulationssphäre wirkenden Wertgesetzes.

Selbstverständlich kann nicht die Rede davon sein, den kapitalistischen Preismechanismus wieder einzuführen. Es geht nur darum,

»Es versteht sich... von selbst, daß nicht vom Tage einer Revolution an eine neue Wirtschaftsordnung zutage treten kann, eine Wirtschaftsordnung ohne Herrschaft von Markt und Wertgesetz, sondern daß eine solche neue Wirtschaftsordnung sich nur entwickeln kann, wenn der Wert ›wertlos‹ wird...Das bedeutet jedoch nicht, daß der Wert verschwindet, aber daß er transparent wird als das, was er ist: verdinglichtes gesellschaftliches Verhältnis. Das wiederum ist nicht identisch mit Aufhebung der Warenproduktion, sondern mit der Verwirklichung einer sich selbst verwaltenden Gesellschaft auf der Grundlage einer Produzentenselbstverwaltung, die Ware, Wert und Wertgesetz in einem zwar zentralen, aber nicht direkt, sondern indirekt strukturierenden und funktionierenden Plan integriert.«
Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie, Berlin 1992, S. 137 f.

das Gesetz von Angebot und Nachfrage für die Bildung eines – ökonomisch richtigen – Preissystems auszunutzen. Nur durch innerhalb gewisser Grenzen veränderliche Preise kann die regulierende Rolle des Wertgesetzes in der Zirkulation und seine Einwirkung auf die Produktion von Konsumtionsmitteln verwirklicht werden. Ein System unbeweglicher Preise kann bestenfalls vorübergehend ein ökonomisch richtiges Preissystem sein.«²³

Fazit

Es war im Jahre 1957, auf dem Höhepunkt einer öffentlichen Kampagne, als zwei Arbeiten dieser Ökonomen unter dem Deckmantel mangelnder Wissenschaftlichkeit politisch verurteilt und als revisionistisch abgelehnt wurden. Es blieb Karl Kampfert im 3. Sonderheft der *Wirtschaftswissenschaft*²⁴ vorbehalten, die offizielle Sicht der SED-Führung, die schließlich der Begründung des Revisionismusvorwurfs gegen Behrens und Benary diene, zu formulieren. In den Thesen von Behrens und Benary komme »der Versuch der Revision bestimmter Prinzipien des Marxismus-Leninismus« im wesentlichen bei der Behandlung folgender Hauptprobleme zum Ausdruck:

1. Bei der Darstellung der Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats, besonders der Staatstheorie;
2. Bei der Behandlung der Rolle und des Wirkungsbereichs des Wertgesetzes im Sozialismus;
3. Bei der Untersuchung der Beziehungen zwischen Spontaneität und Bewußtheit in der sozialistischen Gesellschaft.

Die Veröffentlichung des gemeinsamen Buches von Behrens und Benary *Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode* wurde bereits zuvor verboten. Im Zusammenhang mit der Revisionismuskampagne gegen Behrens und Benary wurde auch Gunther Kohlmei gemäßregelt. Doch dessen »Abstrafung« war vergleichsweise moderat. Er wurde einerseits dafür gelobt, daß er die Auffassungen von Behrens und Benary ablehne. Andererseits wurde jedoch bemängelt, daß auch bei ihm in bestimmten Fragen eine Überbetonung der marktwirtschaftlichen Seite des Sozialismus erkennbar sei, so in Fragen der Geld- und Kreditpolitik. Die polit-ökonomischen Auffassungen von Behrens und Benary wurden jedoch grundsätzlich und in Gänze abgelehnt und als revisionistisch verurteilt.

Infolgedessen verloren Behrens und Benary nicht nur ihren Auftrag im Lehrbetrieb an der Universität Leipzig, die seit 1953 den Namen »Karl Marx« trug, auch die Verbreitung ihrer wissenschaftlichen Ansichten wurde praktisch verboten. In den Kreisen von Wirtschaftswissenschaftlern an den Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten der DDR, und nicht nur hier, gehörte es damals zum guten Ton, daß der von der SED-Führung über Behrens und Benary gefällte Bannspruch befolgt wurde.

Während Arne Benary im Jahre 1970 den Freitod wählte, hat Fritz Behrens bis zu seinem Tode im Jahre 1980 noch eine Reihe weiterer Beiträge zu wichtigen Teilproblemen der ökonomischen Theorie geleistet, so vor allem zur Werttheorie im Sozialismus, zur Preis- und Kostentheorie sowie zur Theorie und Messung der Arbeitsproduk-

tivität. Zu letzterem gehört die Entwicklung der ›Zeitsummenmethode‹.

In seinen postum erschienenen Arbeiten äußert sich Behrens auch zu einigen philosophischen Aspekten des Effektivitätsproblems im Sozialismus.²⁵ Dort vertritt er die Auffassung, daß der Sozialismus im Verlaufe seiner Geschichte von zwei Grundzügen beherrscht wurde, von dem einer Despotie aber auch von dem einer Demokratie. Legitim könne nur eine demokratische Herrschaft sein. Illegitime – despotische – Herrschaft beruhe auf Unterordnung und Gehorsam, legitime – demokratische – auf Einordnung und Freiwilligkeit. Beide Grundformen, so Behrens, seien mit Zwang verbunden, aber der Zwang der despotischen Herrschaft beruhe auf Gewalt, der einer demokratischen auf Einsicht. Herrschaft ohne Zwang ist nach Behrens nicht möglich, wenn die individuelle Freiheit anderer eingeschränkt werden müsse, bei despotischer Herrschaft im Interesse der Freiheit der Herrschenden, bei demokratischer im Interesse anderer – gesellschaftlich gleicher – Individuen.

Bei Marx, so Behrens, bestand die individuelle Freiheit des Menschen nicht darin, daß sie eine antagonistische Kraft gegenüber dem Gesamtinteresse darstellt. Sie sollte mit diesem zusammenfallen, wenn man entsprechende Verhältnisse schafft. War es Zufall oder Notwendigkeit, fragt Behrens, was dem sozialistischen Gedanken geschah? Die Geschichte führte nicht zu einer sozialistischen Gesellschaft, sie führte kraft der Ökonomie zu einer (sozialistischen) Variante des Staatsmonopolismus.

Der real existierende Sozialismus war für den späten Behrens ein Rückfall hinter die als politische Demokratie erreichte Stufe der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. Der Liberalismus, so meinte er, gehe davon aus, daß der Mensch von Natur aus ein egoistisches Wesen sei. Der Ausgleich der widersprüchlichen Interessen der Menschen sei dann nur durch ein rationales Rechtswesen möglich. Marx' Auffassung sei eine völlig andere. Für Marx sei die individuelle Freiheit eine positive Freiheit, die ihren Grund im Wesen des Menschen als eines Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse habe, bemerkte der späte Behrens mit kritischem Blick auf die Wirklichkeit. Kolakowski kritisierte daher zu Recht die »faktische Abwesenheit der menschlichen Physis« im Weltbild von Marx.²⁶

Sozialismus sei wirtschaftlich möglich, aber nur im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft. Die Republik, verstanden als sozialistische Demokratie, als Gewalt mit Freiheit und Gesetz, erscheint Behrens als einzig möglicher letzter Kompromiß, der das Überleben der Gattung Mensch gestatte. Damit verbunden ist die notwendige Anerkennung demgemäßer Formen der Wirtschaftsorganisation, in denen die »historische Fundsache Markt«²⁷ wahrscheinlich genauso ihren legitimen Platz hat wie das damit unweigerlich verbundene Fortbestehen egoistischer individueller Interessen, die es in ein zukunftsfähiges gesellschaftliches Ganzes rückzubinden gilt.

Mit dieser These markiert Behrens in gewisser Weise den unvermeidlichen Wandel vom traditionellen zum modernen marxistischen Denken. Insofern ist der Titel seines postum erschienenen Buches *Abschied von der sozialen Utopie?* keinesfalls ein Dokument der Resignation, wie manche meinen mögen. Im Gegenteil, es ist geradezu

»Der ›Fehler‹ der bürgerlichen Ökonomen besteht darin, daß sie ohne weiteres unterstellen, die planmäßige Leitung des gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses im Sozialismus sei gleichbedeutend mit der zentralen Administrierung und Reglementierung des gesamten Wirtschaftslebens in allen seinen Einzelheiten. In Wirklichkeit ist die sozialistische Planwirtschaft ihrem Wesen nach damit völlig unvereinbar. Eine Methode der Wirtschaftsführung, die die Entfaltung der schöpferischen Aktivität der Werktätigen ausschließt, widerspricht zutiefst dem Wesen der sozialistischen Produktionsweise.«

Arne Benary: Zu Grundproblemen der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 3. Sonderheft, 1957.

das Motto für einen neuen Aufbruch, das Programm für ein grundlegendes Umdenken innerhalb der politischen Linken. Wovon es in der Tat Abschied zu nehmen gilt, das ist die Utopie von einem ›idealen‹ oder ›reinen‹ Sozialismus, von einem Sozialismus ohne Ökonomie.

Wenn Sozialismus möglich sein soll, dann muß er dem Kapitalismus zwangsläufig nicht nur politisch, sozial und ökologisch, sondern auch und vor allem ökonomisch überlegen sein. Von Marx wissen wir, daß die Produktion die materielle Grundlage der gesamten Lebensweise der menschlichen Gesellschaft ist.

Um für dieses Ziel erfolgreich streiten zu können, braucht die politische Linke eine adäquate ökonomische Theorie des Sozialismus. Ohne eine solche Theorie kann sie ihre politischen und gesellschaftlichen Ziele und ihr Programm weder klar definieren noch überzeugend begründen. Ziele sozialistischer Politik sind, wie die geschichtliche Erfahrung zeigt, ohne eine entsprechende ökonomische Basis nicht realisierbar. Die Linke muß ihr Verhältnis zur Ökonomie grundlegend überdenken und verändern, wenn sie die kulturelle und soziale Hegemonie erringen und die Gesellschaft sozialistisch gestalten will. Das ist die wichtigste Botschaft, die Behrens und Benary der politischen Linken mit ihrem Werk hinterlassen haben.

- 1 Vgl. Fritz Behrens: *Ware, Wert und Wertgesetz – Kritische und selbstkritische Betrachtung zur Werttheorie im Sozialismus*, Berlin 1961, S. 16 ff.
- 2 Vgl. Horst Richter: *Die Marxsche Theorie der Warenproduktion und des Wertes und die Konzeption einer sozialistischen Marktwirtschaft*, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., *Beiträge des Kolloquiums in Leipzig am 21. April 2001*, Leipzig 2001.
- 3 Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: MEW, Bd. 4, S. 475.
- 4 Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.: *»Ich habe einige Dogmen angetastet ...«*, Werk und Wirken von Fritz Behrens, Leipzig, 1999, S. 135.
- 5 Vgl. dazu Arndt Hopfmann: *»... eine gewisse unrichtige Auffassung« – über »Einheit« und Reformfähigkeit*, in: UTOPIE kreativ, Nr. 99 (Januar 1999), S. 46 ff.
- 6 Zur Mises/Hayek/Lange-Kontroverse um die mangelnde Steuerungsfähigkeit zentral geplanter Wirtschaftssysteme vgl. unter anderem: David Lavoie: *Rivalry and Central Planning – The Socialist Calculation Debate*, Cambridge 1985; Włodzimierz Brus, Kazimierz Laski: *From Marx to the Market. Socialism in Search of an Economic System*, New York 1991.
- 7 Vgl. Joachim Bischoff, Michael Menard: *Marktwirtschaft und Sozialismus*, Hamburg 1990, S. 63 ff.
- 8 Vgl. Günter Krause: *Wirtschaftstheorie in der DDR*, Marburg 1998, S. 115 ff.
- 9 Zu dieser Konsequenz und Eindeutigkeit seiner ökonomischen Auffassungen zum Sozialismus gelangte Behrens, der Zeit seines Lebens mit den politischen Zielen der SED eng verbunden blieb, bereits in der DDR-Zeit der fünfziger Jahre.
- 10 Helmut Steiner: *Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909 – 1980)*, Leipzig 1996.
- 11 Vgl. ebenda, S. 2.
- 12 Vgl. Günter Krause: *Wirtschaftstheorie*, a. a. O., S. 32 ff.
- 13 Vgl. Arne Benary: *Zu Grundproblemen der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 3. Sonderheft (1957), S. 65.
- 14 Ebenda, S. 67 und 70.
- 15 Vgl. ebenda, S. 71.
- 16 Vgl. ebenda.
- 17 Vgl. ebenda, S. 72 und 78.
- 18 Vgl. ebenda, S. 75.
- 19 Ebenda, S. 76.
- 20 Vgl. Fritz Behrens: *Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 3. Sonderheft (1957), S. 136.
- 21 Vgl. ebenda.
- 22 Vgl. ebenda, S. 139.
- 23 Vgl. ebenda, S. 139 f.
- 24 Vgl. Karl Kampfert: *Gegen das Aufkommen revisionistischer Auffassungen in der Wirtschaftswissenschaft*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 3. Sonderheft (1957), S. 2 f.
- 25 Vgl. Fritz Behrens: *Abschied von der sozialen Utopie?*, Berlin 1992.
- 26 Vgl. ebenda, S.49.
- 27 Vgl. Elmar Altwater: *Die Zukunft des Marktes*, Münster 1991.

RICHARD SORG

Neues zur Geschichte der menschlichen Gesellschaft

Gegenstand der beiden Bände ist nichts Geringeres als die Geschichte der menschlichen Gesellschaft, zeitlich weit ausgespannt von der Gegenwart bis in »frühmenschliche Gesellschaften, die vor ein paar Millionen Jahren existiert haben« (I, S. 53), mit Ausblicken noch weiter zurück in prähominide Gesellschaften wie die der Schimpansen, auf die mitunter zu Vergleichszwecken rekurriert wird. Natürlich ist der Gegenstand nicht *die*, sondern *eine* Gesellschaftsgeschichte, betrachtet unter einer bestimmten Perspektive. Und es wird auch nicht die gesamte Weltgeschichte untersucht, sondern eine exemplarische Auswahl. Trotz dieser Einschränkungen ist das Unternehmen, einen solch weit gespannten Bogen zu riskieren, fast kühn, jedenfalls in einer Zeit, in der spezialisierte Einzelstudien in den Sozialwissenschaften vorherrschen und in der manche Soziologen nicht einmal mehr einen allgemeinen Begriff von Gesellschaft überhaupt zur Diskussion zu stellen wagen.

Die Autoren, Sozialwissenschaftler an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (Lambrecht) und der Gesamthochschule Kassel (Tjaden-Steinhauer und Tjaden), tun das, scheuen sich nicht, Gesellschaft zu definieren, am knappsten als »Mittel der Selbsterhaltung menschlicher Lebewesen in natürlichen Umwelten« (I, S. 13). Zwar wollen sie keinesfalls eine detaillierte Gesellschaftsgeschichte der Menschheit schreiben, wohl aber einen Rahmen für solche detaillierteren Studien, einen Gesamtentwurf zur Diskussion stellen, ausdrücklich und durchgängig als Hypothese verstanden, und umso hypothetischer, je weiter wir zurückgehen in die Frühzeiten menschlicher Gesellungsformen, begründet durch die zunehmend spärlichere Material- und Quellenbasis. Tief hinein versenken sie sich in die mühselige historische Kärnerarbeit, verarbeiten dabei eine fast unübersehbare Fülle an Literatur, die weit über das übliche »Einzugsgebiet« von Sozialwissenschaftlern hinausreicht in die Welt der Paläoanthropologie, Archäologie, der Naturwissenschaften, wenn es der Gegenstand erfordert.

Dennoch, trotz intensiver und differenzierter historischer Studien, ist ihr Interesse letztlich ein theoretisches. Der Kontext ihrer weit ausholenden Forschungen ist eine Debatte, die aus der Marxschen Tradition kommt, heute aber, unter der Hegemonie des proklamierten Endes der »großen Erzählungen«, gar des »Endes der Geschichte«, kaum mehr auf der gesellschaftstheoretischen Agenda zu finden ist, allenfalls in zu Schwundstufen verkümmerten Formen (etwa bei Luhmann): Es ist die Debatte um die Problematik von *Gesell-*

Richard Sorg – Jg. 1940; Prof. Dr. phil., Studium der Theologie, Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie; Professor für Allgemeine Soziologie am Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule Hamburg (heute: HAW, Hochschule für angewandte Wissenschaften). Ausgewählte Publikationen: Ideologietheorien. Zum Verhältnis von gesellschaftlichem Bewußtsein und sozialer Realität (1976); Von der Wissenschaft des Sozialwesens (2000) (zusammen mit Hans Pfaffenberger und Albert Scherr); Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft (2002).

Besprochen werden die beiden Bücher:
 Lars Lambrecht, Karl Hermann Tjaden, Margarete Tjaden-Steinhauer: Gesellschaft von Olduvai bis Uruk. Soziologische Exkursionen (Studien zu Subsistenz, Familie, Politik; Bd. 1), Jenior & Pressler Kassel 1998, 280 S. (17 €) und Margarete Tjaden-Steinhauer, Karl Hermann Tjaden: Gesellschaft von Rom bis Frankfurt a. M.. Ungleichheitsverhältnisse in West-Europa und die iberischen Eigenwege (Studien zu Subsistenz, Familie, Politik; Bd. 2), Winfried Jenior Kassel 2001, 464 S. (22 €).

schaftsformationen und ihrer theoretisch-historischen Konzeptualisierung. In eins damit geht die Frage nach historischen und gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten. Sie führt hinein ins Zentrum der Problematik, die zwar nur (noch) eine Minderheit der Sozialwissenschaftler interessiert, diese aber durchaus elementar: die kritische Befragung der von Marx und Engels inspirierten Gesellschaftstheorie angesichts vieler ›ans Eingemachte‹ gehenden theoretisch-politischen Infragestellungen früherer (wirklicher oder vermeintlicher) Gewißheiten, und zwar nicht nur vor dem Hintergrund politischer Entzauerungen nach der Zäsur von 1989/90, sondern auch des heutigen Forschungsstands auf vielen Gebieten – 150 Jahre nach Marx und Engels.

Es ist ein systematisches (wenn nicht sogar theoriepolitisches oder -strategisches) Interesse, das aber – und darin liegt die Spezifik des Ansatzes – von den Autoren nur in engstem Konnex mit den empirisch-historischen Verhältnissen verfolgt wird. Immer ist es für sie die Empirie, die das Haltbarkeitsdatum von theoretischen Verallgemeinerungen, deren Leistungs- und Tragfähigkeit bestimmt. Verallgemeinernde Aussagen der Theorie müssen sich hier in einem historischen Indizienprozeß verantworten, und wenn die Indizien nicht hinreichen, bleibt es sehr oft bei einem *non nescio* oder bei ausdrücklich als Vermutungen, Möglichkeiten, Hypothesen relativierten Aussagen. Freilich – und das unterscheidet das systematische vom bloß historistischen Interesse – werden auch immer wieder, wo die Indizien das hergeben, begriffliche Verallgemeinerungen reflexiv aus dem historischen Material gewonnen als Werk- oder Denkzeuge zur orientierenden, beschreibenden Ordnung und zur erklärenden Deutung der Fülle des Materials. Läßt sich, metaphorisch gesprochen, der Sinn von Theorie nicht zuletzt darin sehen, der Orientierung dienende Leuchttürme im Meer der Fakten zur Verfügung zu haben oder nautische Mittel (wie Schiffe), mit denen man dieses Faktenmeer erkundend befahren kann, dann gehören für die Sozialwissenschaften zu solcher Nautik geeignete Begriffe und Theorien von Gesellschaft.

Bereits die zitierte ultrakurze Fassung des Gesellschaftsbegriffs zeigt mit der Einbeziehung der Natur die Herkunft von Marx. Die Referenz auf die Natur kommt in der gegenwärtigen Soziologie kaum vor, weil diese aus Gründen der (vermeintlichen) disziplinären Identität das Feld des ›Sozialen‹ an keiner Stelle verlassen zu dürfen glaubt beziehungsweise solch Nichtsoziales (Natur) als ›Umwelt‹ oder als unbegreifliche ›Kontingenz‹ ›exkludiert‹ und damit zum Nicht-Gegenstand der Gesellschaftstheorie erklärt.

Für die Autoren dagegen ist menschliches Zusammenleben (Vergesellschaftung) eingebunden in die Bio-, Geo- und Atmosphäre der Erde und in deren Evolution (I, S. 14). Mit dem übrigen Naturhaushalt sind die in Gesellschaften zusammenlebenden Menschen als relativ selbständiges Element verbunden durch vielfältige ›Stoff-, Energie- und Informationsflüsse‹ (Atmung, Sonnenenergie-Zufuhr, Wärmeabgaben, Tiermitwelt, Nahrungsaufnahmen und Stoffausscheidungen), also lokalisiert in ökologischen Systemen. Gesellschaft ist »Resultat gesellschaftlicher Praxis – jenes Tuns und Lassens, Handelns und Verhaltens der Menschen, mittels dessen sie

ihre Beziehungen zueinander und zur außermenschlichen Natur gestalten.« (II, S. 11) Diese Praxis wird gefaßt als Reproduktion, als die immer neue Herstellung der Gesellschaft als Gesamtheit ihrer Mitglieder (inklusive der Artefakte) und erfordert – um drei zentrale Dimensionen dieser Reproduktion zu nennen – vor allem die Gewinnung des notwendigen Lebensunterhalts (›Subsistenz‹), die Sorge für die nachwachsenden Generationen (›Familie‹) und die Erhaltung des Lebensraums auf einem gegebenen Territorium (›Politik‹).

Zu dieser Praxis gehört auch das gesellschaftliche Bewußtsein als »Selbstbewußtsein der Gesellschaft, das immer schon die gesellschaftlichen Zusammenhänge der Menschen untereinander und mit der nichtmenschlichen Natur sowohl vermittelt als auch widerspiegelt« (II, S. 454 ff.). So ging mit dem Wandel von der eher egalitär-gentilizistischen zur zunehmend herrschaftlich bestimmten Gesellschaft in Mesopotamien offenbar auch ein bewußtseinsmäßiger Wandel einher. Von früheren ›Idealisierungen von Realem‹ (Tieren oder Ahnen) kam es zur ›Personifikation von Ideen‹: Wasser als Urstoff in der Vorstellung der Weltentstehung wird durch Götter repräsentiert, welche neben der ›Erklärung‹ der Entstehung der Welt zugleich die Herrschaft legitimieren (I, S. 233 ff.).

Alle genannten gesellschaftlichen Aktivitäten erfordern, vermitteln oder beeinflussen Stoff-, Energie- und Informationsströme, von und mit denen die Menschen leben und die letztlich geobiogenen beziehungsweise solaren Ursprungs sind. In seiner 1990 erschienenen Studie (›Mensch – Gesellschaftsformation – Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur‹) hat Tjaden einen gegenüber Marx *erweiterten Arbeitsbegriff* vorgestellt und auf den notwendigen (nicht nur sozialen, sondern auch) ökologischen Bezug einer materialistischen Gesellschaftswissenschaft hingewiesen.

Die von den Autoren genannten Arbeitsverhältnisse (Subsistenzstrategien, Familienformen, Politikformen) haben geschichtlich sehr verschiedene Gestalten angenommen und, was im einzelnen gezeigt wird, zu gesellschaftlichen *Ungleichheiten* geführt. In jenen (frühgeschichtlichen) Gesellschaften, in denen spezifische Ungleichheiten bestimmend wurden, erscheinen die Arbeitstätigkeiten als Verkehrung ihrer ursprünglichen Zielsetzungen (II, S. 18).

Gesellschaftliche Ungleichheiten von Menschen, so eine Grundannahme der Autoren, sind »Ausdruck von Ungleichverteilungen gesellschaftlicher Macht«, die »jeweils aus unterschiedlichen Verfügungsgewalten über Menschen, Vermögen und Güter besteht. *Macht* ... heißt Befähigung zu solchem Verfügen.« (II, S. 13) Sie ist die »Fähigkeit, über Menschen, aber auch über belebte und unbelebte Natur und hergestellte Sachen zu verfügen, und diese Fähigkeit enthält ... stets auch die Möglichkeit eines einseitigen Verfügens.« (Ebenda, S. 13 f.) Eine weitere Annahme ist, daß diese Ungleichverteilungen von Macht, die sich in der Regel in »verfestigten Verhältnissen« (Strukturen, Institutionen) darstellen, die reproduktive Praxis »in entfremdete Formen lenken« (zum Beispiel in Gestalt des Patriarchats). – Die (ökonomischen, patriarchalen, politischen) Machtformen werden im einleitenden Theorieteil (I, S. 16 ff.) genau definiert.

Gesellschaftliche Ungleichheit, in ihren verschiedenen Formen ausführlich erörtert, ist, so heißt es zusammenfassend: ungleiche Teilhabe von Menschen an den gesellschaftlich insgesamt verfügbaren Mitteln und Möglichkeiten, das Leben zu erhalten und zu gestalten (vgl. II, S. 306).

Die Bände sind inhaltlich wie folgt gegliedert. Bd. 1: Nach der theoretisch-methodologischen Einleitung über die »Geschichte menschlicher Gesellschaften« (S. 9-52) werden zunächst die verwendeten Hauptkategorien entfaltet und begründet: insbesondere die zentralen Dimensionen gesellschaftlicher Reproduktion. Dann folgen vier historisch-empirische, zum Teil bebilderte, ausdrücklich als »Hypothesen« gekennzeichnete Fallstudien über frühe Stadien der menschlichen Gesellschaft: über die Anfänge, die Entstehung der Gentilorganisation im Jungpaläolithikum, die Zeit des beginnenden Neolithikums und die Übergänge zu sozialen Ungleichheitsformen, abgeschlossen mit einem knappen Ausblick.

Bd. 2: Der fast doppelt so umfangreiche zweite Band untersucht exemplarisch Gesellschaften, in denen sich soziale Ungleichheiten bereits herausgebildet hatten: eine antike (Rom), eine mittelalterliche (die ostfränkisch-deutsche) und eine modern-bürgerliche Gesellschaft (die deutsche seit dem 17. Jahrhundert). Daran schließt sich ein interessantes Portrait der iberischen Halbinsel von 218 v. u. Z. bis 1492 an, worin mit dem Wechsel von den Römern, über die Goten und Muslime bis zu den Kastiliern nacheinander vier Gesellschaftsformen räumlich konzentriert zu studieren sind. Im Anhang folgt der Wiederabdruck des von Frigga Haug in *Das Argument* rezensierten ersten Bandes sowie die Antwort darauf durch die Autoren.

Anlässlich des aktuell vieldiskutierten Buches »Empire« von Michael Hardt und Antonio Negri, in dem die USA mit dem Weltreich des antiken Rom in Verbindung gebracht werden, empfehlen manche zu Vergleichszwecken einen Blick auf das alte Rom. Aber auch unabhängig von dieser Debatte ist die Lektüre dieses Abschnitts lehrreich. Nicht nur erfährt man etwas über die Herkunft und ursprüngliche Bedeutung von Begriffen wie »proletarier« (S. 60) oder »capital« (im Sinne von todeswürdigem Verbrechen), sondern auch Aufschlußreiches über den funktionalen Zusammenhang von väterlicher Gewalt in der römischen Familienform und ihrer Rolle für die Politik (S. 65 f.).

Durchgängig werden überlieferte marxistische Lesarten über die Gesellschaftsformationen und ihre Geschichte unter Bezugnahme auf den aktuellen Forschungsstand kritisch gegengelesen. Manche holzschnittartigen Geschichtsreliefs werden so differenziert und korrigiert. Es geht, so wird bei den dargestellten Details immer wieder deutlich, um genaues Hinsehen anstatt um eine Verwechslung von theoretischen Leitorientierungen mit der routinisierten Anwendung von Interpretationsschemata. So wird gezeigt, daß das Übertragen des bipolaren Klassenmodells der kapitalistischen Gesellschaft den sozialen Verhältnissen im alten Rom nicht gerecht wird (S. 69). Oder: Machtungleichheiten sind nicht nur ökonomischer Art: Es hängen zwar familiäre und politische Macht jeweils mit ökonomischer Macht zusammen, »so mittels des Vermögens des pater fami-

lias und mittels der wirtschaftlichen Erträge, die in die Staatsgeschäfte fließen. Das Patriarchat und die Staatsgewalt sind aber Machtverhältnisse eigener Art und drücken sich ... in eigenständigen Ungleichheitsverhältnissen aus.« (S. 70)

Zu den inhaltlichen wie methodologischen Resultaten der Bände gehören: Die untersuchten historisch-gesellschaftlichen Entwicklungen sind gewiß nicht zwangsläufig gewesen, aber auch nicht bloß zufällig; es handelt sich um Möglichkeitsräume innerhalb bestimmter raum-zeitlicher Bedingungen. Weder reine Kontingenz noch eherne Notwendigkeiten, eher: differenzierte Vermittlungen. Gezeigt werden die Zusammenhänge zwischen den genannten Reproduktionsdimensionen. Die Vermittlungen erfolgen nicht zuletzt auch durch die zum Teil identischen Akteure, wenn dieselben Gesellschaftsmitglieder »den Nachwuchs versorgen, den Lebensunterhalt gewinnen und den Lebensraum gestalten, in einem bestimmten Gebiet und Zeitraum« (II, S. 76). In der bäuerlichen Agrarökonomie Roms wird ein Beispiel für diese – dialektische (weil die Einheit und den Gegensatz zusammen denkende) – Betrachtung sichtbar. Die Entwicklung der Großlandwirtschaft (»Villen«) mit Sklavenarbeit wird aus den Widersprüchen der traditionellen bäuerlichen familialen Ökonomie verdeutlicht, ebenso wird der Widerspruch in der familiären Sozialisation gezeigt (S. 82): die Familie als Bewegungsform (also auch Einheit) des Widerspruchs zwischen den Generationen, hier von Eltern und Kindern – Beispiel für die konkrete Dialektik in den drei Reproduktionsformen. Ein hervorragendes Paradigma für eine überzeugende Verknüpfung von klarer theoretisch-begrifflicher Rahmenorientierung und begreifender Durchdringung der konkreten, empirisch-historischen Verhältnisse, des Logischen (oder Systematischen) und des Historischen beziehungsweise von Theorie und Empirie.

Der Vermittlungszusammenhang wird mit »Konfiguration« (II, S. 98 f.) reproduktiver Praxis und »Komplementarität« der Praxen gekennzeichnet. Für die spezifische Ausgestaltung der Praxis-Konfiguration in ihren drei Dimensionen wird hier der Begriff *Kultur* verwendet (S. 425): Die spezifische Kultur der Gesellschaft wird als die Gesamtgestalt oder Lebensweise der Gesellschaft begriffen, nicht nur als Überbau. Es geht um die spezifische Formung (S. 426) gemäß der klassischen Marxschen Unterscheidung von »formbestimmt« und »stofflich«.

Die gewaltige, zu bewältigende Stoffmasse führt besonders im Teil über die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland mitunter zu etwas verknüpften Formulierungen, gleichsam aus der Vogelperspektive. So ist auch der Widerspruch zwischen Familie und Staat sicher noch weiterer Differenzierung bedürftig. Aktuellere Veränderungen in der Gleichstellung der Frauen sind nicht mehr hinreichend dargestellt (S. 299). Sicher kann dieser Teil keine detailliertere konkrete Analyse der deutschen Gesellschaft der letzten zwei bis drei Jahrhunderte in den drei Reproduktionsbereichen und Ungleichheitsdimensionen ersetzen, wohl aber einen allgemeinen Rahmen, ein orientierendes Raster dafür bieten.

Was nach Auffassung der Verfasser die kapitalistische Gesellschaft von früheren unterscheidet, ist ihre sehr viel stärkere Fokussierung auf die Ökonomie, die bewußt unterschieden wird von der Beschaffung des Unterhalts (Subsistenz). Das zeige sich in bestimmten Ab-

straktionen – vorab der Wertabstraktion, »was in der Abstraktheit der Sozialisation in der auf Konsumtion reduzierten Familie sowie in der Abstraktheit der Administration durch den ressortorientiert agierenden Staatsapparat Entsprechungen hat« (S. 305), einer Abstraktheit, die sicher noch stärker erläuterungsbedürftig wäre. Negative Folge dieser abstrakten Ökonomisierung sei, daß in dieser Gesellschaft die grundlegenden Aufgaben der Reproduktion höchst unzulänglich erfüllt würden (was reaktiv und kompensierend vielfältige Selbsthilfefaktivitäten, neue Lebensformen, Netzwerkbildungen et cetera hervorbringe), von der ökologischen Reproduktion, die stärker in früheren Arbeiten von Tjaden thematisiert wurde, ganz zu schweigen. Wenn aber die zentrale Aufgabe von Gesellschaften insbesondere ihre Reproduktion im Interesse des Überlebens ihrer Mitglieder im Kontext und konstitutiven Austausch mit ihrer Umwelt inklusive ihrer Mitbewelt ist, dann ist das kritische Urteil über die Zukunft einer kapitalistischen Gesellschaft als Organisationsform menschlichen Lebens und Überlebens gut begründet. Und so vermögen die beiden historisch und theoretisch weit ausgreifenden Bände auch für die konkrete Diagnose der Gegenwartsgesellschaft und ihrer Entwicklungstendenzen ein orientierendes und argumentierendes Instrumentarium von hohem Gebrauchswert bereitzustellen.

Diese faszinierenden Bücher sind hervorgegangen aus einem kollektiven Forschungs- und Diskussionszusammenhang einer Gruppe von Sozialwissenschaftlern, zu denen außer den Autoren noch Urte Sperling und Thomas Mies gehören und die weitere Studien zu den genannten drei Reproduktionsbereichen von Gesellschaften avisiert haben, auf die man gespannt sein darf.

Dabei geht die Faszination dieser Arbeiten eindeutig aus vom Was, weniger vom Wie, von der Sprache, die eher auf penible Genauigkeit denn auf Eingängigkeit und Eleganz setzt. Wer die Lektüre als mühsam und gar bisweilen als ›dröge‹ empfinden mag, der möge den Verfassern doch zugute halten, daß es ihnen fernliegt, auf Effekte bedachte sprachliche Feuerwerke zu entzünden, wo das lückenhafte Feld des Wissens eher ein solides Beackern nahelegt. Gleichwohl: Es gibt Wiederholungen durch die (mitunter etwas pedantisch anmutende) Systematik und Gliederung: Zum Teil werden das gleiche Material oder die gleichen Resultate deshalb nach verschiedenen Kategorien und Ordnungsgesichtspunkten mehrfach präsentiert, was bisweilen zu Redundanzen führt. Sehr selten finden sich, der Komprimierung des riesigen Stoffs geschuldet, eindimensionale Formulierungen wie »nichts anderes als« (II, S. 291).

Wollte man für ein bestimmtes Teilsegment der möglichen Leserschaft, dem die Bände besonders nachdrücklich empfohlen werden können, einen werbenden Text formulieren, so vielleicht diesen: Wer manches von dem, was in der marxistischen Theorietradition als gesichertes Wissen galt, für prüfbedürftig oder mit neueren wissenschaftlichen Forschungsergebnissen nur schwer vereinbar hält – wer aber keineswegs deshalb die heute gängige allgemeine ›Für-tot-Erklärung‹ des Marxismus teilt, wird durch die beiden Bücher reichlich belohnt, erkennend, daß die genannte Alternative falsch ist. Gerade in der von den Autoren konkret entfalteten Kritik an tradierten Erkenntnisgewißheiten wird die Produktivität der Marxschen Theorie sichtbar.

HELMUT MEIER

»Die DDR war anders«

Zwölf Jahre nach der Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik überwiegen unter den Publikationen über den zweiten deutschen Staat immer noch diejenigen, die die offiziell gewollte und weitgehend ideologisch bestimmte Totalverurteilung bedienen. Dem steht entgegen, daß die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung diesen Umgang mit ihrer Geschichte nach wie vor ablehnt. Ihre Erfahrungen in der DDR und noch mehr die Enttäuschung über ihre Erlebnisse im vereinigten Deutschland lassen sie unverrückbar an einem eigenen Bild der DDR, das wesentlich vielschichtiger ist als das verordnete, festhalten.

Wer um diesen Sachverhalt weiß, wird umso begieriger zu einem Titel greifen, der einen anderen Zugriff auf die DDR-Geschichte verspricht. Stefan Bollinger und Fritz Vilmar haben das von ihnen edierte Buch »Die DDR war anders« genannt. Und diese Formulierung ist nicht nur verbal ambivalent, sie ist von Herausgebern und Autoren auch gerade deswegen gewählt worden. Den gängigen pauschalen Verrissen der DDR-Geschichte wird mit diesem Buch keine beschönigende Darstellung entgegengestellt; denn wer ernsthaft Existenz und Niedergang der DDR zum Gegenstand seiner Untersuchungen macht, kann sich nur das Ziel stellen, eine allen Seiten und Aspekten der Geschichte gerecht werdende Darstellung anzustreben. Das fordert schonungslose Kritik von Versagen und Unrecht ebenso, wie sachliche Bewertung von positiven Bemühungen und erreichten Leistungen.

Der vorliegende Band hält in dieser Hinsicht, was der Titel verspricht. Die DDR war anders, als sie in der offiziellen DDR-Propaganda dargestellt wurde, aber sie war auch anders, als sie seit 1990 gemeinhin in der Literatur der Bundesrepublik, den Verlautbarungen ihrer Politiker und den Darstellungen ihrer tonangebenden Presseorgane hingestellt wird.

Herausgeber wie Autoren belassen es nicht bei der bloßen Behauptung. Sie praktizieren ihr Herangehen an konkreten Erscheinungen des Lebens in der DDR. Dabei soll noch einmal nachdrücklich unterstrichen werden, daß auch in den Einzelbeiträgen keine unkritische Betrachtungsweise zu finden ist. Bei der Untersuchung wird immer der Zusammenhang mit dem Gesamtsystem und den bestimmenden politischen Strukturen hergestellt. An der einen oder anderen Stelle erfolgt das manchmal etwas stereotyp. Was an Bedenkenswertem und Vernünftigem im DDR-Alltag entdeckt wird, erscheint dann grundsätzlich als Ausfluß von Opposition gegen die SED, der

Helmut Meier – Jg. 1934;
Prof. Dr. sc. phil., Gesellschaftswissenschaftler;
Geschäftsführender Vorsitzender des Gesellschaftswissenschaftlichen Forums e. V.

Besprochen wird das Buch:
Stefan Bollinger, Fritz Vilmar (Hrsg.):
Die DDR war anders.
Eine kritische Würdigung ihrer soziokulturellen Einrichtungen,
Edition Ost im Verlag Das neue Berlin Berlin 2002,
251 S. (12,90 €)

hinwiederum alles, was kritikwürdig ist, zur Last gelegt wird. Allerdings muß dieses Vorgehen bei den meisten konkreten Fragestellungen immer wieder durchbrochen werden. So tritt überwiegend zutage, daß in der DDR, wie überall, weder die herrschende Partei und der Staatsapparat noch das »Volk« einen monolithen Block darstellten. Übrigens entgegen dem Eindruck, den die SED-Führung seinerzeit zu erwecken versuchte, war die Wirklichkeit nicht nur einfach bunter und vielfältiger, sondern vor allem in sich auch äußerst widersprüchlich. Heutige Darstellungen sollten daher dieses Ideologem der SED-Führung nicht weiter kolportieren.

Aus dem Inhalt: Geschichtspolitische Ausgrenzungen in der Vereinigungspolitik. Sozial-kulturelle Einrichtungen: Ein kritischer Literaturbericht. Das polytechnische Prinzip im Bildungswesen der DDR. Zukunftsweisende Gehalte in der ostdeutschen Kunst. Reformelemente im Zivilgesetzbuch der DDR. SERO: Mobilisierung der Bevölkerung für den Umweltschutz. Die Arbeitswelt als Lebenszentrum. Von der LPG zur Agrargenossenschaft: eine positive Entwicklung? Polikliniken in der DDR ein vorbildliches Modell.

Der unbestreitbare Vorzug der Beiträge besteht nach Ansicht des Rezensenten vor allem darin, die konkreten Erscheinungen der DDR-Wirklichkeit sorgfältig nach mehreren Seiten hin durchleuchtet zu haben. Dabei geschieht das, was jeder Wissenschaftler schon erlebt hat: Verallgemeinernde und grundsätzliche Feststellungen und Wertungen verlieren ihre unverrückbaren Konturen. Es wird deutlich, daß sich in der Wirklichkeit eigenständige Gesetzmäßigkeiten beziehungsweise Regeln Geltung verschafften. Die beliebten antinomischen Bewertungsschemata erweisen sich als untauglich. Sie werden durch viele gegenläufige Faktoren modifiziert. Das heißt jedoch nicht, daß übergreifende Urteile und verallgemeinernde Aussagen überflüssig werden. Sie gewinnen nur an Volumen und Überzeugungskraft, weil Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit nicht mehr zugunsten einer oberflächlichen Stimmigkeit ausgespart bleiben.

In dem vorliegenden Band werden sieben »sozialkulturelle Einrichtungen« der DDR untersucht. Die Auswahl ist gewiß nicht willkürlich getroffen worden, aber sie setzt dem gewählten Anspruch Grenzen. Das ist auch den Herausgebern bewußt, deshalb kündigen sie einen weiteren Band an, in dem neun weitere gesellschaftliche Bereiche und Problemfelder analysiert werden.

Das enthebt uns des Einwandes, daß die vorliegenden Studien viele Wünsche offen lassen. Aber auch wenn der nächste Band zugänglich sein wird, dürfte die Thematik noch nicht erschöpft sein. Insofern steht zu hoffen, daß die Initiatoren dieses Projektes vielleicht andere dazu anregen, dieses Vorhaben fortzuführen. Nun ein paar Bemerkungen zu dem vorliegenden Band:

In einem »Grundlegende Klärungen« überschriebenen Buchteil umreißen die Herausgeber ihr Anliegen. Es heißt hier: »Obwohl die sowjetisch geprägte SED-Diktatur in der DDR das Entstehen eines sozialistischen Gesellschaftssystems vereitelt hat, ist dieses Sozialsystem mit dem Etikett »SED-Diktatur« nicht ausreichend beschrieben; denn es gab darin trotz der Diktatur eine beachtliche Anzahl humaner sozial-kultureller Einrichtungen und Leistungen, die diese Gesellschaft mitgeprägt haben, oft sogar gegen die Absichten der SED-Führung. Und in diese Einrichtungen haben Millionen aktiver Bürger der DDR ihre Lebenskraft investiert.« (S. 8)

Ich lasse dahingestellt, ob die generelle Bestreitung des sozialistischen Charakters der DDR in dieser Absolutheit zutreffend und deswegen sinnvoll ist. Wie es Konsens ist, daß Kapitalismus beziehungsweise bürgerlich-parlamentarisch verfaßte Gesellschaften höchst unterschiedlich sein können, so daß sie sogar in vieler Hin-

Die westdeutsche Aneignung der DDR-Geschichte zur Selbstrechtfertigung kommt einer Enteignung der DDR-Geschichte als ostdeutsche Erinnerungs- und Lebensgeschichte gleich. Das Buch ist daher ein Appell zur kritischen Aneignung der Geschichte – der vor 1989 und der nach 1990.

sicht voneinander regelrecht abweichen, genauso wird man wohl auch sagen müssen, daß unterschiedliche Modelle von sozialistischen Gesellschaften vorstellbar sind. Die Realität des Lebens muß darüber entscheiden, welche lebensfähig sind und für die sozialistischen Zielvorstellungen geeignete Entwicklungsbedingungen schaffen. Daß das unter dem Etikett »realer Sozialismus« etablierte Modell sich letztlich als unfähig erwiesen hat, die selbst gestellten Ziele zu realisieren und deswegen gescheitert ist, daran besteht kein Zweifel. Es läßt sich aber nicht aus der Welt schaffen, daß es der bisher einzige über einen längeren Zeitraum existente Versuch war, eine gesellschaftliche Alternative auf den Weg zu bringen. Zweifellos ist durch das Versagen der Führungskräfte und die Deformation der Anliegen die sozialistische Idee und Bewegung diskreditiert worden. Diese Schädigung kann man jedoch nicht ungeschehen machen, wenn man erklärt, das war ja gar kein Sozialismus. Vielmehr geht es für Sozialisten darum, überzeugend und glaubhaft klarzustellen, daß aus den Fehlern und dem Versagen die richtigen Schlußfolgerungen gezogen wurden, was bedeutet, sich unwiderruflich von Grundsätzen und Praktiken zu trennen, die den sozialistischen Aufbruch haben scheitern lassen. Dafür bildet die sorgfältige Analyse der DDR-Geschichte eine unerläßliche Voraussetzung. Sie bringt zutage, woran das DDR-System grundsätzlich krankte, wofür es also keinerlei Veranlassung gibt, daran festzuhalten. Gleichzeitig kann verhindert werden, daß solche Aspekte und Einrichtungen der Vergessenheit anheimfallen, in denen sich der humane und demokratische Grundgehalt sozialistischen Denkens und Handelns trotz alledem artikuliert hat. Eine solche Untersuchung wird übrigens immer auch erkennbar werden lassen, daß die sich aus der Monopolstellung der SED ergebende Gängelung und Drosselung demokratischer Aktivität die volle Entfaltung des positiven und produktiven Potentials der beschriebenen Erscheinungen immer wieder beeinträchtigt hat, so daß ein solches Herangehen mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hinweist, alternative Politikvorstellungen mit einer unnachsichtigen Kritik dieses Grundmodells zu verbinden.

Die Herausgeber stellen zu Recht an die Spitze des Bandes eine Analyse des öffentlichen Umgangs mit der DDR-Wirklichkeit, der, wie festgestellt wird, zutiefst ideologisch und politisch motiviert ist. Das geschieht am Beispiel der beiden vom Bundestag installierten Enquête-Kommissionen. Amelie Kutter hat diesen ideologischen Anstrich mit dem Begriff »Geschichtspolitik« verdeutlicht (S. 25 ff.). Sie zeigt im Grunde genommen, daß es sich hier um eine ideologisch vorgeprägte Sichtweise auf die DDR handelt, die von vornherein eine komplexe und sachlich-kritische Untersuchung ausschloß. Als Funktionen dieser Art des Herangehens nennt die Autorin: »Delegitimierung der DDR als positivem Erinnerungsbezug, Legitimation der bundesdeutschen Verhältnisse und deren weitgehend unmodifizierte Übertragung, Kompensation der Fehler der Vereinigungspolitik sowie konsensstiftend-pädagogische Funktion bei der Vermittlung eines neuen (westdeutschen) Geschichtsbildes.« (S. 49) Kutter findet den treffenden Ausdruck dafür: »Enteignung ostdeutscher Geschichte«.

Die DDR war anders: Das heißt zweierlei: Erstens war sie anders als die BRD. Und zweitens war sie anders, als sie in den meisten Reden und Büchern beschrieben wird.

Bollinger wendet sich in seinem Beitrag der Vernachlässigung der sozial-kulturellen Einrichtungen der DDR in den bisherigen Forschungen und Darstellungen zu (S. 60 ff.). Er tut das in einem Überblick über die vorliegende Literatur. Als Kenner entsprechender Untersuchungen verweist er darauf, daß diese Betrachtungsweise in deutlichem Gegensatz zu der Erinnerung steht, die bei den Ostdeutschen mehrheitlich angetroffen wird.

Die Reihe der Detailuntersuchungen wird von Elviera Thiedemann eröffnet. Sie unternimmt den Versuch, das polytechnische Prinzip im Bildungswesen der DDR auf seinen konstruktiven Gehalt und die bei seiner Umsetzung aufgetretenen Probleme hin zu durchleuchten (S. 78 ff.). An diesem Beispiel wird besonders deutlich, wie eine vernünftige Grundidee durch das starre und ideologisch bestimmte System der DDR-Volksbildung empfindlich negativ belastet wurde. Aber ungeachtet dessen gelingt es der Autorin herauszuarbeiten, welche produktiven und innovativen Impulse trotz alledem davon ausgingen. Sie weist nach, wie sinnvoll nach der deutschen Vereinigung ein Diskurs über die dabei gewonnenen Erfahrungen gewesen wäre. Er hätte dazu führen können, das reformbedürftige Schulsystem der Bundesrepublik weiterzuentwickeln und zu bereichern, wenn die Faktoren abgestreift worden wären, die den produktiven Ansatz in der DDR verwässerten und beeinträchtigten. Schon dieser erste Beitrag erweist die Fruchtbarkeit eines weiteren Anliegen der Herausgeber: nämlich aus den Erfahrungen in der DDR Anregungen für Reformen und Weiterentwicklungen im heutigen Deutschland herauszudestillieren.

Man mag es kaum glauben, ein Staat, der über vierzig Jahre zwischen Elbe und Oder existierte und der nach seinem überraschenden, radikalen Ende Hunderte Historiker, Politikwissenschaftler und Soziologen beschäftigte, der müßte doch wie ein offenes Buch vor seinen Betrachtern liegen.... Und bleibt dieses Land für den Beobachter, der dort nicht gelebt hat, immer noch in vielen Fragen undurchsichtig, viele soziale und kulturelle Einrichtungen sind unbekannt oder – schlimmer – nur als Karikatur präsent.

In diese Richtung weisen auch die beiden Beiträge über die Entwicklung der bildenden Kunst. Es handelt sich um den Abschnitt von Vilmar (S. 108 ff.) und das von ihm mit den Kunsthistorikern Peter Arlt und Rudolf Kober geführte Gespräch über dieses Thema (S. 121 ff.). Vilmar fügt seinem Beitrag über die bildende Kunst der DDR den Untertitel bei »Nicht für die Müllhalde der Geschichte« (S. 108). Er artikuliert damit bereits einleitend seinen Protest gegen in der Öffentlichkeit vorgenommene Verurteilungen der DDR-Kunst als reine »Propaganda- und Staatskunst« und als »unmodern« und »rückständig«, die ihren makabersten Ausdruck in der 1999 in Weimar gezeigten Ausstellung gefunden hat, in der die DDR-Kunst gewissermaßen als von gleicher Couleur wie die Nazikunst dargeboten wurde. Demgegenüber sieht Vilmar in der bildenden Kunst der DDR eine wichtige Komponente der Kunstentwicklung. In ihren kreativsten Vertretern und ihren besten Werken manifestiert sich hier eine wichtige Tradition, die in der gesamtdeutschen Kunstszene einen legitimen Platz beanspruchen kann: die Tradition der realistischen Aneignung der Welt. Seinem Argument, daß damit gegenüber der überwältigenden Vorherrschaft der abstrakten Kunst in der Bundesrepublik ein Pendant erwachsen würde, das zur Bereicherung beitragen könnte, läßt sich kaum widersprechen. Über den von Vilmar angewandten Begriff des »avancierten Realismus« für die DDR-Kunst mögen Kunsthistoriker und Kunstkritiker streiten. Ob er Anerkennung finden wird oder nicht, die Überzeugungskraft seines Anliegen wird dadurch nicht in Frage gestellt.

Als provokativ mag der eine oder andere vielleicht das Thema empfinden, das Karl-Heinz Arnold behandelt. Er beschäftigt sich mit dem Zivilgesetzbuch der DDR unter dem Gesichtspunkt der Schaffung einer »allgemeinverständlichen« Kodifizierung von Rechtsätzen (S. 140 ff.). Recht und Gesetzlichkeit waren nicht gerade Renommierstücke der DDR-Wirklichkeit. Auch Arnold geht es nicht darum, das zu bestreiten. Er untersucht Anlaß und Entstehungsweise des Zivilgesetzbuches durchaus kritisch-distanziert. Die Bestrebung, im Zuge der Abgrenzung ein eigenes »sozialistisches« Zivilrecht zu schaffen, wird von ihm ebenso berücksichtigt, wie auch die Eingriffe der SED-Führung in die konkrete Sacharbeit. Gleichzeitig würdigt er die Bestrebungen der beteiligten Juristen, das wahrlich überalterte und schwer verständliche bürgerliche Zivilrecht aktuellen Anforderungen anzupassen, was, unabhängig vom politischen Standort, seit langem als Notwendigkeit empfunden wird. Und in dieser Hinsicht enthält das in der DDR geltende Zivilgesetzbuch interessante Anregungen für Reformen auf diesem Gebiet, die in der Bundesrepublik noch anstehen. Nicht zuletzt gilt das für die allgemeinverständliche Formulierung von Rechtssätzen.

Die Beiträge von Petra Junghans, Sandra Hollerbuhl und Hans Luft wenden ihre Aufmerksamkeit ökonomischen und wirtschaftspolitischen Aspekten zu. Junghans stellt sich die Aufgabe, die Arbeitswelt als Lebenszentrum zu durchleuchten (S. 182 ff.). Hollerbuhl untersucht am Beispiel des SERO-Kombinates ein Beispiel für sinnvolle Müllvermeidung und -verwertung (S. 159 ff.), während Luft sich die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vornimmt (S. 204 ff.).

Es ist bereits von vielen Autoren darauf hingewiesen worden, daß Arbeit und Betrieb für die DDR-Bürger einen zentralen Stellenwert besaßen. Die Arbeitstätigkeit war nicht nur Erwerbsquelle, sie war die entscheidende Form der Einbeziehung in das gesellschaftliche Ganze, sie war die wichtigste Einbettung in das Geflecht privater, kollektiver und gesellschaftlicher Beziehungen, und über sie wurden entscheidende soziale Probleme der Gesellschaft angegangen. Junghans geht diesen Aspekten nach und verdeutlicht, daß es mit dem Verweis auf SED-Diktatur, Kommando- und Mißwirtschaft nicht getan ist. Anhand des Betriebsgesundheitswesens, des Erholungswesens, der Wohnraumpolitik, der Förderung der Frauen und der Arbeitsgerichtsbarkeit macht sie auf soziale Leistungen und Möglichkeiten der Wahrnehmung der Interessen der Belegschaften aufmerksam, die Beachtung verdienen. Daraus ergibt sich auch ein wesentlich differenzierteres Bild hinsichtlich der Rolle der Betriebsgewerkschaftsleitungen. Es läßt sich offensichtlich nicht die These aufrechterhalten, daß es in den Betrieben der DDR keinerlei Mitbestimmung gab. Die Autorin bezieht in ihre Darlegungen Meinungsäußerungen von Betriebsangehörigen ein, die ihre Ergebnisse bestätigen.

Das SERO-System, das Hollerbuhl beleuchtet, ist seit der Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik nur noch in rudimentärer Form existent. Ihre Analyse führt jedoch zu dem Ergebnis, daß es sich um eine äußerst sinnvolle Form der Bewältigung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme handelte, die, den politischen

Es ist daher das Fazit zu ziehen, daß es in der DDR wohl ideologisch, nicht aber de facto eine allmächtige Vorherrschaft des sozialistischen Realismus gegeben hat.

Ergänzend zu diesem Buch ist inzwischen eine weitere Textsammlung der Autoren als Ergänzungsband erschienen. Inhaltliche Schwerpunkte sind unter anderem: Vorschulerziehung und soziale Einrichtungen für Jugendliche. Mitbestimmung an Universitätsinstituten. Berufspädagogische Erwachsenenbildung. DDR-Soziokultur. Kritische Literatur in der DDR. Die DDR in den aktuellen Schulbüchern. Der Band ist zu beziehen über den Verlag edition ost.

Willen vorausgesetzt, zum Nutzen des Gemeinwesens hätte erhalten und den neuen Umständen angepaßt werden können. Gegenüber dem vielgepriesenen »dualen System« bewirkte es eine äußerst effektive Müllvermeidung und Wiederverwendung von sekundären Rohstoffen, weil es breite Akzeptanz in der Bevölkerung fand.

Die Behauptung der genossenschaftlichen Produktion in einer Gesellschaft mit überwiegend privatkapitalistischer Struktur zeigt, daß es für alternative Modelle reale Chancen gibt. Sie zeigt aber auch die Fragwürdigkeit der undifferenzierten Behauptung, allein private Unternehmensführung garantiere wirtschaftlichen Erfolg und Marktfähigkeit. Luft arbeitet die Möglichkeiten der genossenschaftlichen Betriebsweise in der Landwirtschaft heraus, die ihr bedeutende Vorteile gegenüber dem einzelbäuerlichen Betrieb verleihen, der ja nachgewiesenermaßen mit großen Existenzproblemen zu kämpfen hat. Dabei vergißt er nicht, auf die negativen Erfahrungen der LPG-Entwicklung in der DDR hinzuweisen, die in der forcierten, das Prinzip der Freiwilligkeit verletzenden Entstehungsweise sowie den zahlreichen Eingriffen von oben in die Arbeit der Genossenschaften bestanden. Daß sie sich trotzdem als erfolgreiches Element der Wirtschaftsstruktur erwiesen, bewertet er als Ausdruck der Lebensfähigkeit dieser Erscheinung.

Der Band findet seinen Abschluß mit dem Artikel von Linde Wagner über das Poliklinik-System (S. 224 ff.). Es ist überflüssig zu wiederholen, daß die Darstellung zahlreiche Kritikpunkte hervorhebt und einer unveränderten Übernahme nicht das Wort redet. Jedoch zeigt die Untersuchung, daß mit der fast vollständigen Beseitigung des Netzes der Polikliniken eine verhängnisvolle Fehlentscheidung getroffen wurde. Es ist mit den Händen zu greifen, daß damit eine Möglichkeit aus der Hand gegeben wurde, der so lautstark beklagten Verteuerung des Gesundheitssystems zu begegnen. Wie schon die verstorbene brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrand beklagt hatte, ist das weitgehend dem Druck der Verbände der niedergelassenen Ärzte in der Bundesrepublik geschuldet, die in den Polikliniken eine gefährliche Konkurrenz für sich sahen. Auch hier läßt sich schlüssig nachweisen, daß die Einrichtung der Polikliniken ohne größere Schwierigkeiten hätten in das Gesundheitssystem der Bundesrepublik eingebaut werden können, und zwar in unterschiedlicher Trägerschaft, sowohl als staatliche oder kommunale als auch als genossenschaftliche oder private Einrichtungen. Am Schicksal dieser Einrichtungen zeigt sich einmal mehr, daß hinsichtlich Offenheit, Innovationsbereitschaft und Flexibilität das bundesrepublikanische System einiges zu wünschen übrig läßt.

Vilmar kommt das Verdienst zu, seit 1990 wissenschaftliche Projekte in produktiver Kooperation von west- und ostdeutschen Wissenschaftlern betrieben zu haben. Dieser Band ist ein weiterer Beleg für diese erfolgreiche Praxis, die leider nur wenige Nachahmer gefunden hat; denn für Vilmar sind die beteiligten Ostdeutschen nicht nur willkommene Zuarbeiter und Dienstleister, sondern vollwertige Partner. Deshalb kommen in dem Band zu Nutz und Frommen der wissenschaftlichen Ergiebigkeit nicht nur unterschiedliche Zugriffe auf die Thematik zum Tragen, sondern auch verschiedene Erfahrungen und Sichtweisen.

Wer bereit ist, unbefangen an geschichtliche Erscheinungen heranzutreten, wird dieses Buch mit Gewinn lesen, und ihm sind vor allem viele Leser aus der politischen Klasse zu wünschen, und zwar nicht nur westdeutscher Provenienz. Vilmars Überzeugung, daß alles, was hier angeboten wird, als Beitrag für einen Reformdiskurs von Nutzen sein könnte, kann man teilen, ohne ihm darin zu folgen, daß alles auch integrierbar wäre. So manches ist nicht nur aus Unkenntnis und bösem Willen untergegangen, sondern auch, weil es dafür in diesem System keine Existenzbedingungen gibt. Mit anderen Worten: Manches in der DDR beruhte eben doch auf alternativen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und ist mit denen der BRD nicht vereinbar. Aber auch dieser Einwand mindert nicht die Bedeutung des Projektes für den gesellschaftlichen Diskurs und stellt ihn in keiner Weise in Frage.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Es ist vorbei, die Schuldzuweisungen haben Konjunktur und die Rechthabereien auch – die deutschen Parteien nach der Wahl. Einen Vorgeschmack dessen, was uns nach dem Urnengang beziehungsweise nach dem eigenen Nicht-mehr-wählen erwartete, konnte wir schon etliche Tage zuvor in der *jungen Welt* erfahren. Die nämlich wußte zwölf Tage vor der Bundestagswahl zu raunen: »PDS-Chefin Zimmer wird schon im voraus für die Wahlschlappe verantwortlich gemacht – bisher anonym.« Das war vielleicht pure Stimmungsmache, vielleicht aber auch nicht, das war am Tage der Lektüre nicht eindeutig auszumachen. Und wenn Sie, Leserinnen und Leser, diese *Festplatte* hier lesen, wissen Sie schon mehr als derjenige, der diese jetzt zu verfassen hat. Da die *junge Welt* einen begrenzten Leserkreis hat – und ordentliche, in dieser Republik angekommene PDSler und ihre Sympathisanten (Sie wissen schon: von wegen »mitgestalten« und so ...) sich über dieses widerspenstige Organ mehr ärgern als es lesen – sei sie hier zitiert: »Bartsch selbst will dem Spiegel zufolge bei einer Wahlniederlage von sich aus zurücktreten.«

Und jetzt zitieren wir noch – ausgewogen, wie wir sind – aus dem *Blättchen* Nr. 19. Dort suggerierte Erhard Crome in seinem Spitzenartikel, am 22. September ginge es für die PDS quasi um alles oder nichts, um Sein oder Nichtsein. Das las sich sehr logisch, aber ebenso, wie es der SED nicht gelungen war, die sozialistische Idee kaputtzuregieren, wird es diese Idee auch geben, wenn es im Deutschen Bundestag keine oder vorerst keine PDS-Abgeordneten mehr geben sollte.

Übrigens: Den interessantesten Artikel zum Thema Wahlen, Sie werden es kaum glauben (warum eigentlich nicht?) stand im *Neuen Deutschland*: »Verräter oder Getreuer? – Nachdenken über ein Phäno-

men – den Nichtwähler«. Hans-Dieter Schütt schreibt: »Der Nichtwähler möchte nicht kompatibel sein, er möchte einfach nicht wahrnehmen, daß er so widersprüchlich ist wie alle. Er ist nicht kühl, desinteressiert und tumb, sondern hängt mit dem heißen Herzen beglückender Einseitigkeit und Geistes-Geschientheit an seiner »ehemaligen« Partei. Sentimentalität hält ihn vom Wählen ab: Er macht die taktischen Rochaden beim politischen Schach(er) nicht mit. Er bleibt seiner Partei gewogen, indem er sich ihren Wechsel-Kursen verweigert. Aber indem er auch nicht überläuft. Er bleibt am Wahltag zu Hause ...«

Eigentlich war zu erwarten gewesen, daß nach dieser Unbotmäßigkeit die Leserbriefspalten des Organs vor Protest überquellen würden, aber offenbar war vom Mitgesellschafter des Blattes an die Redaktion der Rat durchgestellt worden, diesen »wenig hilfreichen« Artikel (der natürlich nicht »die Meinung der Redaktion darstellt« ...), nicht noch durch eine öffentliche Debatte aufzuwerten.

An den Debatten um die Irak-Politik der Bundesregierung hat sich auch Daniel R. Coats, US-Botschafter in Deutschland, beteiligt. Und zwar in höchst undiplomatischer Form. Was den SPD-Fraktionschef Ludwig Stiegler dazu verleitete, den US-Präsidenten mit römischen Imperatoren zu vergleichen: »Bush benimmt sich so, als sei er der Princeps Caesar Augustus und Deutschland die Provincia Germania.« Und dann gab er noch eins drauf: »Herr Coats ist kein Botschafter Abrassimow.«

Ach, was haben sie da aufgejault, die Stoiber, Schäuble, Pflüger. Da blieb dem Kanzler fast gar nichts anderes übrig, als von Stiegler Zurückhaltung zu fordern. Doch ich vermute, den Betroffenen selbst dürfte die Analogie viel weniger erregt haben – denn ein US-Botschafter weiß, was US-Botschaftern zusteht. Und hätte der Stiegler im Eifer des Gefechtes nicht die DDR und Abrassimow zur Beschreibung einer von ihm empfundenen Situation genommen, sondern hätte Panama gesagt (oder Chile, was wegen des Putschdatums 11. September nicht ganz ausgeschlossen gewesen wäre ...) – was wäre denn seinen Kritikern dann eingefallen?

In Deutschland erscheinen pro Jahr zirka 80 000 Buchtitel, diese Zahl ist nicht ganz neu, es dürften inzwischen schon wieder mehr sein. Da fällt es naturgemäß jeder Redaktion schwer, bei Rezensionen eine einigermaßen repräsentative Auswahl zu treffen. Und jede Zeitung, die auf sich hält, beschäftigt einen mehr oder minder festen Stamm von Autoren, die die Redaktionen mit Rezensionen (und sich mit Büchern) versorgen. Daran ist absolut nichts auszusetzen. Ein Nachteil allerdings hat das Verfahren doch: Man vermeint, wenn man den vertrauten Namen des Rezensenten liest, meist schon zu wissen, was der schreibt. So kann man Zeit sparen. Wie schön, wenn man dennoch ab und an eine Überraschung erlebt. Wie jüngst, als ND-Stammrezensent Norbert Podowin ein Buch über die Volkskammer besprach. Da war ich drauf und dran, ihm über die Zeitung einen Glückwunsch zukommen zu lassen: Weil er jetzt offenbar Genrevielfalt anstrebt und nicht mehr nur wissenschaftliche Artikel schreibt. Rezensent P. vermerkt, in der Volkskammer seien nicht nur Ja-Sager zugange gewesen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß es buchstäblich nicht ein Komma und nicht einen Punkt gab, die nicht in der zuständigen ZK-Abteilung »vorgeklärt« wurden, dann können Podewins Ausführungen nur als eine sehr spezielle Form von Satire begriffen werden.

Sheryl WuDunn,
Nicholas D. Kristof:
Ferner Donner.
Der neue Aufstieg Asiens,
Siedler Verlag Berlin 2002,
414 S. (24,90 €)

Georg Blume, Chikako Yamamoto:
Modell China.
Im Reich der Reformen,
Wagenbachs Taschenbuch 424
Berlin 2002, 142 S. (9,90 €)

Obwohl kluge Lexika beharrlich darauf verweisen, daß »Asien eher ein geographischer Terminus denn ein homogener Kontinent ist« (Encyclopaedia Britannica), und obwohl sie die Gründe, die diese Feststellung stützen, natürlich bestens kennen (vgl. WuDunn/Kristof: 31), erliegen die »New-York-Times«-Journalisten und Pulitzer-Preisträger Sheryl WuDunn und Nicholas D. Kristof wie so manche Kolleginnen und Kollegen vor ihnen der Versuchung, Asien eben doch zu so etwas wie einem wirtschaftlich und politisch in eins zu bringenden Gebilde zurechtzuschreiben. Es sei »billig«, meinen sie, auf den Argumenten, die gegen eine solche Verfahrensweise sprechen, »herumzureiten« (WuDunn/Kristof: 31) und schieben sie einfach beiseite. Sie tun das mit im Reportagestil verfaßten Erörterungen, die viel Faszinierendes haben: Immer beginnt es mit gut beobachteten und flott beschriebenen Schilderungen von Alltagsbegegnungen, und immer werden dann in ebenso flotter und leicht verständlicher Sprache historisch, ökonomisch und politisch tiefer lotende Überlegungen »aufgesattelt«. Das liest sich packend, birgt eine Menge nützlicher Informationen, vermittelt manchen neuen Zusammenhang – und krankt doch durchgehend daran, daß das Spezifische des jeweils beschriebenen Landes auf Teufel komm raus zum Charakteristikum für ganz Asien gemacht werden soll.

Das Buch von WuDunn und Kristof ist in drei große Abschnitte mit den Überschriften »Der Geist der asiatischen Vergangenheit«, »Asien im Wandel« und »Wolken am Horizont« und in 14 Kapitel gegliedert. Kapitel 1

macht die Stärken und Schwächen des Buches bereits exemplarisch deutlich. Es ist mit »Jagd auf den Hexer« betitelt und zunächst – worauf die Überschrift aber keinen Hinweis gibt – ganz und gar ein Indonesien-Kapitel. Beschrieben werden dramatische Vorgänge in diesem Land zur Zeit der Wirtschaftskrise, die 1997-1999 die Länder Ost- und Südasiens erfaßt hatte und für die WuDunn und Kristof allzu unkritisch die in der westlichen Welt gängige Bezeichnung »asiatische Wirtschaftskrise« übernommen haben – ganz so, als hätten die von den USA dominierten Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds so gar nichts mit ihren Ursachen und ihrem Ausbruch zu tun gehabt. Es geht in diesem Kapitel also um Lynchmorde aufgebracht Menschen an als »Hexer« oder »Ninjas« ausgemachten Personen, in denen man in mittelalterlichem Glauben die Schuldigen für das hereingebrochene Elend sieht, und nahezu übergangslos landen die Autoren im Anschluß an die Schilderung dieser Vorgänge bei Sätzen wie: »Die asiatische Wirtschaftskrise war das Beste, was Asien passieren konnte. Von der Bevölkerung forderte sie einen schrecklich hohen Preis, doch andererseits trägt sie zum Abbau der Vetterwirtschaft, des Protektionismus, des staatlichen Interventionismus bei, an denen die asiatische Wirtschaft schwer zu tragen hatte. Die Krise brachte eine politische, soziale und ökonomische Umwälzung in Gang, die noch nicht abgeschlossen ist, doch für Asien letztlich einen so tief greifenden Wandel mit sich bringen wird, wie es der Fall der Berliner Mauer für Europa war« (WuDunn/Kristof: 21). Zum »Beweis« für diese These werden ein paar Japan-Histörchen über Geldverschwendung in Managerrestaurants eingestreut, und weil sie ihrem »Ganz-Asien«-Blick treu bleiben wollen, haben die Autoren noch im selben Kapitel für Südasien Sätze übrig wie diesen: »Politisch und wirtschaftlich ist der indische Subkontinent nach wie vor ein Chaos, aber das könnte sich in den kommenden Jahrzehnten grundlegend ändern, und vielleicht werden wir bald mit derselben Verblüffung vom indischen Potenzial reden wie heute im Zusammenhang mit China« (WuDunn/Kristof: 27). Das ist angesichts der Dimension des »schrecklich hohen Preises« der Wirtschaftskrise, die immerhin darin be-

steht, daß in Asien nach wie vor drei Viertel der fast eine Milliarde hungernden Menschen der Erde leben, alles ein bißchen zu flott, zu gewollt formuliert.

Die Methode des flotten In-Bezug-Setzens von Vorgängen in verschiedenen Ländern wird in den folgenden Kapiteln mit Überschriften wie »Das ›Blut-Baht‹ greift um sich«, »Brutales Streben«, »Scham und Schande«, »Gefangene der Geschichte« oder »Right or wrong, my country!« fortgesetzt. Immer steht Schlüssiges und sorgsam Recherchiertes dicht neben Oberflächlichem, ja geradezu Unbedarftem. Zu den Stärken des Buches gehören ganz gewiß jene Passagen, in denen große historische Spannungsbögen aufgemacht werden – wie etwa bei den Überlegungen zum »riesigen Handelsnetz Asien« im Jahr 2 unserer Zeitrechnung (vgl. WuDunn/Kristof: 43) oder der Kommentierung ökonomischer Kennziffern im Zeitraum von 1700 bis 2000 (vgl. WuDunn/Kristof: 42 und 53). Und warum soll sich der sonst auf die Analyse von Produktionsverhältnissen orientierte Leser nicht auch einmal produktiv herausgefordert fühlen durch einen Gedanken wie diesen: »Der zweite Grund für Asiens großes Scheitern steht in engem Zusammenhang mit der mangelnden Habgier: Er ist in der Selbstgenügsamkeit des Ostens zu suchen, seiner Neigung zur Introspektive, seiner Hingabe an vergangene Ideale und Methoden, seinem Respekt vor der Obrigkeit, seinem Argwohn gegenüber neuen Ideen« (WuDunn/Kristof: 55).

Blöß: Worauf läuft's am Ende alles hinaus? Im 14. Kapitel, das die Überschrift »Verabredung mit dem Schicksal« trägt, entwerfen WuDunn und Kristof Zukunftsbilder einzelner asiatischer Staaten. Es beginnt mit der Fiktion eines chinesischen Sieges im »Basketballfinale der Herren bei den Olympischen Spielen 2040 in Kuala Lumpur« (WuDunn/Kristof: 349) und der daran geknüpften Überlegung, daß »natürlich niemand (weiß), wie die Welt im Jahr 2040 wirklich aussehen wird«. »Schon möglich«, meinen die Autoren, »daß China nie die Goldmedaille gewinnt und Reiburger auch nie der Hit werden. Aber wir sind fest überzeugt, daß Asien in tausenderlei Hinsicht eine immer wichtigere Region werden und den USA als ›Zentrum der Welt‹ nach und nach den Rang ablaufen wird« (WuDunn/Kri-

stof: 350). Die »tausenderlei Hinsicht« wird ein paar Seiten später so konkretisiert: Es werde in Asien eine »glänzende Kombination« von »Flexibilität, Disziplin, sozialer Stabilität, Dynamik und Gier, ... gekoppelt mit dem wachsenden Vertrauen in die Märkte und mit den infolge der asiatischen Wirtschaftskrise verbesserten Finanzsystemen« geben (WuDunn/Kristof: 384) – und: »eine eigene Spielart des amerikanischen Geistes« (WuDunn/Kristof: 385).

Auf einen Mix aus Reportage und Erörterung setzen auch die früher in Tokio, jetzt in Peking lebenden »Zeit«- und »taz«-Korrespondenten Georg Blume und Chikako Yamamoto in ihrem Taschenbuch *Modell China. Im Reich der Reformen*. Zur Einführung in ihren flüssig und unterhaltsam geschriebenen Text haben sie Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der über hervorragende persönliche Chinabehauptungen verfügt, für ein Vorwort gewonnen, und der stellt die Frage, mit der die Vorworte deutscher China-Bücher schon immer begannen und die wohl trotz manchen gewichtigen Werkes, einer unübersehbaren Menge an Fernsehbildern und Zeitungstexten und eines gewaltig gewachsenen China-Tourismus auch tatsächlich immer wieder neu mit Nachdruck gestellt werden muß: »Was wissen wir eigentlich über China?«.

Warum aber sollen »wir« eigentlich mehr über China wissen? In den USA gebe es, sagt Schmidt, die These, daß »das Verhältnis zwischen China und den USA ... für die nächste Runde der Weltgeschichte ... die wichtigste Beziehung zwischen zwei Staaten sein« werde (Blume/Yamamoto: 7) Mit dieser Begründung bewegt er sich auf jenem traditionellen Terrain, das vor allem im Aufrufen machtpolitischer Weltkonstellationen besteht. In den zwanziger und dreißiger Jahren hatte es in Deutschland mal die Idee der Schaffung eines »Eurasien«-Blocks gegeben, von der aus für mehr Wissen über China geworben wurde; im Kalten Krieg der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre war es dann das je nach ost- oder westdeutschem Standort mystifizierte sowjetisch-chinesische Verhältnis, das China-Interesse wecken sollte; und in den achtziger und neunziger Jahren bildete sich ein multipolares Weltverständnis heraus, von dem man annahm, daß es China hierzulande interessan-

ter machen müßte. Und auch das zweite Argument, das Schmidt geltend macht, ist eher eines von internationalen Konstellationen denn von Interesse an China um seiner selbst willen: »Wir haben«, sagt Schmidt, »noch nicht wirklich verstanden, daß China im Zuge des freien Welthandels und der Globalisierung von Kommunikation und Technologie bald ein schwergewichtiger Konkurrent werden wird – nicht etwa nur in der Herstellung und Vermarktung billiger Massenfabrikate, sondern ebenso auf den Feldern der Hochtechnologien« (Blume/Yamamoto: 9).

Verstehen »wir« diesen Zusammenhang mit Blumes und Yamamotos Buch besser? Zweifellos – und es ist sogar noch mehr zu verstehen, denn glücklicherweise lassen sich die Autoren nicht auf die »Konkurrenten«-Frage einengen. Die acht Kapitel sind übersichtlich thematisch gegliedert und bieten viel Raum für kenntnisreiche Erörterung originärer chinesischer Entwicklungen: Unter der Überschrift »Die zweite Revolution« werden »Vorstufen eines Rechtsstaats« diskutiert; unter »Großer Sprung ins Netz« geht es um die Modernisierung der Wirtschaft; die Frage »Weltklasse mit Konfuzius?« steht über einer Erörterung der Chancen für eine aus eigener Kraft zu bewältigende »Wissenschaftsrenaissance«; im Kapitel »www.cuijian.com« geht es um »Kultur unter der Decke der Reformen«; die chinesische Jugend ist Gegenstand des Abschnitts »Unterwegs ohne festes Ziel«; Energiepolitik und Umweltbewußtsein werden unter der Überschrift »Die Kosten des Modells« diskutiert; das Kapitel »Vorbild und rotes Tuch« behandelt »die schwierige Annäherung an Taiwan«; und zum Abschluß geht es unter »Schafft ein, zwei, viele Vietnams!« um »Begegnungen mit unbequemen Nachbarn«.

Die Methode von Blume und Yamamoto ähnelt der von WuDunn/Kristof aufs Haar. Am Anfang jeden Kapitels steht Reportage pur: »Punk in Peking: ›Du Arschloch, du Arschloch, du bist nicht mein Baby!‹, faucht eine unverschämte Frauenstimme über das tobende Glatzkopfpublikum der Szene-Bar. Vier zarte Mädchen, keines größer als 1,55 Meter, keines schwerer als fünfundvierzig Kilo, spielen für einen wilden Haufen schwitzender Männer« – so beginnt das Kapitel »Unterwegs ohne festes Ziel« (vgl. Blume/Yamamoto: 75). Und noch

auf derselben Seite werden entschlossen Schlußfolgerungen gezogen: »Pekings Punk-Prinzessinnen tun ganz normal... Ihr ungetrübtes Selbstbewußtsein demonstriert den Aufbruchswillen einer neuen Generation. Im Westen mögen viele die chinesische Jugend noch im kommunistischen Käfig wähen. In China aber fühlt sich die Jugend nach der Jahrhundertwende freier als alle Generationen vor ihr« (Blume/Yamamoto: 75). Und eine Seite weiter: »Mode, Musik und Mätzchen begründen eine neue Lebensweise. Der ›Tanz ums goldene Selbst‹, von dem der deutsche Soziologe Ulrich Beck spricht, hat mit dem neuen Jahrhundert auch in China begonnen. Denn wo ist die Ego-Gesellschaft verlockender als im Land der größten Volksmassen?« (Blume/Yamamoto: 76).

Auch hier (wie bei WuDunn/Kristof) gibt es dieses spannende, aufregende, provokative Nebeneinander von Beobachtung hier und rascher – und darum eben zuweilen auch oberflächlicher – Verallgemeinerung da. Indem sie sich aber auf nur ein Land konzentrieren, gelingt Blume/Yamamoto die Beschreibung rascher und tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen schlüssiger und glaubwürdiger – auch dann, wenn die Geschwindigkeit dieser Veränderungen manchmal wirklich kaum zu glauben ist. Und sie gehen sorgfältiger mit den Widersprüchen dieser Umbrüche um: »Früher wies der Staat jedem einen Platz in der Gesellschaft zu. Heute drängen jedes Jahr zehn Millionen junger Leute auf den Arbeitsmarkt – ohne zu wissen, wo die Suche sie hinführen wird. ... Schon sprechen inoffizielle Quellen von vierzehn Millionen jugendlichen Arbeitslosen in den Städten. In prekärer Lage befinden sich auch fünfzehn Millionen Wanderarbeiter, die unter fünfundzanzig Jahre alt sind. ... Auf acht Millionen schätzt man heute die Zahl chinesischer Sexarbeiterinnen« (Blume/Yamamoto: 80).

Ein ausgesprochener Gewinn für das Buch ist ein Anhang mit der Aufzeichnung zweier Gesprächsrunden in der Pekinger Wohnung der Autoren. Die erste führte im Dezember 2000 Helmut Schmidt mit drei herausragenden Persönlichkeiten der chinesischen Generation der heute Vierzigjährigen zusammen: mit Jiang Wen, Filmschauspieler und Regisseur, der mit der Hauptrolle in »Das rote Kornfeld« welt-

berühmt geworden ist; mit Zhang Chaoyang, dem »chinesischen Bill Gates«; und mit Chen Zhangliang, Chinas bekanntestem Biogenetiker, der im Alter von 27 Jahren jüngster Professor des Landes war. Das zweite Gespräch vereinte im April 2001 den Philosophen Jürgen Habermas mit dem Rockmusiker Cui Jian, den Schriftstellern Qian Ning und Xu Xing, dem Philosophen Zhou Guoping, dem Marxismus-Professor Shang Dewen und erneut dem Schauspieler Jiang Wen.

Mit »Die Einbeziehung des großen Anderen« ist das Habermas-Gespräch überschrieben, und es gibt dem Buch das, was im unilateralen Reportage- und Erörterungstext der vorangegangenen Texte zwangsläufig zu kurz kommen mußte: den so wichtigen Dialog. Jetzt kommt auch einmal chinesische Ansicht direkt zu Wort, und das hat viel Überraschendes parat. Zum Beispiel, wenn der Schriftsteller Xu Xing zur Habermasschen Auffassung, wonach China »historisches Zentrum war und vielleicht wieder sein wird«, erklärt: »Dann wird Sie China enttäuschen. China ist heute viel radikaler verwestlicht als etwa Japan oder Südkorea. Dort hat man zwar die moderne Wirtschaftsweise des Westens übernommen, aber die eigene Kultur bewahrt. China dagegen hat auch den Kommunismus und die Diktatur des Proletariats vom Westen übernommen. Taoismus, Konfuzianismus und Buddhismus wurden verworfen. Die chinesische Philosophie ist eine ausgestorbene Wissenschaft« (Blume/Yamamoto: 135). Und Jiang Wen stellt mit Verweis darauf, daß weder die Kulturrevolution noch die Hofkultur und Untertanenmentalität der alten chinesischen Gesellschaft der Erinnerung wert seien, die These auf: »Wir leben ... in einer Gesellschaft ohne Nostalgie, die ohne Rückschau auf Entwicklung setzt« (Blume/Yamamoto: 140).

Habermas rundet das Gespräch ab mit der Hoffnung auf eine »pluralistische Welt, in der drei oder vier große Mächte... sich untereinander einigen müssen« und eine gestärkte UNO agiert (Blume/Yamamoto: 141). Der Weg dorthin ist voller Unwägbarkeiten, die eines ganz gewiß nicht vertragen: die schnelle, selbstsichere oder gar missionarische Antwort.

WOLFRAM ADOLPHI

Stephen Eric Bronner:
Albert Camus.
Porträt eines Moralisten,
Verlag Vorwerk 8 Berlin 2002,
147 S. (17 €)

Es gibt viele Biographien und Texte über Albert Camus. Mit dem vorliegenden Band bringt Stephen Eric Bronner, Professor für Politikwissenschaften und Vergleichende Literaturwissenschaften an der Rutgers University, New Jersey, eine außerordentlich bedeutende Saite im Klangspiel des Lebens von Camus zum klingen. Bronner war es wichtig, gerade solche Eigenschaften, Lebensabschnitte und Werke Camus' zu beleuchten, die ihn als zutiefst humanistisch denkenden und handelnden Menschen klarer im Licht der Öffentlichkeit erscheinen lassen.

Die vorliegende Studie zeichnet ein neues Porträt von dem bedeutenden Moralisten des 20. Jahrhunderts, das dennoch seinen ausgeprägten sozialistischen und liberalen Überzeugungen Rechnung trägt. Im engen Zusammenhang erscheinen Kunst und politische Haltung Camus'. Auch seine Einstellung gegenüber den ärmsten Schichten der Bevölkerung, so wird nur zu folgerichtig herausgearbeitet, begründet sich aus seinem eigenen Lebensweg. Er entstammt ärmsten Verhältnissen und kann nur durch die finanzielle Unterstützung seines Onkels studieren und sich zu dem Menschen entwickeln, wie wir ihn kennen. Seine Kindheit hat ihn für das ganze Leben geprägt. Während der Zeit der Nazi-Diktatur arbeitet er unter Pseudonym in der Resistance. In Marokko unter dem Einfluß mehrerer Kulturen und Religionen aufgewachsen, hat Albert Camus niemals Probleme mit dem Fremden, dem Anderen. Oft muß er sich in fremde Umstände neu einfügen. Das ist selbstverständlich für ihn, ja anscheinend Lebenselixier.

Stephen Eric Bronner führt uns auf den Weg, die Relevanz von Camus' Haltung und Ideen für unsere Gegenwart nachzuempfinden. Er unternimmt den Versuch, einen Überblick über seine größten Werke im Verein mit subtilen inhaltlichen und historischen Interpretationen vorzulegen. Bronner interpretiert Texte neu, ebenso seine Weltanschauung

und sein politisches Handeln. Er nimmt Camus' einzigartigen Gebrauch des klassischen Erbes ernst.

Nicht unbesehen akzeptiert Bronner seine standhafte Ablehnung des Existentialismus und betont im Rahmen der Werkinterpretation den Einfluß der Dissertation Camus' auf sein späteres Denken. Die Dissertation befaßt sich hauptsächlich mit der Art und Weise, wie das Christentum allmählich den Hellenismus, die Ideale der alten Griechen, in sich aufnahm. Dies ist insofern von Bedeutung, als rationales Wissen und weltliche Erfahrung, Grundelemente des hellenischen Erbes, scheinbar in krassem Gegensatz zu Offenbarungsglauben und Seelenleben stehen, die jedoch in der christlichen Welt den Mittelpunkt bilden. Bronner arbeitet heraus, daß diese beiden gegensätzlichen Strömungen sich in allen späteren Schriften Camus' widerspiegeln. Als bestimmt von seinem christlichen Gedankengut, das sie zu bekämpfen vorgab, wird seine säkulare Philosophie präsentiert.

Der Fremde wird als moderne Variante des Bildungsromans interpretiert, eine neue Sicht auf den Mythos von *Sisyphos* wird herausgearbeitet, *Die Pest* wird als realistische Parabel interpretiert, und *Der Fall* als eine Meditation über Authentizität. Ebenso ist eine Neuinterpretation der postum veröffentlichten Erzählung *Der erste Mensch* zu finden. Das vorliegende Werk überdenkt die philosophische Auslegung in Stücken wie *Caligula* und *Die Gerechten*. Bronner setzt sich ebenfalls mit dem nicht recht eindeutigen Subjektivismus auseinander, der besonders weniger einflußreichen Werken wie *Das Exil* und *Das Reich* zugrunde liegt.

Außerdem bietet der Band eine neue Sicht auf den berühmten Streit zwischen Camus und Jean-Paul Sartre, er stellt Camus' Sicht auf den Algerienkonflikt im neuen Licht dar. Bronner unternimmt eine Neuinterpretation seiner Gedanken zu Revolution und Widerstand, wie sie in *Der Mensch in der Revolte* zum Ausdruck kommen. Diese Studie verwirft auch die oftmals von Kritikern vorgenommene Trennung zwischen Kunst und Politik bei Camus. Bronner ist eher der Meinung, Camus' Schriften entsprechen vielmehr der Einheit von Kunst, Politik und Philosophie. Form und Inhalt sind untrennbar miteinander verwoben. Deutlich macht Bronner seine Meinung:

Camus kämpft gegen den populären Relativismus unserer Zeit. Camus' noble Gesinnung und seine Bereitschaft, sich für die Wiederherstellung der Freiheit einzusetzen, sind ein willkommenes Mittel gegen den zügellosen Zynismus wie auch gegen den postmodernen Destruktivismus, die unter den zeitgenössischen Intellektuellen so verbreitet sind.

Bronner hebt hervor, daß das Besondere an Camus letztlich etwas anderes ausmacht. Er war von einer Aura des Anstands und der Nächstenliebe umgeben. Sein Gefühl für persönliche Verantwortung, seine Klarheit, seine Toleranz und seine Ehrlichkeit hatten etwas Einzigartiges.

Wer meint, dieses Buch reiht sich in die üblichen Texte und Biographien ein, der irrt. Wer sich mit dem literarischen Schaffen Camus' auseinandersetzt und Camus als Sozialisten sowie auf seiten der Revolutionäre kennen lernen möchte, der sollte diesen Band unbedingt zur Hand nehmen, natürlich nicht ohne Kenntnis des schicksalbehafteten Lebensweges Camus'. Im Anhang, einer Chronologie des zurückgelegten Weges Camus' unter dem Aspekt seiner Werke, findet der Leser oder die Leserin genügend Anhaltspunkte. Zahlreiche Anmerkungen, in denen sich Bronner mit bereits vorliegenden Studien über Camus auseinandersetzt, bieten unzählige Literaturhinweise, so daß auch Neueinsteiger und -einsteigerinnen in Leben und Werk Albert Camus' auf ihre Kosten kommen.

SIGRID PFEIFFER

**Bundesvorstand der KPÖ (Hg.):
Stalin und wir. Stalinismus
und die Rehabilitierung
österreichischer Opfer,
Globus-Verlag Wien 2001, 200 S.**

Wie der Titel nahelegt, sind die österreichischen Kommunisten, die sich hinter dem »Wir« verbergen, durch ihre eigene Geschichte zur Auseinandersetzung mit der Person Stalins aufgefordert – und sie haben diese Aufforderung angenommen. Vor kurzem hat Franz Muhri eine Übersicht seiner langjährigen Auf-

klärungs Bemühungen zum Schicksal der in den dreißiger/vierziger Jahren in der UdSSR verschollenen Österreicher vorgelegt. Kommunisten, aber auch Mitglieder des sozialdemokratischen Schutzbundes, die in der Zeit zwischen 1933 und dem Anschluß Österreichs dem Vordringen des Faschismus handfesten Widerstand entgegengesetzt hatten, waren 1934 in großer Zahl in die UdSSR gekommen. Sie wollten dort Schutz finden und in anderer Form am weiteren Kampf gegen die Nazis teilnehmen. Für viele von ihnen wie für viele deutsche Antifaschisten wurde diese Emigration zur tragischen Falle und letzten Station ihres Lebens. Als ihre Heimat von den Faschisten befreit war, waren sie Opfer des Staates geworden, dem sie ihr Leben anvertraut hatten.

Mancher Vorwende-ND-Leser wird sich noch an Franz Muhri erinnern, denn er war von 1965 bis 1989 Parteivorsitzender der KPÖ. Es ist sicher der Anerkennung wert, daß er sich nach der Ablösung von der Spitze der KPÖ im Herbst 1989 nicht in den Schmollwinkel zurückzog, sondern gerade seine bis dahin schon vorangetriebenen Bemühungen zur Aufklärung des Schicksals österreichischer Stalin-Opfer intensivierte. Den Erfolg dieser Arbeit unterstützt freilich auch die inzwischen in der UdSSR eingetretenen politischen Veränderungen.

Neben der zentralen (freilich immer noch unvollständigen) Liste der Opfer, die über 250 Namen österreichischer Kommunisten und Sozialisten mit biographischen Angaben wiedergibt, enthält der knapp zweihundertseitige Band ein Vorwort des derzeitigen KPÖ-Vorsitzenden Walter Baier, Erläuterungen Muhris über die Phasen der Bemühungen der KPÖ um Aufklärung und Rehabilitierung der Opfer und ausgewählte Dokumente aus dem Briefwechsel mit russischen Stellen.

Interessant ist vor allem, was Baier an Auseinandersetzung mit den politischen Hintergründen der Repressionen und der eigenen Geschichte anbietet. Im Vorwort äußert er seine Überzeugung, »dass ein neuer Kommunismus sich nicht entwickeln kann, wenn die stalinistische Fehlentwicklung ... tabuisiert bleibt« und lehnt jede Aufrechnung etwa gegen die Verbrechen des Faschismus ab. Er beschreibt, wie das vielen in Ostdeutschland wohlbekannte »argumentative Dreieck« aus »immensen Schwie-

rigkeiten«, »Fehlern im einzelnen«, aber: »richtiger Generallinie« auch in der österreichischen KP dazu führte, daß »die Fakten ausgeblendet« wurden. Bis in der 1987 erschienenen parteioffiziellen »Geschichte der KPÖ« die Ereignisse der dreißiger/vierziger Jahre wenigstens in ihren Umrissen beschrieben wurden, mußte der »verschämte« Begriff »Personenkult« mehr verdecken als benennen. Baier gelangt zu der Feststellung: »Auch wenn es wichtig ist, den Stalinismus in seiner mörderisch-terroristischen Phase von anderen Entwicklungsperioden abzuheben, ist doch auch entscheidend anzumerken, dass Grundstrukturen Stalinscher Prägung bis zum Ende des Realsozialismus fortwirkten, mehr noch: wesentlich für dieses Ende verantwortlich sind.« Ein wichtiger Satz, ein Kernsatz für Linke heute, die Zukunft gewinnen wollen.

Der Definitionsversuch Baiers für Stalinismus hinterläßt widersprüchliche Eindrücke. Stalinismus erscheint ihm (in Anlehnung an Hofmann, 1984) ökonomisch als »Verstaatlichung ohne Selbstverwaltung«, als »Beschränkung des Eigentums an den Produktionsmitteln auf eine einzige Form, das Staatseigentum« mit der Tendenz der Ersetzung der Warenproduktion durch den Produktentausch als angeblich höhere Form. Politisch wird das ergänzt durch eine Umfunktionsierung aller Organisationen in »Transmissionsriemen«, das Informationsmonopol einer Führungsgruppe in der Partei und deren exklusive Kompetenz, politische Ziele zu definieren. Ob aber Stalins Überhöhung der Rolle der Partei, wie Baier meint, mit Lenins Konzept der Partei neuen Typus nur durch die mythische Berufung auf Lenin zu tun hat (S.24), scheint mehr als zweifelhaft.

Sicher wäre es verdienstvoll gewesen, in die Literaturliste auch Arbeiten nicht links stehender Autoren zum Stalinismus aufzunehmen oder die Stalinismus-Debatte anderer linker Parteien über Artikel in »UTOPIE kreativ« hinaus einzubeziehen. So sehr dies vielleicht zu einem tieferen Ansatz in der Stalinismus-Kritik von Muhri und Baier beigetragen hätte – sie haben einen wichtigen Beitrag geleistet, Verbrechen und Grunddefekte bisheriger kommunistischer Geschichte namhaft zu machen, und so Zukunft zu gewinnen.

STEFFEN KACHEL

**Rudolf Hickel, Frank Strickstock:
Brauchen wir eine
andere Wirtschaft?,
Rowohlt Taschenbuch Verlag
Berlin 2001, 256 S. (8,90 €)**

Die Herausgeber Rudolf Hickel und Frank Strickstock haben im vorliegenden Band eine Anzahl sehr unterschiedlicher Beiträge zusammengetragen, deren Differenzen sich sowohl im Ansatz als auch in der Qualität zeigen. Diskutiert werden sollen Alternativen zur neo-liberalen Globalisierung und es geht darum, verschiedene – auf Deutschland zugeschnittene – Vorschläge zu machen.

Hickels einführender Text ist einer der besten und zeigt den Wandel im Westen vom Keynesianismus mit staatlicher Verantwortung für Wirtschaft und Beschäftigung zum »Marktmacht-Liberalismus«. Hickel weist darauf hin wie die Arbeitslosigkeit als Machtmittel im Kapitalismus zur Disziplinierung der Arbeiter und Gewerkschaften eingesetzt wird. Lesenswert ist auch seine Analyse, wie die rot-grüne Regierung entgegen ihren Wahlversprechen systematisch eine Steuerpolitik zugunsten der Unternehmen ins Werk setzte und einen »pragmatischen Neoliberalismus« praktizierte. Hickels Vorschläge einer aktiven Finanz- und Geldpolitik sowie einer zielorientierten Reform der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind allerdings im Reformdenken verwurzelt, ohne die neoliberale, globale Wirtschaftsordnung als Ganzes in Frage zu stellen.

Ähnlich lauten auch die Forderungen im Beitrag von Gregor Gysi. Er tritt für mehr soziale Regulierung, die Rückholung des Primats der Politik über die Ökonomie, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit ein und schließt sich damit der Tradition der »alten« Sozialdemokratie der Ära Brandt und Wehner an.

Einige Kapitel des Buches sind vor allem deshalb lohnender Lesestoff, weil sie Analysen des neoliberalen Wahns bieten. Hierzu gehören insbesondere die Beiträge von Karl-Georg Zinn über den Solidaritätsverlust der Gesellschaft im Zuge der Globalisierung, von Jörg Huffschild über die Marktmachtkonzentration und Verflechtung von Großkonzernen, ferner Wilhelm

Hankels Beitrag zu den Gefahren für den Sozialstaat durch globalisierte Finanzmärkte sowie eine kapitalgetriebene europäische Integration, Hermann Scheers Plädoyer für den »Vorrang für Selbstbestimmung und Umwelterhaltung« als Gegenpol zur »Ressourcenwirtschaft«, die seit der Kolonisierung und der industriellen Revolution die Grundlage für die heutige Globalisierung bildet sowie schließlich der Aufsatz von Jean Ziegler über die »Wächter der Nacht«, in dem er feststellt, daß eine Wirtschaftsordnung entstanden ist, die den Kollektivinteressen der Mehrheit entgegensteht.

Andere Beiträge des Buches sind dagegen schwach, langweilig oder oberflächlich – beispielsweise der Text von Friedrich Schorlemmer (»Erst das Sein, dann das Bewusstsein?«), Lothar Späths biederes »Wirtschaften aus der Mitte«, Dirk Kurbjuweits »Auf dem Weg zur »Ich-AG«« und Jean Claude Junckers »Europa braucht Regeln«. Letzterer ist nichts weiter als eine Ansammlung typischer Politikerfloskeln. Diese Beiträge tragen weder zur Analyse der gegenwärtigen Globalisierung noch zur Entwicklung von Alternativen irgend etwas bei.

So ist denn das Buch tatsächlich eine Mischung aus verschiedenen Ansätzen und Verständnissen. Aus mehreren Beiträgen tritt deutlich hervor, daß das Primat der konzerngetriebenen Globalisierung gebrochen werden muß durch eine neue Politik, die Regeln setzt und die Interessen der Mehrheit über die Interessen des Shareholder-Value-Kapitalismus setzt. Auch wenn die meisten Vorschläge der Autoren im Reformdenken verwurzelt sind, so bieten sie doch interessante Ansatzpunkte für die Diskussion einer anderen Wirtschaft – und einer anderen Politik. Unnötigerweise wurden zu viele schwache Beiträge ins Buch aufgenommen und Herausgeber und Verlag hätten sich hier einiges Papier sparen können. Schade auch, daß es im Buch keinen Beitrag zur Nord-Süd-Kluft gibt, obwohl sich gerade hier der Imperialismus der neoliberalen Globalisierung, zum Beispiel in Form der höchst ungleichen Ressourcenverteilung, besonders deutlich zeigt.

Alles in allem ist Hickels und Strickstocks Buch trotz dieser Schwachpunkte durchaus lesenswert.

HERBERT JAUCH

Marcel Boldorf:
Sozialfürsorge in der SBZ/DDR
 1945-1953. Ursachen, Ausmaß und
 Bewältigung der Nachkriegsarmut,
 Franz Steiner Verlag Stuttgart 1998,
 254 S. (44,00 €)

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Besetzung Ostdeutschlands durch die Rote Armee ergab sich für die aus dem Moskauer Exil zurückkehrenden Kommunisten die Möglichkeit, Wirtschaft und Gesellschaft nach eigenen Vorstellungen und in enger Absprache mit der sowjetischen Besatzungsmacht umzugestalten. Dies galt auch für das System sozialer Sicherheit. Innerhalb der ersten beiden Nachkriegsjahre wurden somit in der SBZ entscheidende Weichenstellungen etwa für die Neuordnung der Sozialversicherung vollzogen, zunächst nur auf Landesebene, schließlich auf zonaler Ebene. Einen anderen Teilbereich des sozialen Netzes untersucht der Autor mit seiner vorliegenden Dissertation, die bei Prof. Christoph Buchheim in Mannheim entstanden ist: die Sozialfürsorge. Er geht unter anderem der Frage nach, ob sich in der SBZ/DDR unter marxistischen Vorzeichen eine Alternative zu den tradierten Fürsorgekonzepten entwickelt hat und kommt zu dem Ergebnis, daß die Fürsorgepolitik in Ostdeutschland fest in den Traditionen der deutschen Fürsorgegeschichte stand. Boldorf konstatiert, daß die Sozialfürsorge der »Arbeitsmarkt«-Politik untergeordnet war. Im Vordergrund stand auch hier für die Staats- und Parteiführung die Mobilisierung und weitestgehende Ausschöpfung des Arbeitskräftereservoirs.

Die Studie ist in drei Großkapitel untergliedert. Im ersten und umfangreichsten Teil untersucht der Autor ausführlich Armut als »Massenphänomen« der ersten Nachkriegsjahre. Die sozialen Folgekosten des Zweiten Weltkrieges waren in allen Besatzungszonen enorm hoch und mußten nahezu zwangsläufig zu einer Ausweitung der Fürsorgeempfänger führen. Hieran hatten besonders die Flüchtlinge und Vertriebenen, in der SBZ euphemistisch als »Umsiedler« bezeichnet, einen erheblichen Anteil. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug in einigen Regionen, vor allem

Mecklenburg-Vorpommern, bis zu 46 Prozent. Durchschnittlich jeder vierte Bewohner der SBZ war vertrieben worden oder hatte aufgrund der Kriegsergebnisse seinen Wohnsitz aufgeben müssen. Die Arbeitsverwaltung, die nach Kriegsende personell zum Teil neu besetzt wurde, stand vor gewaltigen Aufgaben. Ihr Bestreben war es, die »Umsiedler« so schnell wie möglich in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Somit sollte die Zahl der Fürsorgeempfänger rasch wieder gesenkt werden. Dieses Wechselverhältnis wird vom Autor detailliert nachgezeichnet. Anschließend untersucht Boldorf den Lebensstandard der Bevölkerung in der SBZ und die Ernährungspolitik der ostdeutschen Verwaltungen. Ein größerer Abschnitt dieses Kapitels widmet sich der materiellen Lage der Unterstützungsempfänger. Der Autor zeichnet dabei unter anderem den Entstehungsprozeß der Richtsätze sowie die Debatte über die Abgrenzung der Fürsorgesätze von den Niedriglöhnen nach. Ein kurzer abschließender Teil über die Entstehung der Sonderfürsorgebereiche (Gruppenfürsorge, Fürsorge für die Verfolgten des NS-Regimes, Schwerbeschädigtenfürsorge) rundet dieses Kapitel ab. Dabei wird deutlich, daß die verantwortlichen ostdeutschen Sozialpolitiker frühzeitig versuchten, auch diesen Bereich des Systems sozialer Sicherheit in die allgemeine »Arbeitsmarkt«-Politik mit einzubinden. Daß dies zum Teil gelang, zeigen die sinkenden Zahlen der Fürsorgeunterstützten. Daß dies aber auch mit Schwierigkeiten verbunden war, zeigt Boldorf am Beispiel der Schwerbeschädigtenfürsorge. Die unzureichende Versorgung mit orthopädischen Materialien und der innerbetriebliche Produktionsablauf erschwerten eine reibungslose Übernahme von Behinderten zum Teil erheblich.

Im zweiten Kapitel untersucht der Autor organisationsgeschichtliche Aspekte der Fürsorgepolitik. Im Mittelpunkt stehen dabei der Neuaufbau der Ämter für Arbeit und Sozialfürsorge, in deren Zuständigkeitsbereich auch die Sozialfürsorge lag, sowie die Entwicklung der ehrenamtlichen Außenfürsorge. Boldorf geht der Frage von Kontinuität und Diskontinuität nach und gelangt zu dem Ergebnis, daß der Behördenaufbau nach den Vorgaben des »demokratischen Zentralismus« erfolgt sei. Diese Politik war jedoch nicht langfristig vor-

herbestimmt, sondern Resultat einer Entwicklung, in der die verantwortlichen Stellen im SED-Parteiapparat und in der staatlichen Verwaltung zunächst unterschiedliche Positionen eingenommen hatten und erst zu einer gemeinsamen Linie finden mußten. Langfristig gesehen, bedeutete die Zentralisierung der Verwaltung einen Bruch mit der bisherigen Fürsorgepolitik vor 1945. Interessanterweise wurde diese Politik zumindest partiell revidiert, da den kommunalen Gebietskörperschaften einzelne Kompetenzen wieder zugewiesen wurden: So etwa mit der Errichtung der Beratungsausschüsse auf Landes- und Kreisebene, die ab Herbst 1947 über »grundsätzliche Fragen der Sozialfürsorge entscheiden« sollten. Nach Einschätzung Boldorfs blieb aber deren Einfluß auf die Fürsorgepolitik vergleichsweise gering. Mit dem Aufbau einer ehrenamtlichen Außenfürsorge knüpfte man in der SBZ/DDR dagegen an Traditionslinien an, die bis in die Weimarer Republik beziehungsweise sogar bis ins Kaiserreich zurückreichten. Diese Bezüge werden von Boldorf bei der Darstellung von der Zusammensetzung und Tätigkeit der Sozialkommissionen detailliert herausgearbeitet. Als weitere Stütze des Systems sozialer Sicherheit wird von ihm außerdem Aufbau und Entwicklung der Volkssolidarität untersucht – einer Massenorganisation, welche das vor 1945 weitverzweigte Netz der freien Wohlfahrtspflege ersetzen sollte.

Das abschließende Kapitel beschäftigt sich mit der Stellung der Fürsorge in der beginnenden Planwirtschaft und beleuchtet die Entwicklung bis 1953. Das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen versuchte, die Gesamtzahl der Fürsorgeempfänger weiter zu reduzieren und einen Großteil in den Produktionsprozeß zu integrieren. Dahinter stand das Ziel, die Sozialausgaben zu senken und die Zahl der Beschäftigten zu erhöhen. Man ging davon aus, daß mit den erwarteten und eingeplanten wirtschaftlichen Erfolgen einzelne Zweige des sozialen Netzes automatisch überflüssig würden. Boldorf kann nachweisen, daß diese ideologisch beeinflusste Sichtweise in keiner Weise mit den bestehenden Möglichkeiten korrespondierte.

Insgesamt gesehen wird die Neugestaltung der Sozialfürsorge in der SBZ/DDR von Bol-

dorf kenntnisreich und differenziert analysiert. Er hat die für sein Thema zentralen Aktenbestände im Bundesarchiv Potsdam und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR ausgewertet. Die Studie beleuchtet also einen wichtigen Bestandteil des ostdeutschen Sozialsystems und vermag mit ihren Ergebnissen mancher Legendenbildung entgegenzusteuern.

DIERK HOFFMANN

Hans Peter Krebs, Harald Rein (Hg.):
Existenzgeld. Kontroversen
und Positionen,
Westfälisches Dampfboot Münster
2000, 256 S. (17,40 €)

Es gibt sie also doch noch, die konkreten Utopien! Wenn auch nicht in den Programmen linker Parteien, so doch wenigstens als politischer Anspruch linker Bewegungen. Die seit den achtziger Jahren immer wieder erhobene Forderung nach einem *Existenzgeld* ist eine solche antikapitalistisch-emanzipatorische Utopie links-radikaler Provenienz, die dem reformerischen Konsens-Konzept der etablierten linken Parteien und Gewerkschaften bewußt entgegengestellt wird. Das Wesen dieses Konzepts besteht in der »Entkopplung von Lohnarbeit und Existenzsicherung« (S. 51). Das heißt, jedem soll eine menschenwürdige Existenz gesichert werden – unabhängig von seiner Teilnahme am Arbeitsprozeß. »Wir fordern ein Existenzgeld für alle Menschen«, so ein Aufruf der Erwerbslosen-Initiative, »eine existenzielle Absicherung für alle durch ein Einkommen, das dem gesellschaftlichen Reichtum angemessen ist, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand und ohne den Zwang zur Arbeit« (S. 122). Es versteht sich von selbst, daß die Verwirklichung eines solchen Konzepts unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen unmöglich ist. Aber nicht nur die kapitalistischen Verhältnisse verhindern seine Realisierung, auch die viel weiter zu fassenden Bedingungen einer auf Arbeit gegründeten Gesellschaft ließen dies nicht zu. Insofern handelt es sich in der Tat um eine (kommunistische) *Utopie*,

welche sich von herkömmlichen sozialpolitischen Mindestsicherungskonzepten und Reformvorschlägen grundlegend unterscheidet.

Indem die Autoren das Problem dann aber als ein *Verteilungsproblem* behandeln, gewinnt das Projekt an Konkretheit und Aktualität. Utopisch aber bleibt es dennoch, denn die Verhältnisse lassen sich nun einmal nicht ohne eine zuvor vollzogene Revolutionierung der Produktionsverhältnisse umgestalten. So soll das Existenzgeld jedem Bürger seine Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum sichern, und zwar ohne Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitspflicht. Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Erziehungsgeld und andere Zahlungen des Staates würden durch das Existenzgeld ersetzt werden. Einkommen aus Renten, Pensionen und Arbeitslosengeld würden entsprechend eingebunden. Das Existenzgeld wäre somit ein »Instrument der gerechten Verteilung des Reichtums und der Abschaffung der Armut« (S. 138). Das praktische Problem der Einführung des Existenzgeldes ist natürlich die Frage seiner Finanzierung. Hier offenbart sich die politische Stoßrichtung des Konzepts, aber auch seine ganze Fragwürdigkeit. So formulieren die Autoren: »Die soziale Frage ist für uns die Frage nach dem gesellschaftlichen Reichtum und nach dessen Verteilung... »Geld ist genug da« (S. 145 f). Auf den folgenden Seiten wird ein Finanzierungskonzept vorgeschlagen, das, wie nicht anders zu erwarten, voll auf eine Umverteilung des vorhandenen Reichtums und auf die Umschichtung der bisherigen Einkommen abstellt: In der Hauptsache geht es dabei um eine 50prozentige Abgabe auf alle Erwerbs-, Unternehmer- und Vermögenseinkommen sowie um die Umschichtung aller bisherigen Sozialtransfers. Zwei Drittel der Bevölkerung hätten dadurch Einkommensvorteile, ein Drittel würde signifikant schlechter gestellt werden. Damit erscheint das Konzept in den Augen seiner Schöpfer als grundsätzlich realisierbar. Der Haken ist bloß, daß das dadurch benachteiligte Drittel an den Schaltstellen der Macht sitzt und mitnichten bereit sein wird, dieses Konzept umzusetzen. So wird es wohl eine Utopie bleiben, das Existenzgeld-Konzept, auch wenn es noch so schön ausformuliert und politisch wie ethisch begründet ist.

ULRICH BUSCH

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 99 bis 134 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 98 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

GERHARD ZWERENZ Ernst Bloch's double Revolt

Zwerenz deals with the question, what effect could Ernst Bloch have had in Leipzig had he not been initially hindered and finally expelled. In prohibiting Bloch to teach, the GDR missed its first and last chance for reform. There is an essential difference between the philosopher Ernst Bloch and such opposition forces that later evolved as Havemann and Bahro. Bloch's opposition was not directed toward reforms but toward a revolutionary transformation. But his lack of success and even the hopelessness of his enterprise nevertheless is no disqualification of Bloch's »socialist reformation« attempt.

EDELBERT RICHTER On the military hegemony of the U.S.

A look at the U.S. economic development of the preceding century, could lead to the conclusion that the United States economy is dependent upon the arms industry in order to function. Already President Franklin D. Roosevelt's military policy was primarily more a reaction to the domestic economic crisis than to the external threat posed by Hitler. The same can be seen in the cold war period and Reagan's exorbitant military spending program. Today, the conflicts with states producing petroleum, the most vital natural resource for western economies, have replaced the previous east-west-conflict. Aside from economic interests, the main incentive for these conflicts stems from a necessity to protect access to these vital resources. Thus, the danger to the Creation of life, as such, today is interwoven with the question of peace.

ULRICH BUSCH Berlin-Brandenburg: A second attempt at amalgamation?

Berlin and Brandenburg, historically and economically, form a regional entity. The present territorial separation should be seen as less than optimal and offers little perspective. The first attempt to reunify these territories by plebiscite in 1996 was defeated. A second plebiscite is now contemplated for 2006. In the meantime, the conditions for an amalgamation have substantially changed. Considerably divergent demographic, economic, and social processes can be observed between the conurbation of Berlin and its suburbs, on the one hand, and the other more distant and more rural geographical regions of Brandenburg on the other. Nevertheless an amalgamation of these »Länder« would open up new formal opportunities for the region as a whole.

BERNFRIED HELMERS About the destiny of the constitutions by the unification of Berlin and Brandenburg

Helmers discusses what would happen to the constitutions if these two »Länder« if the amalgamation between Berlin and Brandenburg should take place. He takes a critical look at the regulations written into the Berlin-Brandenburg treaty, which did not carry a majority in the plebiscite held May 5th, 1996, and proposes an early and broad-based popular participation in the preparations of the new unification treaty and particularly in the new constitution.

GÜNTER WIRTH Hans Peters – a Berlin Politician

In his contribution Hans Peters recalls to memory Hans Peter, a Berlin politician in the period immediately following World War II. Peters was a CDU member, Professor of Public law and politically active in Berlin from 1945 to 1949. In 1946 he published a book, that subsequently became an important polemic for a new cultural orientation of Germany. From today's perspective in unified Germany, his theses regain their importance.

HANS-GEORG DRAHEIM Fritz Behrens' and Arne Benary's concepts of socialistic economy theory

In reflecting upon the socialist concepts of the GDR Marxist economists, Fritz Behrens' and Arne Benary's, the author exposes their propositions for the construction of socialist economy, e.g. concerning the basic problems of economic effects and coordination, as well as management of the national economy. This article demonstrates the relevance of Behrens' and Benary's economic concepts and propositions in the current discussions of socialist economy in the political program.

HELMUT MEYER The GDR was different

Twelve years of unification, publications giving a predominantly ideologically prejudiced image of the GDR are still in the majority. On the other hand, the majority of the East-German population rejects this portrayal of their history. Their experiences in the GDR as well as their disappointments in unified Germany, confirm them in their view of the GDR. This view is here reflected through concrete experiences. The GDR was different from its portrayal in official GDR propaganda. But it was also different from the image generally transmitted through literature, politicians' statements, and the dominating press of the Federal Republic since 1990.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von 30 000 Zeichen, wovon ein Sechstel auf Mar-

ginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6 000 Zeichen, Annotationen 3 000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Eine Rücksendung erfolgt nicht. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ULRICH BUSCH (V.i.S.d.P.),
THOMAS GERLACH, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH

Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 98:	je	1 €
Heft 99 bis 134	je	2,50 €